

Katharina Loy

Ashton, Barroso und Van Rompuy – Zur politischen Führung der EU bei der Bankenunion und der Syrienkrise

Katharina Loy studierte Politikwissenschaften und Kunstgeschichte an der LMU München. Die vorliegende Arbeit ist eine gekürzte Version ihrer 2013 vorgelegten Masterarbeit „Ashton, Barroso und Van Rompuy – Zur politischen Führung der EU. Untersuchungen über Teamführung in der EU am Beispiel der Bankenunion und des Syrien-Konflikts“. Kontakt: KatharinaL@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1. | Der Vertrag von Lissabon und die neue politische Führung | 1 |
| 2. | Ein neuer Ansatz zur Untersuchung von Teamführung in der EU | 2 |
| 2.1. | Eine Leadership-Definition für die EU | 3 |
| 2.2. | Der Leadership-Ansatz von Oran Young als theoretische Grundlage der Untersuchung | 4 |
| 2.3. | Führungsteams nach Katharina Graf als definitorische Grundlage des Troika-Begriffs | 9 |
| 2.4. | Materialauswahl | 10 |
| 2.5. | Die Fälle Bankenunion und Syrien | 11 |
| 3. | Strukturelle und persönliche Ressourcen von Ashton, Barroso und Van Rompuy | 13 |
| 3.1. | Ashtons Machtressourcen | 13 |
| 3.2. | Barrosos Machtressourcen | 16 |
| 3.3. | Van Rompuy's Machtressourcen | 17 |
| 3.4. | Erstes Zwischenfazit | 19 |
| 4. | Bankenunion | 19 |
| 4.1. | Intellectual Leader: Draghi die graue Eminenz | 20 |
| 4.2. | Structural Leader | 21 |
| 4.2.1. | Angela Merkel: von der Blockade zum Kompromiss | 21 |
| 4.2.2. | François Hollandes Einsatz für die Bankenunion | 23 |
| 4.2.3. | Cameron: der Unbeteiligte | 24 |
| 4.3. | Die Formal Leader Rajoy und Monti als Structural Leader zweiter Klasse | 24 |
| 4.4. | Entrepreneurial Leader | 25 |
| 4.4.1. | Van Rompuy und Barroso bestimmen die Agenda | 25 |
| 4.4.2. | Pushing the negotiations | 28 |
| 4.4.3. | Rallying support: Barroso unterstützt Monti und Rajoy | 34 |
| 4.4.4. | Zwischenfazit Entrepreneurial Leader | 35 |
| 4.5. | Die Troika Plus | 36 |
| 4.5.1. | Gemeinsame Ziele | 36 |
| 4.5.2. | Der Kern der Troika Plus: Barroso und Van Rompuy | 39 |
| 4.5.3. | Leichte Divergenzen | 40 |
| 4.6. | Zweites Zwischenfazit | 40 |
| 5. | Syrien | 42 |
| 5.1. | Intellectual Leader: Initiativen von Deutschland und Frankreich | 42 |
| 5.2. | Structural Leader | 43 |
| 5.2.1. | Die deutsche Bundesregierung vom Vorprescher zur Bremse | 43 |
| 5.2.2. | Frankreichs Einsatz für eine schnelle Lösung des Konflikts | 46 |
| 5.2.3. | Großbritannien zwischen Frankreich und Deutschland | 47 |
| 5.3. | Entrepreneurial Leader | 48 |
| 5.3.1. | Agenda Setting | 48 |
| 5.3.2. | Pushing the negotiations | 50 |
| 5.3.3. | Rallying Support gegen das Waffenembargo | 50 |
| 5.4. | Troika: Zusammenarbeit nur auf internationaler Ebene | 51 |

| | |
|---|-----------|
| 5.4.1. Gemeinsame Ziele und gegenseitige Unterstützung für eine UN-Resolution | 51 |
| 5.4.2. Alleingänge | 53 |
| 5.4.3. Drittes Zwischenfazit | 53 |
| 6. Ergebnis und Ausblick | 54 |
| Abkürzungsverzeichnis | 57 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 58 |
| Medienberichte | 58 |
| Dokumente | 61 |
| Literaturverzeichnis | 65 |

1. Der Vertrag von Lissabon und die neue politische Führung

„Today marks a new page in the history of European cooperation. We turn the page towards a more effective, more transparent and more modern European Union. We turn the page towards a European Union that can better cope with the challenges ahead of us. [...] Before of us we have an EU which in many ways is a permanent construction site. This construction site is also multifaceted. There are many tools and many building blocks. Not all of them are usable, and some are frankly hard to put together. Yet this is one of the strengths of our European Union. We now have the toolbox and we have a common work to do.“¹

So äußerte sich der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Zu diesem effizienteren, moderneren und transparenteren Europa sollte wohl auch die Schaffung bzw. Erweiterung von europäischen Führungspositionen beitragen. So erhielt der Europäische Rat mit Herman Van Rompuy seinen ersten Präsidenten. Zudem wurde das „neue“ Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen und mit Catherine Ashton besetzt.² Nicht zuletzt erfuhr das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission mit José Manuel Barroso als Amtsinhaber eine Aufwertung. Durch diese neuen und erweiterten Führungspositionen ist der Kreis an potentiellen Leadern in der EU weiter gewachsen. War es zuvor schon schwierig auszumachen, wer in der EU führt, so scheint es, wurde dies durch den Vertrag von Lissabon nur noch unklarer. Daraus ergibt sich die Forschungsfrage dieser Arbeit:

Wer übernimmt die politische Führung in der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon?

Dieser Vertrag lieferte hier im Sinne Fredrik Reinfeldts Ashton, Barroso und Van Rompuy die „Werkzeuge“ um mehr Führung in der EU zu ermöglichen.³ Aber wurden diese „Werkzeuge“ auch genutzt um Führung zu übernehmen? Die These, die dieser Arbeit zugrundliegt lautet daher:

Ashton, Barroso und Van Rompuy sind eine Führungstroika bzw. ein Führungsteam, in dem jedes Teammitglied, durch die Ausübung unterschiedliche Führungsrollen, die EU führt. Dabei versuchen die Akteure durch Ideen-Input, Verhandlungsgeschick oder Durchsetzungskraft einen Beitrag zur Führung im Team zu leisten. Aus dieser These ergeben sich drei Forschungsfragen, die in dieser Arbeit anhand von zwei Fällen beantwortet werden sollen.

Der Vertrag von Lissabon liefert die „Werkzeuge“ für mehr Führung in der EU

¹ Communications Secretariat of Sweden's EU Presidency 2009, Speech by Prime Minister Fredrik Reinfeldt
² „Neu“ deshalb, weil das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Amt des Kommissars für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik zusammengelegt wurde. Eigentlich sollte der Amtsinhaber Außenminister heißen. Aufgrund von Streitigkeiten in der EU blieb man letztlich bei dem Namen des „alten“, aber erweiterten Amtes. Vgl. Stratenschulte, Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. (20.10.2010).

³ Vgl. Bauer und Baumann, Führung und Differenzierung in Europ (2008), S. 191.

1. Übernimmt jeder der Drei in den beiden Fällen eine Führungsrolle?
2. Welche Führungsrolle nehmen sie in den Fällen ein und wie füllen sie diese aus?
3. Arbeiten sie zusammen, indem sie gemeinsame Ziele verfolgen und sich dabei gegenseitig unterstützen und ergänzen?
4. Gibt es Alleingänge oder Streitpunkte in der Teamarbeit?

Gerade wegen der Krisen, die momentan die Europäische Union erschüttern – die Bankenkrise in Zypern, Englands umstrittene Haltung zur EU, die anhaltende Staatsschulden- und Bankenkrise in Griechenland sowie die wirtschaftliche Rezession in Spanien und Portugal – ist Führung in der EU gefragt. Diese wird benötigt, damit Europa nicht auseinanderbricht, sondern enger zusammenrückt und gestärkt aus den Krisen hervorgehen kann. Unter all diesen Krisen, sollen zur Untersuchung von Leadership in der EU die Verhandlungen um eine europäische Bankenunion sowie die Verhandlungen innerhalb der EU über den diplomatischen Umgang mit dem Syrien-Konflikt untersucht werden. Dabei handelt es sich um die wichtigsten Themen jüngster Zeit, woraus sich auch die Relevanz des Themas ableiten lässt.

Gerade wegen der momentanen Krise ist Führung in der EU mehr denn je gefragt

Um die These und die Forschungsfragen zu beantworten, werden in dieser Arbeit zunächst zwei Ansätze – aus der Leadership-Forschung und aus der Team-Forschung – dargestellt und erweitert. Dies soll es ermöglichen später die Frage über Teamführung im Fall der Bankenunion und der Syrien-Krise zu beantworten.

2. Ein neuer Ansatz zur Untersuchung von Teamführung in der EU

Hier soll der theoretische Rahmen geschaffen werden, um politische Führung in einem Team in der EU zu analysieren. Bisher ist die Forschung auf die – im Vertrag von Lissabon angelegte – Führung im Team noch nicht umfassend eingegangen. Daher soll in dieser Arbeit das Element der Teamführung näher beleuchtet werden.

Dabei wurden zwei theoretische Ansätze für die Untersuchung operationalisiert: der Leadership-Ansatz nach Oran Young und Katharina Grafs Erörterung über Teamführung. Youngs Ansatz wurde gewählt, um Führung in der EU zu bestimmen und zu analysieren. Katharina Grafs Beschreibung von Teamführung wurde angewendet, um Führung in einem Team zu definieren. In diesem Kapitel erfolgt zunächst eine Definition darüber, was Leadership in dieser Untersuchung bedeutet. Darauf folgt eine generelle Beschreibung der operationalisierten Ansätze.

2.1. Eine Leadership-Definition für die EU

“Leadership is the unidentifiable in pursuit of the indefinable. Leadership is unidentifiable in the sense that it has no physical manifestation. It is not an object. [...] Political leadership is not the Houses of Parliament, Capitol Hill, or the Elysée Palace.”⁴

Wie dieses Zitat von Robert Elgie zeigt, ist es schwer eine allumfassende Definition zu finden. Deshalb hat die folgende Definition keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit, sondern soll die Basis für die generelle Verwendung des Begriffes „Leadership“ in der vorliegenden Arbeit aufzeigen.

In der deutschen Forschung wird – geschichtlich bedingt – die Übersetzung „Führung“ für Leadership selten verwendet, eher findet man „Management, Steuerung, Leitung“ etc.⁵ Ferner bezieht sich in diesem Forschungsbereich „Leadership“ meist auf die Führungsfunktionen und Aufgaben der Exekutive.⁶

Leadership wird in dieser Arbeit – in Anlehnung an Fliegau und Grasselt/ Korte – als ein Dreiklang von Beeinflussung, Macht und Kommunikation verstanden.⁷

Führung kann von einer einzelnen oder von mehreren Personen ausgeübt werden, mit dem Ziel Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und zu kontrollieren, um die gewünschten Politikergebnisse zu erreichen.⁸ Führung ist also ein Prozess, in dem versucht wird, Veränderung herbeizuführen, „that is, intended adoptions meant to lead to significant alterations in the status quo“⁹. Um Kontrolle und Veränderung zu erreichen, benötigt man aber auch die erforderlichen Ressourcen. Daher ist Führung eng mit Macht, im Sinne von Einfluss auf den Verlauf der Ereignisse nehmen zu können, verbunden.¹⁰ Es wird jedoch nicht nur Einfluss auf Ereignisse, sondern auch auf andere Akteure ausgeübt, um eben die gewünschten Ergebnisse zu erreichen. Andere Akteure können Verhandlungsmitglieder sein oder Follower.¹¹ Die Beziehung zwischen Leadern und Followern ist auf Reziprozität angelegt. Der Leader kann zwar die Follower dazu bewegen, Dinge zu tun, die sie normalerweise nicht tun würden, dafür muss der Leader jedoch von der Gefolgschaft als Führungspersönlichkeit anerkannt und akzeptiert werden.

Leadership als
Dreiklang von
Beeinflussung,
Macht und
Kommunikation

⁴ Elgie, Political leadership in liberal democracies (1995), S. 2.

⁵ Vgl. Grasselt und Korte, Führung in Politik und Wirtschaft (2007), S. 26.

⁶ Vgl. Grasselt und Korte, Führung in Politik und Wirtschaft (2007), S. 26

⁷ Vgl. Fliegau et al., Leader and Follower (2008), S. 401 sowie ergänzend hierzu Grasselt und Korte, Führung in Politik und Wirtschaft (2007), S. 55.

⁸ Vgl. Glaab, Politische Führung als strategischer Faktor (2007), S. 306.

⁹ Rockman, The leadership question (1984), S. 20. Führung kann auch darauf abzielen, den Status quo zu erhalten. Das ist nach Rockman, The leadership question (1984), S. 20 „The ultimate paradox of change [...] that all change becomes a part of the status quo, and thus the eventual prize for those who have pushed for change is to have the change protected from those who would now reverse it.”

¹⁰ Vgl. Blondel, Political Leadership (1987), S. 15.

¹¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Fliegau et al., Leader and Follower (2008), S. 7 sowie S. 15f. Weiteres dazu auch bei Wald, Der Netzwerkansatz in der Führungsforschung (2010), S. 495.

„[E]s gibt in der Politik kein Ding an sich, sondern nur die Frage, wie die Akteure einen Sachverhalt wahrnehmen. [...] In der Politik ist die Vermittlung von Wahrnehmung ein Schlüsselfaktor.“¹²

Eine Person wird erst zu einem Leader, wenn ihr neben ihren Qualifikationen dazu auch die Rolle als Führer zugeschrieben wird.¹³ Solch eine Konstruktion von Führung kann durch die Medien, also durch die öffentliche Wahrnehmung geschehen. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob der Leader über formale oder lediglich informale Machtressourcen verfügt.¹⁴ Wichtig ist, dass dieser Prozess von der Außenwelt – hier von den Medien – erkannt wird, damit seine Leadership-Rolle durch die öffentliche Wahrnehmung konstruiert und verfestigt werden kann. „Leader“ wird in dieser Arbeit als wie folgt definiert:

Ein „Leader“ ist eine Person, die ihre Machtressourcen bzw. Handlungsspielräume nutzt, um Einfluss auf Ereignisse und Personen nehmen zu können, was Wiederhall in der öffentlichen Perzeption findet. Daher wurden in dieser Analyse auch Medienbericht sowie Dokumente ausgewählt, um Führung in der EU zu untersuchen. Es soll hier also nicht primär untersucht werden, wo die Führung in der EU zu verorten ist – ob in der Politik, der Wirtschaft oder im Finanzsektor etc. – sondern vielmehr wer die EU in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit führt.

2.2. Der Leadership-Ansatz von Oran Young als theoretische Grundlage der Untersuchung

Das Fundament der Untersuchung über eine mögliche Leadership-Rolle der Troika in der EU soll der Leadership-Ansatz von Oran Young bilden.¹⁵ Hier wird zunächst begründet, warum dieser Ansatz ausgewählt wurde, wo man ihn in der Leadership-Forschung verorten kann und warum es einer Erweiterung bedarf.

Oran Youngs Ansatz wurde gewählt, weil er es ermöglicht, Leadership von mehreren Personen in einem Team zu analysieren. Für die hier durchgeführte Untersuchung über Führung in der EU wird Youngs Ansatz so operationalisiert, dass eine Untersuchung über Führung in der EU möglich wird.¹⁶ Es bedarf dieser Überarbeitung, da Youngs Leadership-Rollen für die Untersuchung als zu unklar definiert befunden werden.

¹² Thaler, Größte Wirtschaftsmacht der Welt: Europa! (17.08.2008).

¹³ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Glaab; Public Leadership (2010), S. 328 sowie Lord und Maher, Leadership and information processing (1993), S. 42. Lord gibt insgesamt ausführlichere Informationen zum Verhältnis von Leadership und Wahrnehmung.

¹⁴ Vgl. Heifetz, Leadership without easy answers (1994), S. 185.

¹⁵ Hier wird speziell auf den Youngs Ansatz von 1991 Bezug genommen. Näheres hierzu siehe Young 1991, Political leadership and regime formation (1991).

¹⁶ Dabei wird dieser Ansatz mit den Arbeiten von van Assche, Hegdal und Catuogno überarbeitet und konkretisiert. Näheres hierzu siehe van Assche, The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics (2005); Hegdal, 'Structure' and 'Agent' in institutional bargaining (1992); Catuogno, Die Präsidenten der Europäischen Kommission (2008).

Da der Ansatz dem interaktionistischen Strang der Leadership-Forschung zugeordnet werden kann, ergibt sich laut Tora Hegdal, die Youngs Ansatz konkretisiert, folgendes Verhältnis zwischen Struktur und Akteur:

„Actor behaviour, however, has to be analysed in relation to the structural context within which the actions take place, i.e. the institutional setting of the negotiations: if attempts to perform the role of a political leader are to succeed, the institutional setting must ‘permit’ leadership performance.“¹⁷

Akteur und Struktur beeinflussen sich also gegenseitig. Die Struktur ist in dieser Untersuchung das institutionelle Setting: die im Vertrag von Lissabon festgelegten institutionellen Rahmenbedingungen sowie die sich in der EU entwickelten informellen Gepflogenheiten.¹⁸ Diese liefern die Grundlage für die informellen Machtressourcen und geben den Grad vor, in wie weit der Leader theoretisch Führung übernehmen kann. Welche Führungsrolle der Leader einnimmt, wird eben nicht nur durch seine formalen Machtressourcen bestimmt, sondern auch durch seine Persönlichkeitsfaktoren bzw. Interessen.¹⁹ Hegdal beschreibt dieses Zusammenspiel wie folgt:

formale und informale Machtressourcen der Akteure

„The individual actor’s capability of serving a leadership role is seen as a function of two major determinants: capabilities and behaviour. Success thus requires both an influential potential and the skills of transforming the potential into actual accomplishment.“²⁰

Wichtig dabei ist, dass die capabilities – also hier die formalen Machtressourcen – in wirklichen Einfluss übertragen werden, wozu man die Persönlichkeitsfaktoren bzw. das Verhalten der einzelnen Leader in den Verhandlungen benötigt. Persönlichkeitsfaktoren sind Voraussetzungen aus der Vita, Ambitionen, politisches Kapital und politische Fähigkeiten.²¹ Voraussetzungen aus der Vita sind beispielsweise, Erfahrungen aus vorherigen politischen Spitzenpositionen und persönliche Prägung. Zu Ambitionen zählen das Amtsverständnis sowie die politischen Ziele und Visionen. Bei politischem Kapital wird der Fokus auf das Ansehen gerichtet, das der Leader von anderen erhält. Unter Fähigkeiten sind zu verstehen: Strategiefähigkeit, Verhandlungsgeschick, Kommunikationsfähigkeit und Chancen zu erkennen und sie zu nutzen.²² Wichtige für die vorliegende Arbeit ist hierbei, ob jemand etwas gut popularisieren kann, oder eher ein guter Vermittler ist. Ferner ist es von Bedeutung, ob jemand bei den Verhandlungen auf seinem

¹⁷ Hegdal, ‘Structure’ and ‘Agent’ in institutional bargaining (1992), S. 163

¹⁸ Mit informellen Gepflogenheiten sind alle Vertraglich nicht festgelegten regelmäßigen oder ad hoc Treffen der EU Spitzen sowie bestimmte, vertraglich nicht näher geregelten Verfahrensabläufe gemeint.

¹⁹ In Anlehnung an Catuognos Kategorien werden in Kapitel 3. Die formalen Machtressourcen und die Persönlichkeitsfaktoren von Ashton, Barroso und Van Rompuy erläutert. Vgl. Catuogno, Die Präsidenten der Europäischen Kommission (2008), S. 33.


²⁰ Hegdal, ‘Structure’ and ‘Agent’ in institutional bargaining (1992), S. 184

²¹ In Anlehnung an Catuognos Analyseraster. Vgl. hierzu Catuogno, Die Präsidenten der Europäischen Kommission (2008), S. 32

²² Dies soll jedoch nur ein grobes Raster darstellen, anhand dessen die Persönlichkeitsfaktoren der einzelnen Amtsinhaber dargestellt werden.

Standpunkt beharrt oder um Lösungen bemüht ist. Das Zusammenspiel von formalen Machtressourcen und Persönlichkeitsfaktoren bestimmt, welche Führungsrolle eingenommen wird.

Es bedarf dieser Definition der Bestandteile der Leadership-Rollen, da Young diese beiden Determinanten nur sehr ungenau bestimmt. In welchem Verhältnis diese beiden Faktoren zueinander stehen, beeinflusst wesentlich, welche Leader-Rolle die Person einnimmt. Die folgende Tabelle zeigt eine vereinfachte Darstellung des hier angewendeten Leadership-Ansatzes.

| Institutionelle Machtressourcen | Persönlichkeitsfaktoren/ Verhalten in den Verhandlungen | | Leadership-Rolle |
|---|---|--|-------------------------------|
| Starke formale Machtressourcen | <ul style="list-style-type: none"> Konkrete Lösungsvorstellungen Durchsetzung/ Blockadehaltung | | Structural Leader |
| Starke formale Machtressourcen | <ul style="list-style-type: none"> Schwierigkeiten bei der Umsetzung in Verhandlungserfolge |  | Formal Leader |
| Mittelstarke formale Machtressourcen | <ul style="list-style-type: none"> Agenda Setting Pushing the negotiations/ Kompromissfindung & Überwindung von Handelshindernissen Rallying support | | Entrepreneurial Leader |
| Starke bis schwache formale Machtressourcen | <ul style="list-style-type: none"> Einbringen einer Vision/ Idee | | Intellectual Leader |

Quellen: eigene Erstellung

Nach Young zeichnet sich der Structural Leader dadurch aus, dass er es schafft, seine durch die Struktur gegebenen, hier seine vielfältigen und institutionell starken Machtressourcen, in Verhandlungsvorteile umzuwandeln.²³ In dem vorliegenden Ansatz verfolgt der SL dabei konkrete Ziele. Erwartet er, dass er von dem Ergebnis der Verhandlungen mehr profitiert, wird er auch größeres Interesse daran zeigen, dass diese zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Werden die Vorteile hingegen als mäßig eingeschätzt, so wird der SL eher dazu tendieren, Druck auszuüben, die Verhandlungen zu verlangsamen oder eine Blockadehaltung einzunehmen.²⁴ In dem Untersuchungsfall Bankenunion ist beispielsweise Angela Merkel ein Structural Leader. Sie hat viele Einflussmöglichkeiten und blockiert bzw. verlangsamt die Verhandlungen zu einem gemeinsamen europäischen Einlagenfonds aus Angst, Deutschland müsse dabei zu viel zahlen.

Der Structural Leader als Nutzen-maximierer

²³ Vgl. Young 1991, Political leadership and regime formation (1991), S. 289.

²⁴ Vgl. ebd.

Bevor der Entrepreneurial Leader dargestellt wird, muss hier Youngs Leadership-Ansatz um eine weitere Führungsrolle ergänzt werden. Diese soll fortan Formal Leader genannt werden. Der Structural Leader nach Young „translates power resources into bargaining leverage in an effort to bring pressure to bear on others to assent to the terms of the proposed constitutional contracts“²⁵. Unter formal gleichen Voraussetzungen schaffen es jedoch manche Structural Leader, ihre Machtressourcen besser umzuwandeln als andere. Daher soll der Formal Leader derjenige sein, der zwar die gleichen formalen Voraussetzungen wie der Structural Leader hat, daraus jedoch weniger Verhandlungsvorteile hervorbringt. Dies kann durch informale Machtbeschränkungen bedingt sein und dazu führen, die Unterstützung von Structural Leadern zu benötigen, um dem Verhandlungsziel näher zu kommen.

Der Formal Leader mit weniger Verhandlungsvorteilen

Der Entrepreneurial Leader besitzt weniger Machtressourcen als der Structural oder Formal Leader. Daher wählt er eine andere Vorgehensweise, um die Verhandlungen zu beeinflussen. Young und Van Assche beschreiben den EL wie folgt:

Der Entrepreneurial Leader als geschickter Verhandler

„Turn now to the entrepreneurial leader, an individual who relies on negotiating skill to frame issues in ways that foster integrative bargaining and put together deals that would otherwise elude participants endeavoring to form international regimes through institutional bargaining.“²⁶ „Such framing can be accomplished through skillful agenda setting, popularization of issues, and the construction of inclusive packaging deals.“²⁷

In dieser Untersuchung werden jedoch nicht all die Punkte aus den Zitaten dem Entrepreneurial Leader zugeschrieben. Einige wie „popularization of issues“²⁸ werden differenziert und teilweise dem Intellectual Leader zugeordnet. Van Assche hebt noch weitere zentrale Vorgehensweisen von Youngs Entrepreneurial Leader hervor. Diese dienen dem EL dazu, seine Ziele zu erreichen und Einfluss auf die Verhandlungen und auch auf die Präferenzen der Verhandlungsteilnehmer auszuüben: „breaking bargaining deadlocks, and rallying support“²⁹. Welche Methoden ein EL in dieser Analyse anwendet, wird im Folgenden aufgezeigt:³⁰

1. Er betreibt Agenda-Setting. Dadurch lenkt er die Aufmerksamkeit auf die – seiner Meinung nach – wichtigen Punkte der Verhandlungen.³¹
2. Pushing the negotiations: Er will die Verhandlungen vorantreiben, indem er versucht, Verhandlungshindernisse zu überbrücken bzw. Verhandlungsblockaden durch das Hervorbringen innovativer policy Optionen und annehmbarer Kompromisse aufzubrechen.³²

²⁵ Young 1991, Political leadership and regime formation (1991), S. 307.

²⁶ Ebd., S. 293.

²⁷ van Assche, The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics (2005), S. 281.

²⁸ Ebd.

²⁹ van Assche, The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics (2005), S. 279 f.

³⁰ Vgl. Young 1991, Political leadership and regime formation (1991), S. 294. Es wurden hier gezielt nicht alle Funktionen von Young (oder von Van Assche, wobei er Young nur ergänzt oder andere Schwerpunkte setzt) übernommen.

³¹ Vgl. van Assche, The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics (2005), S. 283.

³² van Assche, The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics (2005), S. 279 f.

3. „Rallying support“³³ bzw. „[L]ining up support for salient options“³⁴ bedeutet hier, dass sich der EL im Rahmen seiner Möglichkeiten für einen anderen Leader einsetzt bez. dessen Verhandlungsposition unterstützt.

Insgesamt ist der Entrepreneurial Leader ein Führer, der versucht, durch Verhandlungsgeschick Kompromisse und Lösungen zu erreichen und somit die Verhandlungen voranzutreiben. Das macht den EL jedoch nicht zu einem Mediator, der keine Eigeninteressen besitzt. Nach Young sind Entrepreneurial Leader „motivated or driven to exercise leadership to further their own values or goals“³⁵. Diese Ziele können sehr konkrete Formen annehmen, verlieren jedoch nicht das große Ziel aus den Augen. Das große Ziel kann mit der Vision oder Idee des Intellectual Leader gleichgesetzt werden. Im Fall Bankenunion ist die Union an sich die vom Intellectual Leader eingebrachte Idee. Ein EL könnte sich beispielsweise während der Verhandlungen vor allem für einen bestimmten Teilaspekt der Bankenunion einsetzen, ohne dass er dabei das Endziel – die Bankenunion – aus den Augen verliert.

Ähnlich wie der EL verfügt der Intellectual Leader über mittelmäßig bis wenig formale Machtressourcen. Young beschreibt den Intellectual Leader wie folgt:

“An intellectual leader is an individual who produces intellectual capital or generative systems of thought that shape the perspectives of those who participate in institutional bargaining and, in so doing, plays an important role in determining the success or failure of efforts to reach agreement on the terms of constitutional contracts in international society.”³⁶

Youngs Intellectual Leader wird für diesen Ansatz modifiziert, damit er für die vorliegende Untersuchung operationalisierbar gemacht werden kann. In Anlehnung an Young, kann der Intellectual Leader auf einer anderen zeitlichen Ebene als die anderen beiden Leader arbeiten. Das heißt, er kann schon weit vor Verhandlungsbeginn die Idee oder die Vision für etwas gehabt haben.³⁷ Diese soll dabei eine langfristig angelegte Zielvorstellung sein, die über das bisher Dagewesene hinausgeht. Es kann aber auch sein, dass seine Idee die Initialzündung für Verhandlungen ist. Um den Intellectual Leader für die Arbeit messbar zu machen, muss er nicht zwingend der Erste sein, der die Idee hatte sondern, der Erste, der sie in der Öffentlichkeit publik machte. Dieses Popularisieren der Idee dient aber im Unterschied zu dem des EL nicht der Druckausübung auf andere, die Verhandlungen voranzutreiben, sondern der „intellectual leader, by contrast, relies on the power of ideas to shape the thinking“³⁸.

Kompromisse und Lösungen nicht durch formale Macht sondern durch Verhandlungsgeschick

Der Intellectual Leader als Ideengeber

³³ Ebd.

³⁴ Young 1991, Political leadership and regime formation (1991), S. 294.

³⁵ Ebd., S. 296.

³⁶ Ebd., S. 298.

³⁷ Der IL muss dabei nicht zwangsläufig aus sich selbst heraus handeln. Grund dafür ist, dass die Institutionen in der EU so verwoben sind, dass sie immer bis zu einem gewissen Grad Aufträge erhalten, die sie dann ausführen. Daher kann in dieser Analyse jemand auch ein IL sein, wenn er den Auftrag bekommen hat etwas zu entwickeln, denn letztlich ist die Ausformung dieses Auftrags seine Idee.

³⁸ Young 1991, Political leadership and regime formation (1991), S. 307.

“Accordingly, entrepreneurial leaders often become consumer of ideas generated by intellectual leaders”³⁹. Für die vorliegende Untersuchung bedeutet es, dass der IL auf die Idee aufmerksam machen will, da sie in seinen Augen eine Verbesserung der Umstände bewirken würde. Dabei ist er im Vergleich zu dem SL und EL weniger konkret bei mittelfristigen Zielen bzw. zeigt diesbezüglich mehr Flexibilität.

Zusammenfassend versucht der SL seine relativ großen Machtressourcen auch in genauso große Verhandlungsvorteile umzuwandeln. Der FL hat zwar ebenfalls große formale Machtressourcen, kann aber weniger Einfluss auf das Verhandlungsergebnis nehmen. Der EL will durch Agenda Setting, Vorantreiben der Verhandlungen und durch Unterstützung von Verhandlungsteilnehmern Einfluss auf die Verhandlungen nehmen. Der IL hingegen versucht Kraft seiner Ideen bzw. Visionen Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen.⁴⁰ In den Verhandlungen kann es sowohl vorkommen, dass eine Person mehrere Leadership-Rollen übernimmt als auch, dass mehrere Personen die gleiche Leadership-Rolle einnehmen.⁴¹

2.3. Führungsteams nach Katharina Graf als definitorische Grundlage des Troika-Begriffs

Gerade zu Zeiten der Wirtschaftskrise liest man den Begriff „Troika“ oder „Führungstroika“ oft in den Medien. Dabei wird er jedoch in Bezug auf die EU in unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Daher soll hier zuerst eine differenzierte Darstellung des Begriffs „Führungstroika“ gegeben werden, um anschließend den Terminus für diese Untersuchung zu definieren. „Führungstroika“ bezeichnet in der EU:

1. Die Zusammenarbeit von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond im Zuge der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise.
2. Die Unterteilung der Ratspräsidentschaften in Dreierteams.
3. Die neue Exekutivspitze nach dem Vertrag von Lissabon.

Die folgende Arbeit bezieht sich auf den dritten Troika Begriff, die „Troika“ als Exekutivspitze der EU. Wie Punkt „5. Strukturelle und persönliche Ressourcen von Ashton, Barroso und Van Rompuy“ näher aufzeigt, wurde diese Führungsspitze, bestehend aus dem Präsidenten der Europäischen Kommission, dem Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, scheinbar durch den Vertrag von Lissabon geschaffen und in der Literatur als (Führungs-)Troika bezeichnet.⁴²

Unterschiedliche
Anwendung des
Terminus
Führungstroika

Definition einer
Führungstroika

³⁹ Ebd., S. 300 f.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 300

⁴¹ Vgl. ebd., S. 298 sowie S. 289.

⁴² Vgl. Bauer und Baumann, Politische Führung und Differenzierung (2008), S. 191.

Für die vorliegende Arbeit wird der Begriff „(Führungs-)Troika“ als Führung in einem Team von drei Personen definiert.⁴³ Diese Erklärung lehnt sich an Katharina Grafs Erläuterungen zum Begriff „Teamführung“.⁴⁴ Dieser Ansatz aus den Betriebswissenschaften wurde gewählt, da er es ermöglicht, Führung bei mehreren Personen greifbar zu machen. Die Teammitglieder arbeiten zusammen, um Ziele gemeinsam zu erreichen. Zusammenarbeit bedeutet hier, dass es innerhalb des Teams keine Follower gibt, sondern eine gemeinsame Führung durch Spezialisierung und Arbeitsteilung im Team erfolgt.⁴⁵ Dabei kann jeder Leader seine Kompetenzen, also seine institutionellen Machtressourcen, und seine Persönlichkeitsfaktoren optimal nutzen, weil er sich auf den Bereich konzentrieren kann, in dem seine Stärken liegen.⁴⁶ Ashton kann beispielsweise – bedingt durch ihre institutionellen Machtbeschränkungen – Barroso oder Van Rompuy bei innenpolitischen Anliegen nicht unterstützen. Im Rahmen ihrer Kompetenzen und Ambitionen könnte sie jedoch versuchen, manche dieser Ziele auch in der Außenpolitik zu unterstützen. Beispielsweise könnte sie Barrosos Unterstützung für die Bankenunion bei ihren Treffen mit Staats- und Regierungschefs oder auf UN-Konferenzen vorantreiben.⁴⁷ Sind die Kompetenzen jedoch zu unklar verteilt oder kommt es zu Kompetenzstreitigkeiten, weil jedes Teammitglied nur darauf bedacht ist, sein eigenes Gebiet voranzubringen, so kann nicht mehr von Teamführung gesprochen werden.⁴⁸ Es könnte sich bei Ashton, Barroso und Van Rompuy ergeben, dass sich entgegen der scheinbar institutionell, im Vertrag von Lissabon konstruierten Führungstroika in der Realität kein Führungsteam etabliert hat. Grund dafür könnten die teilweise unklar verteilten Kompetenzen aus dem Vertrag von Lissabon und die daraus resultierenden fehlenden Abstimmungen oder Streitigkeiten sein. Die vorliegende Arbeit untersucht in zwei Fällen, ob sich zwischen Ashton, Barroso und Van Rompuy nach der hier dargestellten Definition eine Führungstroika in der Praxis etabliert hat.

Keine Teamführung
bei Kompetenz-
streitigkeiten

2.4. Materialauswahl

Für die vorliegende Untersuchung wurden 129 Dokumenten und 808 Medienberichten ausgewertet. Berichten aus Qualitätsmedien kann unterstellt werden, darauf abzielen, zu informieren bzw. zu unterrichten und die Wirklichkeit möglichst

Analyse von 129
Dokumente und 808
Medienberichten

⁴³ „Teamführung“, wie sie zum Folgenden dargestellt wird, entstammt aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften, genauer aus der Personal- und Organisationsforschung und wurde für die vorliegende Arbeit, für den politikwissenschaftlichen Bereich modifiziert. Näheres hierzu bei Bruch 2012 sowie Katzenbach 2001.

⁴⁴ Vgl. Graf, Auswirkungen der Aufgabenverteilung in Führungsteams (2010), Kapitel „3.2 Führung in Teams“.

⁴⁵ Vgl. Franken, Verhaltensorientierte Führung (2007), S. 127

⁴⁶ Vgl. Graf, Auswirkungen der Aufgabenverteilung in Führungsteams (2010), S. 35. Zur den formalen und informellen Machtressourcen von Ashton, Barroso und Van Rompuy siehe Kapitel „3. Strukturelle und persönliche Ressourcen von Ashton, Barroso und Van Rompuy“.

⁴⁷ Van Rompuy und Barroso, Joint letter by President Van Rompuy and Resident Barroso to the G20 leaders (30.10.2011).

⁴⁸ Vgl. Graf, Auswirkungen der Aufgabenverteilung in Führungsteams (2010), S. 39

stimmig abzubilden.⁴⁹ Dokumente ermöglichen weiterhin, einen möglichst unverfälschten Eindruck der Ereignisse zu erhalten. Darüber hinaus wird hier gar keine absolute Objektivität angestrebt – im Sinne von „die Realität“ wiederzugeben, da dies in den Sozialwissenschaften aufgrund der nahezu unbegrenzten Anzahl an möglichen Einflussfaktoren nicht möglich ist. Es wird versucht, die Ereignisse möglichst objektiv darzustellen, aber Politik und Führung konstatieren sich immer auch in der öffentlichen Wahrnehmung.⁵⁰ Und dies fließt hier durchaus in die Analyse mit ein.

2.5. Die Fälle Bankenunion und Syrien

Beide Fälle, die Bankenunion und der Konflikt in Syrien wurden ausgewählt, da sie erstens im Zuge der Wirtschaftskrise der EU und des Arabischen Frühlings zu den dominantesten und wichtigsten Themen der jüngsten Zeit gehören. Zweitens wurden diese Themen äußerst kontrovers diskutiert. Die Führung, also zu bestimmen, in welche Richtung sich die Wirtschafts- und Währungsunion oder der Standpunkt gegenüber Syrien zukünftig entwickelt, war bei diesen Themen stark umkämpft. Daher ergibt sich in beiden Fällen ein möglichst großes Interesse an Führung und eine relativ hohe Anzahl an potentiellen Leadern, gegen die sich eine Führungstroika etablieren müsste. Drittens wurden diese Fälle gewählt, da sie zeitlich nicht unmittelbar nach Amtsantritt oder Wiederwahl von Barroso, Van Rompuy oder Ashton liegen. So sollte gewährleistet sein, dass sie sich im Untersuchungszeitraum bereits in ihr Amt eingefunden hatten.⁵¹ Darüber hinaus wurde ihnen so genügend Zeit gegeben, um sich als Team einspielen zu können.⁵²

Im Fall der Bankenunion wäre vor allem von Barroso und Van Rompuy zu erwarten, dass sie die Verhandlungsteilnehmer zu der von ihnen favorisierte Position bewegen. Von Ashton ist dabei eine weniger starke Führungsrolle zu erwarten, da dies nicht direkt ihr Kompetenzgebiet betrifft. Wie bereits dargelegt wurde, würde dies nicht dem Verständnis von Teamführung widersprechen. Sie könnte jedoch – gerade im Hinblick auf ihre ehemalige Position als EU-Handelskommissarin – darin bestrebt sein, auf internationalen Treffen Barroso und Van Rompuy zu unterstützen.⁵³ Sie

Bankenunion und Syrien als die dominantesten und meist diskutiertesten Themen jüngster Zeit

Bankenunion: Eine starke Rolle von Barroso und Van Rompuy zu erwarten; Ashton nur unterstützend

⁴⁹ Vgl. Pürer 2003, S. 203.

⁵⁰ Näheres hierzu auch bei Lord und Maher 1993, S. 299.

⁵¹ Vor allem Ashton schien im ersten Jahr ihrer Amtszeit mit dem Aufbau des Europäischen Diplomatischen Dienstes beschäftigt gewesen zu sein und auch Van Rompuy wird Zeit benötigt haben, sich in dieses neu geschaffene Amt einzufügen. Näheres zu Ashtons Einfindungsproblemen vgl. Klein und Regelsberger 2012 oder auch Howorth, The 'new faces' of Lisbon (2011), S.323.

⁵² Auch Graf konstatiert, dass Teams immer eine gewisse Zeit brauchen, um sich aufeinander einzustellen. Vgl. Graf, Auswirkungen der Aufgabenverteilung in Führungsteams (2010), S. 38.

⁵³ So hätte sie beispielsweise auf Veranstaltungen wie bei der Auszeichnung mit dem BusinessMed Blue Award – sollte es im Untersuchungszeitraum solche Veranstaltungen/ Auszeichnungen geben – darauf hinweisen können, dass z.B. eine direkte Rekapitalisierung der Banken der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens förderlich wäre. Denn der BusinessMed Blue Award "is given for efforts to promote peace and economic development in the Mediterranean region." European Commission: Press Release. Catherine Ashton wins 2011 BusinessMed blue Award (IP/12/535) (30.05.2012).

könnte beispielsweise Barrosos und Van Rompuy's Standpunkt so unterstützen, wie Westerwelle Merkels Standpunkt vor dem EU-Gipfel bezüglich der Vergemeinschaftung von Schulden unterstützte.⁵⁴ Der Untersuchungszeitraum wurde von Mai 2012 bis April 2013 gesetzt. Bei den Personen wurden neben Barroso, Ashton und Van Rompuy weitere Führungsspitzen europäischer Institutionen mit Mario Draghi als Chef der EZB und Martin Schulz als Präsident des Europäischen Parlaments berücksichtigt. Des Weiteren wurde Jean-Claude Juncker als Vorsitzender der Euro-Gruppe in die Suchmaske eingefügt. Grund dafür ist, dass die Euro-Gruppe vor allem bei Entscheidungen, welche den Finanzsektor und die europäische Währung betreffen, ein wichtiges Gremium darstellt. Ferner wurden mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Staatspräsidenten François Hollande und dem britischen Premierminister David Cameron die Staats- und Regierungschefs der drei größten EU Mitgliedstaaten ausgewählt.⁵⁵ Diese drei Länderchefs wurden nicht nur aufgrund der Größe ihrer Staaten, sondern auch wegen ihrer Bedeutung für die EU und in diesem Fall die Bankenunion gewählt. Die Staats- und Regierungschefs von Deutschland und Frankreich werden immer als der „zentrale Motor der Europäischen Union“ bezeichnet.⁵⁶ Großbritannien stellt mit London – trotz der gegenwärtigen Krise – nach wie vor den wichtigsten Finanzplatz Europas dar.⁵⁷ Außerdem nimmt es, nicht zuletzt seitdem Cameron britischer Premierminister wurde, oft eine eurokritische Position bei Verhandlungen ein. Insgesamt wurde also, eine für den Rahmen dieser Arbeit möglichst große Anzahl an Personen, die für eine Leadership-Rolle in Frage kommen, gewählt.

Der Konflikt in Syrien ist – wie bereits erwähnt – neben der Bankenunion eines der zentralsten Themen der europäischen Außenpolitik. Würde sich hier eine Führungsrolle des Teams um Ashton, Barroso und Van Rompuy zeigen, so wäre dies ein starkes Argument für die These, dass sie eine Führungstroika sind. Vor allem Ashton könnte hier Führung zeigen, da anzunehmen wäre, sie hätte aus den vorangegangenen Ereignissen des Arabischen Frühlings gelernt, die Positionen der Mitgliedstaaten einzuschätzen. So wäre es ihr bei den Verhandlungen möglich durch gezielte Unterstützung bestimmter Leader oder durch Agenda-Setting diese, in die von ihr favorisierte Position zu lenken. Darüber hinaus könnte sie so für ein kohärentes Auftreten der EU gegenüber Drittstaaten sorgen. Selbst, wenn sie dies

Im Falle Syriens wird vor allem von Ashton erwartet die Mitgliedsstaaten zu einer gemeinsamen Position zu bewegen

⁵⁴ Zu Merkel und Westerwelle vgl.: Rahmann, Spanien und Italien erpressen Bundeskanzlerin Merkel (30.06.2012).

⁵⁵ Diese Länder stellen hier die drei größten Mitgliedstaaten der EU, im Hinblick auf die Bevölkerungsanzahl und das Bruttoinlandsprodukt dar. Näheres zur Bevölkerung siehe: Europäische Union, Bevölkerung am 1. Januar (01.01.2013) sowie zum BIP: eurostat, GDP and main components - Current prices.(06.03.2013).

⁵⁶ Näheres zum deutsch-französischen Motor bei Picht et al, Deutsch-französischer Bilateralismus als Motor der europäischen Integration (1990), S. 17-31.

⁵⁷Vgl. zu Großbritannien, Auswärtiges Amt: Großbritannien/ Vereinigtes Königreich - Wirtschaft. (November 2012).

nicht bereits zu Beginn schaffen würde, dauert die Syrien-Krise bereits lange genug an, um in dieser Zeit mögliche anfängliche Führungsschwächen auszugleichen.

Barroso und Van Rompuy könnten auf EU-Gipfeln dazu beitragen, dass die Staats- und Regierungschefs eine einheitliche Position finden. Darüber hinaus könnten sie dort versuchen, die von Ashton bevorzugte Position einzunehmen. Auf internationalen Treffen könnten sie versuchen, die europäischen Verhandlungsanforderungen durchzusetzen.

Der Untersuchungszeitraum beginnt am 1. April 2011, circa zwei Wochen nach dem Ausbruch erster Proteste in Syrien. So ist den untersuchten Personen Zeit gegeben, um die Proteste einschätzen zu können und erste Reaktionen darauf zu zeigen. Der Analysezeitraum endet am 01. April 2013, damit das letzte Treffen der Außenminister am 11. März 2013 und dessen Auswirkungen – ob es zu einer Einigung bezüglich der Verlängerung des Waffenembargos kam oder nicht – möglichst aktuell ausgewertet werden kann.

3. Strukturelle und persönliche Ressourcen von Ashton, Barroso und Van Rompuy

In diesem Kapitel werden die Machtressourcen und Machtbeschränkungen von Ashton, Barroso und Van Rompuy analysiert. Dabei richtet sich der Fokus zuerst auf die formalen, hier die institutionellen Voraussetzungen, die durch den Vertrag von Lissabon teilweise neu geschaffen bzw. definiert wurden.⁵⁸ Im Zuge dessen wird gegebenenfalls auch auf die institutionellen Befugnisse der Organe, deren Vorsitz Ashton, Barroso oder Van Rompuy einnehmen, eingegangen.⁵⁹ In einem zweiten Schritt werden dann die informellen Machtressourcen, hier die Persönlichkeitsfaktoren der jeweiligen Amtsinhaber untersucht. Grund dafür ist, dass diese vor allem bei neu geschaffenen oder neu definierten Ämtern von Bedeutung sind, weil davon viel bei der Ausgestaltung der Position abhängt.

3.1. Ashtons Machtressourcen

Durch den Vertrag von Lissabon wurden die Ämter des Kommissars für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des eines Vizepräsidenten der Kommission zusammengelegt.⁶⁰ Dazu übernimmt der HVASP die Leitung im Rat der

HVASP soll Effizienz und Kohärenz der europäischen Außenpolitik stärken

⁵⁸ Die Gliederung der Machtressourcen und Machtbeschränkungen der einzelnen Amtsinhaber lehnt sich dabei an das Analyseraster von Catuogno an. Vgl. hierzu: Catuogno, Die Präsidenten der Europäischen Kommission (2008), S. 32. Es wird bei dieser Darstellung keine vollständige Aufzählung der institutionellen Voraussetzungen aufgelistet, sondern es werden die, für diese Arbeit relevanten Machtressourcen und Machtbeschränkungen beschrieben.

⁵⁹ Grund dafür ist, dass dies Organe und deren Machtbefugnisse das Fundament der institutionellen Machtressourcen ihrer Präsidenten bzw. Vorsitzenden bilden.

⁶⁰ Vgl. Stratenschulte, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. (20.10.2010). Es ist anzumerken, dass der Kommissionspräsident mehrere Vizepräsidenten ernennen kann; momentan gibt es sieben Vizepräsidenten und der HVASP stellt in der Rangfolge den ersten Vizepräsidenten.

Außenminister.⁶¹ Der neue Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik soll der EU dazu verhelfen, in der Außenpolitik und auch vor den Bürgern als eigenständiger Akteur wahrgenommen zu werden.⁶²

Der HVASP wird vom Europäischen Rat mit Zustimmung des Präsidenten der EK für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt, kann aber auf gleiche Weise auch wieder seines Amtes enthoben werden, gemäß Art. 18 I EUV. Nach Art. 18 III und IV EUV ist der HVASP zugleich Vorsitzender des Rates für Auswärtige Angelegenheit und Vizepräsident der EK. Dadurch vereint er Ämter der intergouvernementalen und supranationalen Organe der EU. Dies soll die Effizienz und Kohärenz der Außenpolitik der EU steigern.⁶³ Er ist jedoch nicht nur für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig.⁶⁴

In seiner Funktion als Vorsitzender des Rates für Auswärtige Angelegenheiten hat er für die inhaltliche Vorbereitung der Sitzungen Sorge zu tragen und kann – trotz seines fehlenden Stimmrechts – durch Agenda Setting Einfluss auf die Entscheidungen des Rates nehmen.⁶⁵ Ferner hat er sicherzustellen, dass die Beschlüsse des ER und des Rates für Auswärtige Angelegenheiten durchgeführt werden, so Art. 27 I EUV. Darüber hinaus übernimmt er nach Art. 27 II EUV den Dialog mit Drittstaaten und vertritt die EU auf internationalen Konferenzen und bei internationalen Organisationen.

In seiner Rolle als Mitglied der EK ist der HVASP für die außenpolitischen Beziehungen zuständig. Es findet sich jedoch im Vertrag von Lissabon keine klare Abgrenzung zu dem Vertretungsanspruch des PEK.⁶⁶ Eine Ausnahme bildet dabei die WTO, bei der die Europäische Kommission wegen ihrer Kompetenz für den gemeinsamen Handel den alleinigen Außenvertretungsanspruch wahrnimmt.⁶⁷ Die Europäische Kommission kann über den HVASP im Rahmen der GASP Vorschläge an den Europäischen Rat bringen, um Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Drittländer durchzusetzen.⁶⁸

Um dem beträchtlichen Anforderungsprofil gerecht zu werden, ist dem HVASP nach Art. 27 III EUV der Apparat eines Europäischen Auswärtigen Dienstes unterstellt. Dieser muss jedoch erst durch den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik aufgebaut werden.

Formell steht das Amt des HVASP in starken intra- und interinstitutionellen Spannungen. Durch den „Doppelhut“ als Teil der EK und des ER steht der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen

starke intra- und interinstitutionelle Spannungen durch den „Doppelhut“

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 394.

⁶³ Vgl. Streinz, 2012 EUV/AEUV (2012), S. 206 (Art. I, Rn. 1).

⁶⁴ Vgl. Art. 18 II EUV.

⁶⁵ Vgl. Streinz, 2012 EUV/AEUV (2012), S. 250 (Art. I, Rn. 1).

⁶⁶ Vgl. Streinz, 2012 EUV/AEUV (2012), S. 206 (Art. I, Rn. 1).

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 272 (Art. III, Rn. 5).

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 2036 (Art. IV).

intergouvernementalen und supranationalen Interessen.⁶⁹ Darüber hinaus können durch die teilweise unklare Aufgaben-zuschreibung, Konflikte entstehen. So nimmt beispielsweise der PER nach Art. 15 VI UAbs. 1 die Vertretung der Union im Rahmen der GASP nach außen wahr, aber gleichzeitig leitet auch der HVASP gemäß Art. 15 II EUV die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ein weiterer Einflussbereich des ER ist, dass dessen Präsident nicht nur formal die Union nach außen vertritt, sondern er kann über die Einberufung außerordentlicher Sitzungen – falls dies die internationale Lage erfordert – auch die Außenpolitik aktiv mitgestalten. Das wiederum fällt eigentlich in den Aufgabenbereich des HVASP.

Gerade aufgrund dieser starken Spannungen im Amt und der teilweise unklaren Zuständigkeiten des HVASP, hängt bei der Amtsausübung viel von der Persönlichkeit und den Fähigkeiten des Amtsinhabers ab. Mit Catherine Ashton wurde dabei eine Person ins Amt geholt, die insgesamt als glanzlos und sogar als ohne „political personality“⁷⁰ beschrieben wird. Vor allem in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit beging sie einige diplomatische Fehler, welche dieses negative Image untermauerten. So leitete sie beispielsweise nach dem Erdbeben in Haiti nicht unverzüglich erste Hilfeschnitte ein, sondern verblieb zunächst zu Hause bei ihrer Familie.⁷¹ Daraufhin warf man ihr vor, sie könne nicht die richtigen, für das Amt erforderlichen, Prioritäten setzen.⁷² Dies führte unter anderem auch dazu, sie als gänzlich unerfahren in der Außenpolitik einzustufen.⁷³ Doch Ashtons Performance wird nicht nur negativ beschrieben. In ihrem vorherigen Amt als Handelskommissarin der EK wurde sie als kompetent bewertet.⁷⁴ Vielleicht rührt auch daher die Bewertung, sie besitze Verhandlungsgeschick und Durchhaltevermögen.⁷⁵ Darüber hinaus gilt sie als schnell lernfähig und starke Vorsitzende.⁷⁶ Auch wird ihr „personal approach to political challenges, which manifests itself in her prioritizing one-on-one relationships with key individuals“⁷⁷ als sehr hilfreich bei schwierigen Verhandlungen eingestuft. Beispielsweise war ihr gutes Verhältnis zu dem serbischen Präsident Boris Tadić bei den Belgrad-Priština-Verhandlungen, wo sie vermittelnd eingriff, sehr hilfreich.⁷⁸

Insgesamt deutet es darauf hin, dass mit Ashton eine in der Außenpolitik unerfahrene Person ins Amt des HVASP gewählt wurde, die ihre formalen Machtressourcen bis jetzt nicht ausreizte. Somit kam anscheinend die schwierige, aber eigentlich starke Stellung des HVASP bisher noch nicht zur Geltung. Die Literatur über Ashtons

Ashton als glanzlose
Persönlichkeit

Ashton besitzt
Verhandlungs-
geschick und
Durchhaltevermögen

Ashton als
unerfahrene
Diplomatin

⁶⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 400.

⁷⁰ Waterfield, Baroness Ashton (2010), S. 25.

⁷¹ Vgl. Howorth, The ‘new faces’ of Lisbon (2011), S. 315.

⁷² Vgl. ebd., S. 315 f.

⁷³ Vgl. ebd., S. 316.

⁷⁴ Vgl. Barber, The appointments of Herman Van Rompuy and Catherine Ashton (2010), S. 56.

⁷⁵ Vgl. Howorth, The ‘new faces’ of Lisbon (2011), S. 317.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 320.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Vgl. ebd.

Persönlichkeit reicht jedoch nur bis zur ersten Hälfte des Jahres 2011, als sie gerade etwas länger als ein Jahr im Amt war. Es ist jedoch zu vermuten, dass sie in dieser Zeit noch mit dem Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes zu kämpfen hatte und sich so noch nicht vollends ihrem Amt widmen konnte. Ob sich durch ihre Ausdauer und ihren „personal charm“⁷⁹ ein vielleicht etwas dynamischeres und selbstbewussteres Amtsverständnis ergibt, soll in dieser Arbeit genauer untersucht werden.

3.2. Barrosos Machtressourcen

Die Europäische Kommission stellt die Exekutive der EU dar und überwacht die Anwendung des Unionsrechts.⁸⁰ Ferner vertritt sie die Union – außer bei der GASP – nach außen.⁸¹

Der Präsident der EK wird gemäß Art. 17 VII EUV auf Vorschlag des ER vom Europäischen Parlament mit absoluter Mehrheit für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.⁸² Anschließend bestimmt der Europäische Rat im Einvernehmen mit dem PEK die Kommissionsmitglieder sowie den HVASP, der als ein Vizepräsident Teil der EK ist. Dieser Auswahl muss das Europäische Parlament abschließend noch zustimmen, was dem PEK eine starke demokratische Legitimation.

Der PEK legt nach Artikel 17 VI EUV die Leitlinien für die EK fest, was einer Richtlinienkompetenz gleichkommt.⁸³ Ferner gibt er die interne Organisation vor und kann einzelne Mitglieder zum Rücktritt auffordern. Diese Neuerung durch den Vertrag von Lissabon führt zu einer stärkeren Stellung des Präsidenten innerhalb der EK. Er ist nun nicht mehr primus inter pares, sondern seine Rolle tendiert jetzt mehr zu der eines Regierungschefs.⁸⁴ Diese gestärkte Position innerhalb des Kollegiums wird aber durch die Sonderrolle des HVASP eingeschränkt. Denn sofern die GASP betroffen ist, kann der PEK seine Richtlinienkompetenz nicht geltend machen, da er in diesem Fall nicht weisungsbefugt ist.⁸⁵

Insgesamt wurde mit dem Vertrag von Lissabon die Position des Präsidenten der Europäischen Kommission gestärkt. Er ist durch seine Wahl stärker demokratisch legitimiert. Ferner ist seine Position innerhalb des Kollegiums durch die Leitlinienkompetenz, sein Weisungsrecht und die Rücktrittsaufforderung gestärkt worden. Daher ist er im intra-institutionellen Spannungsdreieck von Führungsrolle, Kollegialprinzip und Ressort-zuständigkeit bekräftigt worden. Gegenüber dem PER und der HVASAP ist seine Position jedoch unklarer geworden, da er beispielsweise

Vertrag von Lissabon stärkt die Position des Präsidenten der EK

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union (2006), S. 226 sowie Art. 17 I EUV.

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² Vgl. hierzu und zum Folgenden: Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 389.

⁸³ Vgl. Streinz, 2012 EUV/AEUV 2012, S. 200 (Art. VIII, Rn 88).

⁸⁴ Vgl. ebd., (Art. VIII, Rn 88).

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 201 (Art. VIII 90 f.).

gegenüber dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik nur teilweise seine Leitlinienkompetenz geltend machen kann.

Barroso ist der einzige von den hier vorgestellten drei Amtsinhabern, der seine Position bereits vor dem Vertrag von Lissabon innehatte und im Jahr 2009 wiedergewählt wurde. Zu Beginn seiner Amtszeit wurde er als hart und selbstbewusst, sogar als Kämpfernatur beschrieben.⁸⁶ So beanspruchte er beispielsweise noch bevor er offiziell zum ersten Mal zum Präsidenten der EK gewählt wurde die Büros des vorherigen PEK.⁸⁷ Er wurde als eine Person eingeschätzt, die gerne vorprescht, jedoch nicht von so starkem Charakter wie Jaques Delors ist.⁸⁸ Nach dem Vertrag von Lissabon herrschte bei Barroso Unklarheit, wie er mit den neuen Strukturen umzugehen hat bzw. wie ihre Kompetenzbereiche abgesteckt sind. Diese zeigte sich besonders bei der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Hierbei gab es bei der Besetzung und der Strukturierung des EAD Unklarheiten zwischen Ashton und Barroso.⁸⁹

Barroso als
selbstbewusster
Präsident

3.3. Van Rompuys Machtressourcen

Der Europäische Rat darf, gemäß Art. 15 I EUV nicht gesetzgeberisch tätig werden, legt aber die politischen Zielvorstellungen und Prioritäten für die EU fest und gibt dafür die benötigten Impulse. Damit sich die Bürger besser mit dem Europäischen Rat identifizieren können und er ein einheitlicheres und markanteres Erscheinungsbild erhält, wurde das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates neu institutionalisiert.⁹⁰

Den Vorsitz dieses EU-Organs bestehend, aus den Staats- und Regierungschefs, des Kommissionspräsidenten und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, übernimmt der Präsident des Europäischen Rates.⁹¹

Die Wahl des PER legt Art. 15 V EUV fest. Der Präsident wird mit qualifizierter Mehrheit für zweieinhalb Jahre vom Europäischen Rat ins Amt gewählt. Bei schweren Vorfällen (Verhinderung oder Verfehlung) kann er im gleichen Verfahren vom Europäischen Rat seines Amtes enthoben werden. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Durch die – im Vergleich zur Situation vor dem Vertrag von Lissabon⁹² – verlängerte Amtszeit erlangt der PER eine einflussreichere Stellung und trägt zur Erleichterung der Beschlussfassung bei.⁹³

⁸⁶ Vgl. Der Spiegel, Hart und selbstbewusst (26.07.2004), S. 76.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Vgl. Spiegel Online, EU-Außenminister werten Syriens Opposition auf (10.04.2013).

⁸⁹ Vgl. Barber The presidential character (2010), S. 64

⁹⁰ Vgl. Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 385 f.

⁹¹ Es sei angemerkt, dass sowohl der Präsident des Europäischen Rates als auch der Kommissionspräsident nicht stimmberechtigt sind. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik darf lediglich an den Sitzungen teilnehmen und ist in diesem Sinne kein vollwertiges Mitglied des Europäischen Rates.

⁹² Die Situation vor Lissabon beschreibt die Ratspräsidentenschaften, die für ein halbes Jahr ins Amt gewählt werden. Diese existieren heute noch, haben aber durch die Einführung des Amtes des PER etwas an Bedeutung eingebüßt.

⁹³ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union (2006), S. 187.

Nach Art. 15 VI EUV führt der Präsident den Vorsitz im Europäischen Rat und gibt Impulse für die Zusammenarbeit. Insgesamt soll er durch Konsensstiftung und Kontinuitätswahrung die Entscheidungsfindung erleichtern und somit eine funktionierende Zusammenarbeit im Europäischen Rat sicherstellen.⁹⁴ Zusammen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission und auf „Grundlage der Arbeiten des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“⁹⁵, soll der PER für die Vorbereitung und Kontinuität der Arbeiten des ER sorgen.⁹⁶

Präsident gibt Impulse für die Zusammenarbeit der Mitglieder im Europäischen Rat

Der Präsident des Europäischen Rates verfügt zwar über keinen ihm unterstellten Verwaltungsaufbau, aber er wird vom Generalsekretariat des Rates unterstützt und hat ein eigenes Kabinett an seiner Seite.⁹⁷

Der Präsident verfügt über keinen Verwaltungsaufbau

Ferner kann der PER, neben den vier Mal jährlich stattfindenden Ratstreffen, auch außerordentliche Tagungen einberufen, so Art. 15 III EUV. Darüber hinaus darf er nach Art. 15 UAbs. II EUV kein einzelstaatliches Amt ausüben. Aufgrund dessen ist er im Gegensatz zu den anderen Ratsmitgliedern nicht stimmberechtigt. Dies kann seine Stellung im Rat dahingehend schwächen, dass der Präsident „mehr Sekretär als General sein kann, was die Attraktivität und Effektivität des Amtes fraglos beeinträchtigen wird“⁹⁸. Andererseits ist es ihm aber nicht verboten, gleichzeitig ein weiteres supranationales Amt, wie beispielsweise das des Präsidenten der Europäischen Kommission auszuüben, was eine beträchtliche Machtfülle bedeuten würde.⁹⁹

vage Amtsdefinition bietet Chancen zum Ausbau der Kompetenzen

Außerdem nimmt der Präsident „auf seiner Ebene und in seiner Eigenschaft, unbeschadet der Befugnisse des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik die Außenvertretung der Union in Angelegenheit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wahr“¹⁰⁰.

Aufgrund dieser teils vagen Amtsdefinition und durch seine identitätsstiftende Funktion als „Gesicht“ des Europäischen Rates, kann der PER in der Rolle als Agenda Setter seine Position innerhalb des ER und gegenüber dem HVASP beträchtlich ausbauen.¹⁰¹ Andererseits führen solche Unklarheiten auch dazu, dass sich seine Position möglicherweise zum bloßen Sekretär der Staats- und Regierungschefs ohne politische Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt.¹⁰² Darüber hinaus können aus solch mangelnden Amts-spezifizierungen Machtkonflikte mit dem Hohen Vertreter der

⁹⁴ Vgl. Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 386 f.

⁹⁵ Streinz, 2012 EUV/AEUV 2012, S. 157 (Abs. VI, Rn 16)

⁹⁶ Vgl. ebd. (Absatz/ Randnummer 16)

⁹⁷ Vgl. Schwarze, 2012 EU-Kommentar (2012), (Abs. IV, Rn7)

⁹⁸ Streinz, 2012 EUV/AEUV 2012, S. 156 (Abs. VI, Rn 13)

⁹⁹ Vgl. Fetz und Hemecker, Theorie der Biographie (2011), S. 156 f. sowie Streinz, 2012 EUV/AEUV 2012, S. 156 (Abs. VI, Rn 14) Pechstein.

¹⁰⁰ Art. 15 VI UAbs. 1 EUV.

¹⁰¹ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union (2006), S. 187.

¹⁰² Vgl. Körner, Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag (2009), S. 387.

Union für Außen- und Sicherheitspolitik entstehen, wie unter Punkt „Ashtons Machtressourcen“ näher erläutert.¹⁰³

Daher hängt, wie bei dem HVASP, auch in diesem Amt viel von der Persönlichkeit und dem Amtsverständnis des Präsidenten des Europäischen Rates ab. Herman Van Rompuy wird dabei als scharfsinniger und nachdenklicher Politiker beschrieben.¹⁰⁴ Ferner gilt er als starker Unterstützer der europäischen Idee.¹⁰⁵ Als ehemaliger Premierminister von Belgien schrieb man ihm gutes Verhandlungsgeschick zu und die Fähigkeit, als Mediator unterschiedliche Meinungen zusammen zu bringen.¹⁰⁶ Noch bevor Van Rompuy offiziell PER wurde, vermittelte er den Eindruck, als würde er mit einem bestimmenden und dynamischen Amtsverständnis in das Amt des Präsidenten gehen.¹⁰⁷ Dies führte zu der Befürchtung, er würde versuchen die HVASP sich unterzuordnen.¹⁰⁸ Nach seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament entstand jedoch der Eindruck, er nehme sich selbst eher als Sekretär, denn als Präsident des ER wahr.¹⁰⁹ Ob dies jedoch wirklich der Fall ist, und wie sich die Zusammenarbeit mit Barroso und Ashton gestaltet, soll in dieser Arbeit näher untersucht werden.

Van Rompuy als scharfsinniger Politiker mit großem Verhandlungsgeschick

3.4. Erstes Zwischenfazit

Der Vertrag von Lissabon hat auf der institutionellen Ebene eine Führungsspitze aus dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Diese Führungstroika ist institutionell ineinander verwoben. Der Vertrag von Lissabon hat Barroso zwar intra-institutionell gestärkt, jedoch inter-institutionellen Spannungen mit dem PER und dem HVASP durch teils unklare Aufgabenverteilung entstehen lassen. So war Barroso in der Anfangszeit bemüht, seine Position gegenüber den neuen oder neu definierten Ämtern zu behaupten. Ob sie in der Praxis diese Unklarheiten überwunden haben und gemeinsam die Führung in Europa übernehmen, soll in den folgenden zwei Fällen untersucht werden.

Vertrag von Lissabon schuf institutionell verwobene Führungsspitze

4. Bankenunion

Im Folgenden wird genauer aufgezeigt, warum die einzelnen Personen bei den Verhandlungen um eine europäische Bankenunion den jeweiligen Leadership-Rollen zugeordnet werden konnten, wie sie die Rollen ausfüllen und ob sich dabei eine Zusammenarbeit zwischen Ashton, Barroso und Van Rompuy ergab.

¹⁰³ Bauer und Baumann, Politische Führung und Differenzierung (2008), S. 192.

¹⁰⁴ Vgl. Barber, The appointments of Herman Van Rompuy and Catherine Ashton (2010), S. 55.

¹⁰⁵ Vgl. ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Howorth, The ‘new faces’ of Lisbon (2011), S. 306 sowie Barber 2010, S. 55.

¹⁰⁷ Vgl. ebd., S. 310.

¹⁰⁸ Vgl. ebd.

¹⁰⁹ Vgl. Howorth, The ‘new faces’ of Lisbon (2011), S. 313.

4.1. Intellectual Leader: Draghi die graue Eminenz

„Bankenunion. Der Begriff ist neu in Brüssel. Umso auffälliger ist es, dass er innerhalb von zwei Tagen gleich von zwei hochrangigen Vertretern der EU geprägt wurde. Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), regte sie am Donnerstag in seiner Rede vor dem Europaparlament an. Dazu gehören ein europäischer Einlagensicherungsfonds für Sparguthaben sowie eine zentrale Bankenaufsicht. Genau diese Lösung hatte tags zuvor schon EU-Kommissionschef José Manuel Barroso angeregt.“¹¹⁰

Wie in dem Zitat erkennbar, brachten sowohl Draghi als auch Barroso das Thema Bankenunion auf. Die Idee der Bankenunion scheint ferner Teil einer größeren „politische[n] Vision für die Zukunft Europa[s]“¹¹¹ zu sein, wie es Angela Merkel, nach der „Frankfurter Rundschau“, bei einem Treffen mit Barroso formulierte. Dahinter steht eine größere Vision: die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der die Bankenunion nur einen Baustein darstellt.¹¹² Das ließ Barroso angeblich Ende Mai verlauten.¹¹³ Die Idee der Bankenunion, welche eine gemeinsame europäische Aufsichtsbehörde, einen gemeinsamen Einlagenfonds und eine Rekapitalisierung von Banken umfasst scheint auf Barroso zurückzugehen.¹¹⁴ Barroso brachte das Konzept jedenfalls als Erster in die Medien bzw. in die öffentliche Wahrnehmung und somit den Stein zu Diskussionen ins Rollen.

Draghi spielte – so deutet es sich in den Medienberichten an – bei der Bankenunion anscheinend auch eine nicht unwichtige Rolle. Beide brachten das Thema fast zeitgleich in die Presse und Draghi signalisierte von Anfang an Unterstützung für das Projekt.¹¹⁵ Es ist sogar zu lesen, Draghi selbst hätte die Vorschläge für eine Bankenunion eingebracht.¹¹⁶ Oder es wird angedeutet, Barroso und Draghi hätten den Gedanken einer Bankenunion gemeinsam gehabt. Draghi kann aufgrund seines Amtes, nur schwer politische Ideen auf direktem Wege in der EU einbringen. Dafür zeigte er aber von Beginn an vollste Unterstützung für das Projekt Bankenunion. Fraglich bleibt jedoch, welchen Einfluss Draghi hinter den Kulissen bei der Entwicklung dieser Vision hatte. Es lässt sich vermuten, dass sein Einfluss bei der Entstehung der Idee der Bankenunion nicht unterschätzt werden sollte. Diese Schlussfolgerungen sind jedoch nur sehr vage, daher ist faktisch festzustellen, dass Barroso der Intellectual Leader der Bankenunion ist.

Idee der Bankenunion als Teil einer größeren politischen Vision für die EU

Barroso bringt das Konzept der Bankenunion als erster an die Öffentlichkeit

¹¹⁰ Riesbeck, Und noch ein Rettungsschirm für Banken. (01.06.2012), S. 16.

¹¹¹ Neubacher, Regulierung per Sturzgeburt (28.09.2012), S. 8., Auf diesem Treffen spricht sich Merkel auch nach Angaben der FR gegen Denkverbote aus, und trägt somit dazu bei, dass diese Idee zunächst weiterentwickelt werden kann.

¹¹² Vgl. Riesbeck, Europas Problemzonen (31.05.2012), S. 13.

¹¹³ Vgl. Eder, und Hildebrand, EU will Banken direkt helfen, (31.05.2012), S. 9.

¹¹⁴ Vgl. Riesbeck, Und noch ein Rettungsschirm für Banken., (01.06.2012), S. 16.

¹¹⁵ Vgl. hierzu: Fechtner, Draghi dämpft Sorge vor Ansturm auf Banken. (01.06.2012), S. 4.

¹¹⁶ Vgl. Balling, „Österreich profitiert indirekt von Griechenland“ (15.06.2012), S. 6.

4.2. Structural Leader

Bei den Structural Leaders gab es zu allen Bestandteilen der Bankenunion – der Bankenaufsicht, der direkten Rekapitalisierung von maroden Finanzinstituten und den europäischen Einlagenfonds – unterschiedliche Verhandlungspositionen. Vor allem bei der Bankenaufsicht dominierten drei große Streitpunkte: Erstens über die Verortung einer europäischen Bankenaufsicht, zweitens, über die Frage, welche Banken dieser Aufsicht unterstellt werden sollen, und drittens, darüber, wann die Behörde ihre Arbeit aufnehmen sollte.

4.2.1. Angela Merkel: von der Blockade zum Kompromiss

Angela Merkel zeigte sich vor dem Gipfel im Juni 2012 noch relativ offen, was Vorschläge für eine Bankenunion betraf.¹¹⁷ Bereits auf dem ersten Gipfel gab es jedoch weitreichende Divergenzen bezüglich einer europäischen Bankenunion, sodass Merkel sogar unterstellt wurde, sie wehre sich gegen eine Bankenunion.¹¹⁸ Merkel stellte sich dabei nicht generell gegen eine Bankenunion, nur Teile davon schien sie öffentlich abzulehnen. Darüber hinaus hatte sie bei der Ausformung mancher Inhalte andere Vorstellungen.

Merkel gegen Teile
der geplanten
Bankenunion

Bereits vor dem EU-Gipfel im Juni zeigte sich Merkel bei einem Treffen mit Barroso scheinbar offen über seine Idee einer Bankenunion.¹¹⁹ Sie begrüßte sogar ausdrücklich eine stärkere europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB im Kampf gegen die nationalen Bankenprobleme.¹²⁰ Dabei war ihr sehr wichtig, dass in der EZB eine Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht gewährleistet wird.¹²¹

Merkel zur
Bankenaufsicht
und deren
Kompetenzen

Bezüglich der Kompetenzen dieser Aufsicht sagte sie angeblich, man werde darüber sprechen, inwieweit systemische Banken dieser unterstellt werden müssten.¹²² Denn anders als Hollande und Barroso forderte Merkel, dass nur systemrelevante Banken der Behörde unterstellt werden sollen.¹²³ Es deutet daraufhin, dass Merkel hier einen Erfolg verbuchen konnte.¹²⁴ So berichtet die „SZ“ man hätte sich auf dem EU-Gipfel im Dezember mit Hollande geeinigt, dass nur systemrelevante und staatlich gestützte Banken der EZB unterstellt werden würden. Somit wären fast alle französischen Banken davon betroffen, in Deutschland lediglich die Deutsche Bank. Dieser Sieg für Merkel mag daran gelegen haben, dass sie durch ihre festgefahrenen Standpunkte

¹¹⁷ Vgl. Neubacher, Regulierung per Sturzgeburt (28.09.2012), S. 8.

¹¹⁸ Vgl. Bolzen et al., Dorothea: Was kommt da auf uns zu? (19.06.2012), S. 5.

¹¹⁹ Vgl. Kahlbenn und Fechtner, Für den Dax fängt das Börsenjahr von vorne an, (05.06.2012), S. 1.

¹²⁰ Vgl. Fechtner, Streit zwischen EZB und EBA programmiert (16.06.2012), S. 3.

¹²¹ Peters, Merkel verteidigt neuen Kurs bei Bankenunion (13.12.2012 sowie Europäischer Rat: Ausführungen des Präsidenten Van Rompuy nach der ersten Arbeitssitzung des Europäischen Rates (EUCO 236/12). (14.12.2012), S.2.

¹²² Vgl.: Kahlbenn und Fechtner, Für den Dax fängt das Börsenjahr von vorne an (05.06.2012), S. 1.

¹²³ Eder und Jost, Aufstand gegen Aufsicht (30.06.2012), S. 9.

¹²⁴ Vgl. hier und zum Folgenden: Gammelin, Gipfelgefühl (13.12.2012), S. 19.

weitere Verhandlungen blockiert hätte.¹²⁵ Denn sie knüpfte eine effektive europäische Aufsichtsbehörde an eine mögliche direkte Rekapitalisierung von Banken. Vor allem Rajoy und Monti hofften aufgrund ihrer nationalen Probleme im Bankensektor auf eine schnelle Rekapitalisierung. Unterstützt wurden sie dabei von Hollande und Barroso. So nahm man wohl Merkels Forderungen in Kauf, um die Verhandlungen voranzutreiben. Dabei spielte Merkel geschickt ihre „Konditionalitätsstrategie“¹²⁶.

Ein weiterer Streitpunkt bei der Bankenaufsichtsbehörde war anscheinend der Arbeitsbeginn. Hier konnte Merkel nur einen Teilsieg verbuchen. Es deutete daraufhin, dass sich Hollande zusammen mit den Spitzen der EU-Organe und den spanischen und italienischen Ministerpräsidenten Rajoy und Monti für einen schnellen Beginn der Aufsicht stark machte. Wohingegen Merkel immer wieder betonte, dass für sie eine funktionierende Behörde von guter Qualität wichtiger sei, als ein übereilter Start.¹²⁷ Obwohl Merkel auf Zeit spielte, wurde Barrosos Vorschlag über einen europäischen Aufsichtsmechanismus im Dezember beschlossen.¹²⁸ Dieser soll aber frühestens am 1. März 2014 seine Aufsichtsaufgaben übernehmen. Daher ist anzunehmen, dass Merkel hier ihre Machtressourcen nicht optimal in Verhandlungsvorteil umsetzen konnte, sondern einen Kompromiss eingehen musste.

Ein weiterer
Streitpunkt: der
Arbeitsbeginn

Noch Anfang März lehnte Merkel wohl eine direkte Rekapitalisierung der Banken über den EMS ab, da sie – so „Die Welt“ – die Mittel nur den Ländern selbst zu Verfügung stellen wollte.¹²⁹ Kurz vor dem Gipfel schien Merkel jedoch ihre Meinung diesbezüglich etwas geändert zu haben. So ließ sie, nach Informationen von Spiegel Online, kurz vor dem Gipfel im Juni zu dem Vorschlag von Van Rompuy, Barroso, Draghi und Juncker verlauten, dass die Schwerpunkte falsch gesetzt seien, denn es „gehe erst an zweiter Stelle – ‚und das auch noch sehr unpräzise‘ – um mehr Kontrolle und einklagbare Verpflichtungen. ‚Haftung und Kontrolle stehen in diesem Bericht in einem klaren Missverhältnis‘“¹³⁰. Später jedoch, rückte Merkel anscheinend von ihrer Forderung – keine direkten Hilfen an Banken zu zahlen – ab. Stattdessen knüpfte sie jetzt eine direkte Rekapitalisierung von Bankinstituten durch den ESM an die Bedingung, zuerst eine funktionierende europäische Aufsicht zu errichten.¹³¹

Merkel über die
direkte
Rekapitalisierung

¹²⁵ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Riesbeck, und Sievers, Kleine Risse im Rettungsschirm, (03.07.2012), S. 6.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Vgl. Wefers und Fechtner, Merkel dämpft Hoffnung auf schnelle Bankenhilfen (18.09.2012), S. 1. Weiter dazu auch Hulverscheidt, Spanien muss länger auf Banken-Hilfen warten (24.09.2012), S. 1.

¹²⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Europäischer Rat, Tagung vom 13./14. Dezember 2012.

Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012) sowie Bundesministerium der Finanzen, ECOFIN einigt sich über den Rechtsrahmen zur Errichtung eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken (14.12.2012).

¹²⁹ Vgl. Siems, Nur eine Banken-Rettung kann den Flächenbrand verhindern (05.06.2012), S. 10.

¹³⁰ Wittreck, Merkel fährt die harte Linie (27.06.2012).

¹³¹ Vgl. hierzu Fechtner, Einheitliche Bankenaufsicht startet „im Laufe des Jahres 2013“ (20.10.2012), S.1. Weiter dazu auch: Sievers, Wer haftet, wenn es schiefgeht? (18.07.2012), S. 4.

Einen gemeinsamen europäischen Einlagenfonds lehnte Bundeskanzlerin Merkel angeblich strikt ab.¹³² Ihre Blockadehaltung hat sich bis dato diesbezüglich nicht geändert. Jedenfalls ist man nach den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels von März 2013 darüber noch zu keinem Ergebnis gekommen.¹³³

Insgesamt konnte Merkel ihre Machtressourcen¹³⁴ gut in Verhandlungsvorteile bezüglich der Beeinflussung der Ergebnisse umwandeln. Bei den Einlagenfonds hat sie es bis jetzt geschickt geschafft, eine Weiterentwicklung weitestgehend zu untergraben. Wie lange sie diese Blockadehaltung noch beibehält ist jedoch fraglich, sollte sie ein weiteres Mal zur Bundeskanzlerin gewählt werden. Dies deutete jedenfalls Hollande nach Spiegelinformationen an, als er sagte „Merkelbremse in europäischen Fragen, weil sie bekanntlich ‚ihren eigenen Wahlkalener‘ habe“¹³⁵.

Merkels lehnt einen gemeinsamen, europäischen Einlagenfonds strikt ab

4.2.2. François Hollandes Einsatz für die Bankenunion

Zum EU-Gipfel im Juni 2012 bekundete Hollande noch die Einigkeit mit Merkel bezüglich einer Bankenunion.¹³⁶ Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich jedoch, dass Hollandes Vorstellungen diesbezüglich oft in eine andere Richtung gingen als die von Merkel.

So unterstützt Hollande anscheinend Rajoy und Monti bei ihrem Anliegen, durch die Bankenunion eine direkte Rekapitalisierung von Banken durch den ESM zu ermöglichen.¹³⁷ Er wurde dabei so die „Frankfurter Rundschau“ zum „Anwalt des Südens“¹³⁸ erklärt, denn er soll gesagt haben, es sei die Aufgabe Frankreichs seinen Partnern unermüdlich zu sagen, dass es Alternativen zur Sparpolitik – eine Anspielung auf Merkel – gäbe.¹³⁹

Die Forderung der Bundeskanzlerin, vor einer möglichen Rekapitalisierung maroder Finanzinstitute eine funktionierende Bankenaufsicht aufzubauen, wurde anscheinend von Hollande und seinen südländischen Verbündeten akzeptiert. Dafür versuchten sie nun gemeinsam mit Barroso, die Bankenaufsicht zu forcieren.¹⁴⁰ Als deren

Hollande unterstützt eine direkte Rekapitalisierung der Banken

¹³² Vgl. Bohsem und Finke: Die Angst bleibt (13.06.2012), S. 19.

¹³³ Vgl. Europäischer Rat: Tagung am 14./15. März 2013. Schlussfolgerungen (EUCO 23/13) (14.03.2012).

¹³⁴ Nach Art. 15 IV EUV entscheidet der ER im Konsens. De facto kann aber davon ausgegangen werden, dass Frankreich und Deutschland in den Verhandlungen aufgrund der Bedeutung ihrer Länder für die EU mehr Macht haben.

¹³⁵ Neukirch et al., Im Parallel-Universum (22.10.2012), S. 18.

¹³⁶ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel, italienischer MP Monti, französischer StP Hollande und spanischer MP Rajoy (Mitschrift der Pressekonferenz vom 22.06.2012 (22.06.2012).

¹³⁷ Vgl. zur Forderung der Südländer: Spiegel Online, Diplomaten melden Kompromiss bei Bankenaufsicht. (18.10.2012) sowie zur Unterstützung Hollandes: Riesbeck, Europas neue politische Kartographie (28.06.2012) S. 5.

¹³⁸ Riesbeck, Europas neue politische Kartographie (28.06.2012), S. 5.

¹³⁹ Neukirch et al., Im Parallel-Universum (22.10.2012), S. 18.

¹⁴⁰ Vgl. Eder et al., Die Aufstellungen (16.06.2012), S. 4.

Arbeitsbeginn hatten sie dabei den 1. Januar 2012 als Ziel.¹⁴¹ Dafür sollten bis Ende des Jahres die Gesetzesvorschläge abgeschlossen sein.¹⁴² Doch in Punkto Zeitmanagement konnte Hollande zusammen mit Monti und Rajoy die Blockadehaltung Merkels nicht ganz aufbrechen. Die Bankenaufsicht soll nun, nicht wie gefordert am 1. Januar 2013, sondern frühestens am 1. März 2014 starten.¹⁴³

Im Gegensatz zu Merkel scheint Hollande hier auch Elemente eines Entrepreneurial Leader zu übernehmen, indem er versucht mit Unterstützung anderer Teilnehmer und durch Kompromisse Merkels Blockadehaltung zu überwinden. Dennoch kann er als Structural Leader gesehen werden, schon aufgrund seiner Machtressourcen. Darüber hinaus ist er viel mehr, als die EL darum bemüht, seine Ziele durchzusetzen, auch wenn er dabei anscheinend Abstriche machen muss. Bei Hollande überschneiden sich folglich die Rollen von Structural und Entrepreneurial Leader.

4.2.3. Cameron: der Unbeteiligte

Ursprünglich war wohl angedacht, dass auch die britischen Banken – da London immerhin den wichtigsten Finanzplatz Europas darstellt – in die Bankenunion mit einbezogen werden würden.¹⁴⁴ Der britische Premierminister David Cameron unterstützte anscheinend generell eine Bankenunion, machte Cameron jedoch schnell klar, dass Großbritannien dabei nicht Mitglied werden würde.¹⁴⁵

In der Untersuchung zeigte sich Cameron also als Befürworter, jedoch ohne große Ambitionen dieses Projekt voranzutreiben. Er legte offensichtlich Wert darauf, dass die britischen Interessen gewahrt werden, ohne sich dabei einer Mitgliedschaft verpflichten zu müssen. Dafür wurde er von den hier untersuchten Medien stark kritisiert.¹⁴⁶

4.3. Die Formal Leader Rajoy und Monti als Structural Leader zweiter Klasse

Der italienische Ministerpräsident Monti und der spanische Ministerpräsident Rajoy schlossen sich aufgrund ihrer nationalen finanziellen Schwierigkeiten zusammen, um die Forderung nach einer direkten Rekapitalisierung von Banken durchzusetzen.¹⁴⁷ Wie bereits im Kapitel zuvor dargestellt, deutet es daraufhin, dass sie dabei von Hollande unterstützt wurden. Nachdem Merkel an ihren Konditionen – erst die

Teilsieg gegen Merkel bezüglich eines frühen Arbeitsbeginns der Aufsichtsbehörde

Cameron für eine Bankenunion, jedoch nur ohne britische Beteiligung

¹⁴¹ Vgl. Wefers, Forscher gegen übereilte Bankenunion (12.10.2012), S. 3.

¹⁴² SZ, Deutliche Kritik über Bande (19.10.2012), S. 8.

¹⁴³ Vgl. Rat der Europäischen Union, Rat vereinbart Standpunkt zur Bankenaufsicht (17739/12, PRESSE 528). (13.12.2012).

¹⁴⁴ Vgl. Müller, Freude, Skepsis, Furcht – Was Europa über den Gipfel denkt (30.06.2012), S. 6.

¹⁴⁵ Vgl. hierzu Office of the British Prime Minister, Press briefing afternoon 12 September 2012. (12.09.2012) sowie Eder und Jost, Zentralbank wird neue Superbehörde (22.06.2012), S. 9.

¹⁴⁶ Vgl. Camerons Standpunkt, Office of the British Prime Minister: Press briefing morning 13 December 2012. (13.12.2012) sowie zur Kritik: Stevens, „Time to say: Danke“ (15.06.2012), S. 8.

¹⁴⁷ Vgl. Spiegel Online, Diplomaten melden Kompromiss bei Bankenaufsicht (18.10.2012).

Aufsicht, dann die Rekapitalisierung – festhielt¹⁴⁸, waren sie wohl in den Verhandlungen sichtbar bemüht, schnell zur Etablierung einer Bankenaufsicht zu gelangen. Monti und Rajoy konnten sich letztlich jedoch offensichtlich nur mit Hilfe Hollandes und – entgegen der Darstellung im folgenden Zitat – nur teilweise gegen Merkels Verschleppungstaktik durchsetzen.

„Am Ende war es in der Tat Hollande, der Montis Sieg über Merkel ermöglichte. Der Sozialist hielt Merkels Strategie stets für einen Irrweg - das sagte er im Wahlkampf, und das wiederholt er, seit er im Amt ist“¹⁴⁹

Rajoy und Monti
arbeiten
aufgrund
gemeinsamer
Interessen eng
zusammen

Wie erwähnt kann noch von keinem Sieg gesprochen werden, da Merkel sich zwar offener gegenüber der direkten Rekapitalisierung zeigte, sie schaffte es jedoch die Entscheidung bis zum Juni 2013 hinauszuzögern. Dabei bleibt ungewiss, ob es zu diesem Zeitpunkt wirklich zu einer Entscheidung kommt.¹⁵⁰

Bezüglich ihrer Machtressourcen wäre sie den strukturellen Führern zuzuordnen, schon deshalb, weil sie im Rat formal die gleiche Stimmgewichtung haben wie Merkel oder Hollande. De facto konnte sie diese aber, wohl aufgrund ihrer wirtschaftlich geschwächten Länder, nicht optimal in Verhandlungsvorteile umsetzen. Vielmehr bedurften sie der Unterstützung Hollandes, um zu einem erfolgreichen Kompromiss zu kommen. Deshalb sind sie Formale Leader.

4.4. Entrepreneurial Leader

Es folgt nun die Auswertung der Entrepreneurial Leader und ihr Einfluss auf die Verhandlungen. Vor allem durch das Bestimmen der Agenda der EU-Gipfel und das Vorantreiben der Verhandlungen nahmen sie Einfluss auf die Ergebnisse der Konferenzen.

4.4.1. Van Rompuy und Barroso bestimmen die Agenda

Van Rompuy wollte wohl auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 28./29. Juni 2012 vor allem Leitlinien für eine kurz- und mittelfristige Wachstums- und Beschäftigungsförderung sowie den mehrjährigen Finanzrahmen der EU besprechen. Der Gedanke einer Bankenunion wurde jedenfalls in seiner Mitte Mai festgelegten Tagesordnung nicht erwähnt.¹⁵¹ Barroso nutzte hingegen die Staatsschulden- und Bankenkrise in Spanien, um das Thema Bankenunion im Rahmen einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion auf die Agenda des Gipfeltreffens setzen zu können.¹⁵² Noch im Mai ließ er offensichtlich verlauten, dass er sich auf dem EU-

¹⁴⁸ Näheres hierzu siehe Kapitel „4.2.1. Angela Merkel: von der Blockade zum Kompromiss“, Teilüberschrift „Die direkte Rekapitalisierung“.

¹⁴⁹ Böll et al. Geisel des Südens, in: Der Spiegel v. 02.07.2012, S. 18.

¹⁵⁰ Vgl. Europäischer Rat, Tagung vom 13./14. Dezember 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012).

¹⁵¹ Generalsekretariat des Rates, Vermerk. Betr.: Europäischer Rat (Tagung am 28./29. Juni 2012) – Entwurf der erläuterten Tagesordnung (9370/12, CO EUR-PREP 13) (16.05.2012).

¹⁵² Vgl. Beecken, Die EZB soll mächtiger werden (16.06.2012), S. 19.

Gipfel Ende Juni 2012 für eine stärkere Integration einsetzen werde.¹⁵³ Hier schien Barroso vor allem eine europaweite Bankenunion im Auge zu haben, denn als Bausteine für diese forcierte Integration nannte er – so die Frankfurter Rundschau – eine Bankenunion mit einer europäischen Finanzaufsicht und einer gemeinsamen Einlagensicherung.¹⁵⁴ Anfang Juni schien es nochmals so, als ob Barroso seiner Forderung, über die Idee der Bankenunion zu diskutieren, mehr Nachdruck verleihen wollte, indem er davor warnte, seine Idee abzulehnen.¹⁵⁵ Diese Form von Agenda Setting, indem er versuchte dem Thema in der Öffentlichkeit mehr Präsenz zu verschaffen, zeigte anscheinend seine Wirkung.¹⁵⁶ So konnte die Relevanz des Themas

Barroso schafft es bereits früh das Thema Bankenunion auf die Agenda der EU-Gipfel zu setzen

Bankenunion untermauert werden. Van Rompuy setzte die Idee einer Bankenunion auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens des Europäischen Rates vom 28./29. Juni. Gleich am ersten Tag, wie es aus den Hintergrundinformationen zu diesem Treffen deutlich wird, wurde der, in Zusammenarbeit mit Barroso, Juncker und Draghi erarbeitete Bericht über Visionen der Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorgestellt.¹⁵⁷

Es wird Van Rompuy zugeschrieben, dem Thema während des Juni-Gipfels die nötige Präsenz verliehen zu haben, sodass es noch vor Ende des Gipfels als fester Themenschwerpunkt der Agenda für den Gipfel im Oktober 2012 galt.¹⁵⁸ So baute er konstant vor den Gipfeltreffen Druck auf die Teilnehmer auf sich zu einigen: Vor dem EU-Gipfel im Dezember eine Woche vor dem Treffen veröffentlichte er einen Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion, nach dem die europäische Bankenaufsicht spätestens zum 1. Januar 2014 arbeitsfähig sein sollte.¹⁵⁹ Obwohl der vorgelegte Bericht von Van Rompuy, Barroso, Draghi und Juncker stammte, wurde in den Publikationen meist nur Van Rompuy erwähnt.¹⁶⁰ Dies lässt darauf schließen, dass es vor allem Van Rompuy war, der sich der Presse zuwandte und sie sich ihm. Jedenfalls kann es ihm zugeschrieben werden, diesen Bericht an die Öffentlichkeit gebracht zu haben, um somit der Bankenunion als Agenda-Punkt weitere Relevanz zu verschaffen. Das wiederum half ihm, sie gleich zu Beginn des Gipfels besprechen zu können.

Van Rompuy baut vor den EU-Gipfel Druck auf die Teilnehmer auf sich zu einigen

¹⁵³ Eder und Hildebrand: EU will Banken direkt helfen (31.05.2012), S. 9.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Gammelin, Barroso sieht „entscheidenden Augenblick“ für Europa (14.06.2012), S. 1. Kurz zuvor bekräftigte Barroso in der Financial Times auch seine Forderung nach mehr Integration in Form von einer Bankenunion. Vgl. hierzu Teevs, Lagarde gibt Euro-Rettern nicht mal drei Monate. (12.06.2012).

¹⁵⁶ Nach dem Vertrag von Lissabon Art. 16 VIb hat der PER das Recht die Tagesordnung festzulegen, aber in Absprache mit dem PEK. Daher kann Barroso rein formal nicht die Tagesordnung festlegen, sondern muss durch Absprache und dadurch, dass er das Thema in der Öffentlichkeit verbreitet, versuchen die Agenda der Gipfeltreffen mitzubestimmen.

¹⁵⁷ Vgl. Press office of the Council of the European Union: Background. European Council. Thursday and Friday 28 and 29 June in Brussels (27.06.2012), S. 1.

¹⁵⁸ Riesbeck, Bausteine für das Haus Europa (11.06.2012), S. 2 sowie Winter, An der Kandare (30.6.2012), S. 6.

¹⁵⁹ FR, ESM soll ab März Bankenhilfen zahlen. Rompuy-Bericht zur EU-Wirtschaftsreform (07.12.2012), S. 11.

¹⁶⁰ Gammelin, Bankenaufsicht rückt näher (12.12.2012), S. 7.

Ferner lag Van Rompuy anscheinend auch bei diesem Treffen daran, zu einer Entscheidung zu kommen. Dies zeigte sich schon bei seinem Einladungsschreiben, indem es heißt:

„The main purpose of this meeting will be for us to discuss a ‘specific and timebound roadmap‘ for the completion of the Economic and Monetary Union. [...] I have also put forward draft conclusion, which set out the elements we must agree on this week, both in terms of the urgent decisions required now and in terms of perspectives for the future.“¹⁶¹

Sein Plan umfasste zwar mehr als die Bankenunion, aber nachdem es diesbezüglich unter den Teilnehmern große Divergenzen gab, erwartete Van Rompuy anscheinend wenigstens eine Vereinbarung darüber.¹⁶² In den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels schlägt – der Zeitung „Die Welt“ zufolge – Van Rompuy vor, dass bis Ende März 2013 eine Einigung über eine Richtlinie zu den nationalen Abwicklungs- und Restrukturierungsfonds für Banken erzielt werden sollte.¹⁶³ Damit verschwand die Bankenunion bis zum 18. März 2013 von der Hauptagenda der EU-Gipfeltreffen, da sie nun an die Gesetzgeber der EU weitergegeben wurde, um dort nach den im Dezember gefassten Beschlüssen Gesetzesentwürfe zu erarbeiten. Bei dem Gipfeltreffen im März 2013 zog Van Rompuy lediglich eine Zwischenbilanz über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.¹⁶⁴ Er lobte dabei die Fortschritte bei der Eigenkapitalanforderung für Banken, vermerkte jedoch auch, dass die technischen Fragen schnell geklärt werden sollten und drängte auf ein Ergebnis bis Ende März.¹⁶⁵ Bis Juni 2013 verlangte Van Rompuy eine Einigung über die Richtlinie der Sanierung und Abwicklung von Banken sowie über die Richtlinie der Einlagensicherung.¹⁶⁶

Van Rompuys Plan umfasste mehr, aber er sucht den kleinsten gemeinsamen Nenner

Van Rompuy fordert eine Einigung bis Juni 2013

Insgesamt übernahmen bei den Entrepreneurial Leaders vor allem Van Rompuy und Barroso das Agenda Setting. Van Rompuy setzte die in Zusammenarbeit mit Barroso, Draghi und Juncker erarbeiteten Pläne auf die Agenda der Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Als es im Juni 2012 zu keinen konkreten Beschlüssen kam und sich auch im Vorfeld des Oktobergipfels Streitigkeiten abzeichneten, war es Van Rompuy das Thema Bankenunion gleich zu Beginn des Treffens auf die Tagesordnung setzte. Darüber hinaus räumte er der Bankenunion ausreichend Zeit bei dem Gipfel ein, damit die Teilnehmer genügend Zeit hatten, auf eine Lösung zu kommen. Die Börsenzeitung schreibt diesbezüglich über Van Rompuy:

„Er formuliert federführend Berichte über die Wirtschafts- und Währungsunion, die Fiskalunion und die Bankenunion. Er setzt die Themen und Termine für EU-Gipfel. Und er ist es, der anschließend darüber berichtet und so dazu beiträgt, dass die Ergebnisse der Treffen

¹⁶¹ European Council – The President, Invitation letter by President Herman Van Rompuy to the European Council (EUCO 233/12) (11.12.2012).

¹⁶² Eder und Bolzen, Merkel will nicht nur übers Geld reden (13.12.2012), S. 10.

¹⁶³ Eder und Bolzen, Merkel will nicht nur übers Geld reden (13.12.2012), S. 10. sowie Europäischer Rat, Tagung vom 13./14. Dezember 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012), S. 3.

¹⁶⁴ Generalsekretariat des Rates, Europäischer Rat, Tagung am 14./15. März 2013 Schlussfolgerungen (EUCO 23/13(14.03.2013), S.1.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 9.

¹⁶⁶ Vgl. Ebd., S. 10.

längst nicht mehr so stark wie früher von der jeweiligen Interpretation durch die Regierungschefs aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien abhängen.“¹⁶⁷

Diese Aussage kann durch die hier durchgeführte Analyse auch beim Thema Bankenunion unterstützt werden. Jedoch sollte Barroso dabei nicht vergessen werden. Er nahm im Vorfeld der Gipfeltreffen Einfluss auf die Agenda, indem er versuchte, das Thema Bankenunion in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. So übte er indirekten Druck aus, dem Thema auch den entsprechenden Platz bei den Verhandlungen zu geben.

Gemäß den Regeln für die Organisation der Arbeiten des Euro-Gipfels sollte sich Van Rompuy bei den Tagesordnungspunkten mit Barroso und Juncker absprechen.¹⁶⁸ Der Einfluss von Barroso hierbei konnte in dieser Untersuchung gezeigt werden. Juncker und Draghi schienen jedoch nach den hier untersuchten Dokumenten und Medienberichten keinen großen Einfluss auf das Agenda Setting beim Thema Bankenunion genommen zu haben.

4.4.2. Pushing the negotiations

Nicht nur durch Agenda Setting zeichnet sich der EL aus, sondern auch durch die Bemühungen Verhandlungen voranzubringen und den Versuch bereits vorhandene Verhandlungstillstände zu überwinden. Dies kann er durch Kompromisse erreichen. Eine andere Möglichkeit wäre Druck auf die Teilnehmer auszuüben, um zu Lösungen zu kommen und nicht das Thema in Unstimmigkeiten untergehen zu lassen.

Van Rompuy wurde als stärkste treibende Kraft hinter dem von ihm, Barroso, Draghi und Juncker entwickelten Plan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – worunter auch das Thema Bankenunion fällt – genannt.¹⁶⁹ Dabei konnte festgestellt werden, dass er die Verhandlungen nach der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ vorantreibt, um Kompromisse zu ermöglichen und Druck auf die Teilnehmer auszuüben. Van Rompuy formulierte es selbst in der „Frankfurter Rundschau“ so: „Leuten zuzuhören, Empathie für die Perspektive des Anderen zu haben, zu versuchen, einen Mittelweg zu finden und dafür die eigenen Positionen aufzugeben, das ist eine Verhaltensart.“¹⁷⁰ Die eigene Position, hier die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, daran schien es Van Rompuy im Fall der Bankenunion nicht gelegen zu sein. So gilt er in Diplomatenskreisen - nach der „Börsen-Zeitung“ nämlich als „hartleibiger Verhandler“¹⁷¹.

Van Rompuy
Bemühungen die
Verhandlungen
voranzutreiben

Van Rompuy und
Barroso als starke
Entrepreneurial
Leader

¹⁶⁷ Fechtner, Herman Van Rompuy 65 (30.10.2012), S. 16.

¹⁶⁸ Rat der Europäischen Union, o.T. (13.03.2013).

¹⁶⁹ Vgl. Eder, Berlin und Paris wollen gemeinsam retten (28.08.2012), S. 10. Zu der Bedeutung Van Rompuy für das Vorankommen der Verhandlungen siehe auch Riesbeck, Europas neue politische Kartographie (28.06.2012), S. 5.

¹⁷⁰ Riesbeck, Die Preisfrage (08.12.2012), S. 7.

¹⁷¹ Fechtner, Herman Van Rompuy 65 (30.10.2012), S. 16.

Van Rompuy bemühte sich, einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Lagern zu erreichen. Frankreich, Spanien und Italien unterstützten eine rasche Vollendung der Bankenunion mit einer europäischen Bankenaufsicht, mit einem gemeinsamen Einlagensicherungsfonds, der Sparguthaben der Bankkunden sichert und mit einem Abwicklungsfond für insolvente Banken.¹⁷² Deutschland, Finnland und Holland hingegen standen der Bankenunion und dem dafür anvisierten Zeitraum sehr kritisch gegenüber.¹⁷³ Diese unterschiedlichen Positionen zeigten sich demnach bereits im Vorfeld des EU-Gipfels im Juni 2012.¹⁷⁴ Man könnte meinen, Van Rompuy versuchte deshalb bereits vor dem Gipfel, das Thema Bankenunion als kleinen Teil eines größeren Plans darzustellen, den man schnell abhandeln könnte. So zitierte „Die Welt“ Van Rompuy: „Die Bankenunion ist ein Baustein. Ich denke, wir können da viel schneller vorgehen als in anderen Bereichen. Und bei der Bankenintegration kann man auch bei der Aufsicht durch die EZB schnell vorankommen.“¹⁷⁵ Dies kann als eine Form von Druckausübung auf die Teilnehmer angesehen werden. Grund dafür ist, dass Van Rompuy so versuchte, den Erwartungsdruck für schnelle Ergebnisse auf die Verhandlungspartner zu erhöhen.¹⁷⁶ Dazu war auch in der „BZ“ zu lesen:

„Der Vorschlag von Herman Van Rompuy und seinen Mitstreitern zwingt nämlich einerseits die Euro-Länder zum Hopp-oder-Topp-Bekenntnis, ob sie tatsächlich bereit sind, weit über den Binnenmarkt hinauszugehen und Souveränität abzugeben. Dafür ist es höchste Zeit, denn das erzwingt endlich politische Entscheidungen ...“¹⁷⁷

Aber Van Rompuy übte nicht nur Druck aus, um die Verhandlungen voranzutreiben, sondern er war auch um Kompromisse bemüht. Als sich nach dem Gipfel im Juni 2012 die unterschiedlichen Positionen zu einer Bankenunion zeigten, erarbeitete er Kompromissvorschläge für den Gipfel im Oktober 2012. Bei der Frage, ob die Bankenunion auch für Altschulden der Geldinstitute haften sollte, schlug Van Rompuy anscheinend eine Übergangsphase vor.¹⁷⁸ Es kann angenommen werden, dass er hier versuchte, zwischen Deutschland auf der einen und Spanien und Italien auf der anderen Seite zu vermitteln. Italien und vor allem Spanien erhofften sich hier wohl finanzielle Erleichterungen¹⁷⁹, wohingegen besonders Deutschland dieser

Van Rompuy: nicht nur Druck, sondern auch Kompromisse

¹⁷² Vgl. Van Rompuy, Herman Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) (26.06.2012), S.4 f.. Sowie Kurbjuweit, et al., Die Kuhändler (22.12.2012), S. 56.

¹⁷³ Vgl. Volkery: Europas Mächtige treten an zum Streit-Gipfel (28.06.2012).

¹⁷⁴ Vgl. Hammerstein et al., Ein wenig zu spät, (25.06.2012), S. 18.

¹⁷⁵ Die Welt, Älteste Bank braucht Hilfe (25.06.2012), S. 11.

¹⁷⁶ Der Aufbau dieses Erwartungsdrucks zeigt sich auch, wenn er in der Öffentlichkeit verbreiten lässt, dass die Bankenaufsicht zum 1. Januar 2013 kommen soll. Vgl. hierzu Riesbeck, Das große und das kleine W; Merkel, Hollande und die Konflikte des Gipfels (18.10.2012), S. 6.

¹⁷⁷ Fechtner, Abschied vom Binnenmarkt (28.06.2012), S. 8.

¹⁷⁸ Riesbeck, Peter/ Veiel, Axel: Der Rheingraben, in: FR v. (17.10.2012), S. 17.

¹⁷⁹ Vgl. Haug, Diplomaten melden Kompromiss bei Bankenaufsicht (18.10.2012).

gesamtschuldnerischen Haftung in Europa ablehnend gegenüberstand.¹⁸⁰ Ferner versuchte Van Rompuy durch den Vorschlag, den Einlagenfonds national aufzubauen, sodass deutsche Sparer nicht mehr für spanische Banken haften würden.¹⁸¹ Dadurch erhoffte er sich wohl, die deutsche Blockadehaltung aufzubrechen.¹⁸²

Wie Der Spiegel aus Kreisen der EU-Kommission erfahren haben will, erklärte Barroso das Thema Bankenunion auf Kosten des zuständigen Kommissars Michael Barnier zur Chefsache.¹⁸³ Daran zeigte sich bereits, welche große Bedeutung die Bankenunion anscheinend für Barroso spielte und mit welcher Willenskraft er sie vorantreiben wollte, ohne dabei zu viele Kompromisse eingehen zu müssen.

Barrosos erklärt
das Thema
Bankenunion zur
Chefsache

Barroso wollte wohl die iberische Krise als Katalysator nutzen, um die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und speziell die Bankenunion voranzutreiben.¹⁸⁴

„Wer Spanien wirkungsvoll helfen will, muss den Teufelskreis durchbrechen, die zermürbende Verbindung von strauchelnden Banken und einem angeschlagenen Staat lösen. Das Konzept dafür liegt bereits auf dem Tisch: Es trägt den Namen Bankenunion, seine Väter heißen Herman Van Rompuy (EU-Ratspräsident), Jose Manuel Barroso (EU-Kommissionspräsident), Mario Draghi (EZB-Präsident) und Jean-Claude Juncker (Eurogruppen-Chef).“¹⁸⁵

Dabei war wohl vor allem Barroso daran gelegen, eine Realisierung der Bankenunion zu forcieren. So reiste er im Vorfeld des EU-Gipfels im Juni nach Berlin, um – so deutete es sich an – Angela Merkel von einer Bankenunion zu überzeugen. Bei diesem Treffen forderte Barroso nach Angabe des „Spiegels“, dass die Währungsunion mit einer wirtschaftlichen Union ergänzt werden müsste, woraufhin auch in Berlin verstärkt über eine gemeinsame Bankenaufsicht nachgedacht wurde.¹⁸⁶ Dieses Vorantreiben des Themas Bankenunion in Berlin wurde von der EU-Kommission auch als sehr erfolgreich dargestellt.¹⁸⁷ Das Werben in Berlin und die Darstellung der EK zeigen, dass Barroso schon zu Beginn der Verhandlungen über eine Bankenunion sehr bemüht war, diese voranzutreiben und Structural Leader für seine Pläne zu gewinnen.¹⁸⁸

Versuche Merkel
im Vorfeld des EU-
Gipfels von der
Bankenunion zu
überzeugen

¹⁸⁰ Diekmann, Vor EU-Gipfel: Bundesregierung blockt bei Bankenaufsicht und Euro-Bonds (16.10.2012).

¹⁸¹ Riesbeck, Peter: Das Aufsichtsproblem, in: FR v. (19.10.2012), S. 2.

¹⁸² Es sei angemerkt, dass nicht nur die deutsche Regierung – sie ist lediglich der prominenteste Vertreter dieser Position – eine Blockadehaltung einnahm, auch Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande lehnten einen europaweiten Fonds für Sparguthaben ab. Vgl. hierzu: Kurbjuweit, Der Kuhhändler (22.12.2012), S. 56.

¹⁸³ Hesse et al., Für die Geschichtsbücher (10.09.2012), S. 90.

¹⁸⁴ Vgl. Beecken, Die EZB soll mächtiger werden (16.06.2012), S. 19.

¹⁸⁵ Salzmann, Teufelskreis (27.06.2012), S. 18.

¹⁸⁶ Teevs, Merkel und Barroso wollen Großbanken stärker kontrollieren. (05.06.2012).

¹⁸⁷ Die Welt, Merkel und Barroso haben eine Vision (06.06.2012), S. 4.

¹⁸⁸ Dabei handelte es sich nicht nur um seine Pläne, sondern auch um die in Zusammenarbeit mit Van Rompuy, Juncker und Draghi entstanden. Beide aber sind sich inhaltlich sehr ähnlich. Näheres zu den Vorschlägen der Kommission unter: Europäische Kommission, Kommission schlägt neue EZB-Befugnisse für Bankenaufsicht im Rahmen einer Bankenunion vor (IP/12/953) (12.09.2012). Näheres

Im Verlauf der Verhandlungen zeigte sich jedoch, dass bei der Bankenunion die Detailvorstellungen auseinandergingen.¹⁸⁹ Dies deutete sich schon, entgegen der Darstellungen der EU-Kommission, darin an, dass Barroso einen europäischen Einlagenfonds forderte.¹⁹⁰ Dagegen sträubte sich jedoch Merkel.¹⁹¹

Trotz anfänglicher Einstimmigkeit, Streitigkeiten im Detail mit Merkel

Dennoch versuchte Barroso die Entscheidung zu Gunsten einer Bankenunion zu forcieren, indem er sagte: „die Kommission könne im Herbst Gesetzesentwürfe zu einer gemeinsamen Bankenaufsicht und Krisenfonds vorschlagen“¹⁹². Dazu wollte er anscheinend vor den Verhandlungen Druck aufbauen, um zu raschen Ergebnissen bei der Bankenunion zu kommen. Als sich nach dem Gipfel im Juni zeigte, dass sich Merkel vor allem gegen europaweite Einlagenfonds sträubte, versuchte Barroso im Vorfeld des Oktobergipfels die deutsche Seite anscheinend positiv zu stimmen. Darauf deutet jedenfalls sein Besuch bei der Documenta hin, bei dem er die Gelegenheit nutzte und darauf aufmerksam machte, wie sehr der Finanzplatz Frankfurt von der europäischen Bankenunion profitieren würde.¹⁹³

Auch Großbritannien versuchte der Kommissionspräsident anscheinend ins Boot zu holen, aber Cameron machte schnell deutlich, dass er zwar eine Bankenunion generell befürworte, aber nicht für sein Land.¹⁹⁴ Des Weiteren war Barroso wohl um einen Kompromiss zwischen Deutschland und Zypern im Streit um die Zuständigkeiten für die künftige Bankenaufsichtsbehörde bemüht.¹⁹⁵ Dieser Kompromiss galt anscheinend auch anderen Nicht-Euro-Staaten wie Großbritannien und Schweden, da sich diese kritisch über die Verortung der neuen Behörde bei der EZB zeigten.¹⁹⁶ So schlug Barroso vor, die neue Behörde in die EZB zu integrieren, aber mit einem gesonderten Gremium, das Letztentscheidungsbefugnis haben sollte.¹⁹⁷ Außerdem verzichtete Barroso, wohl aus Rücksicht auf Merkel, darauf, in seinem Vorschlag einen gemeinsamen europäischen Einlagenfonds zu erwähnen.¹⁹⁸

Barrosos will Cameron mit ins Boot zu holen

zu den gemeinsamen Vorschlägen von Barroso, Van Rompuy, Draghi und Juncker: Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12)(26.06.2012).

¹⁸⁹ Näheres Siehe Heusinger, Bankenunion (01.06.2012), S. 12.

¹⁹⁰ Vgl. Eder, Schutzschirm für Steuerzahler (06.06.2012), S. 4. Näheres zu dem Vorschlag über die gemeinsamen Einlagenfonds unter: Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Fahrplan für eine Bankenunion (COM(2012) 510 final (12.09.2012), S. 2.

¹⁹¹ Vgl. Beecken, „Wir brauchen einen Fahrplan“, (12.06.2012), S. 22. Weiter dazu auch: Wefers, Schützenhilfe bei der Bankenunion (20.09.2012), S. 8 sowie Sievers, Alles wollen die Bankenunion – nur welche? (08.06.2012).

¹⁹² Die Welt, Europa macht Schulden, Deutschland zahlt (14.06.2012), S. 1.

¹⁹³ Neubacher, Finanzplatz Frankfurt gewinnt an Gewicht (20.09.2012), S.3.

¹⁹⁴ Vgl. Evers, Unerbittliche Logik 02.07.2012), S. 92.

¹⁹⁵ Vgl. Sucher et al., Euro-Retter werden Bankenwächter (13.12.2012).

¹⁹⁶ Vgl. Riesbeck und Sievers, Auf eigene Rechnung (17.10.2012), S. 2.

¹⁹⁷ Vgl. Dams, et al., Bankenaufsicht: keine Macht für den EZB-Rat (18.09.2012), S. 9. Ausführlicher zu Barrosos Vorschlag unter: Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (COM (2012) 512 final 2012/0244 (COD)) (12.09.2012), S.5.

¹⁹⁸ Vgl. Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (COM (2012) 512 final 2012/0244 (COD)) (12.09.2012).

Zuletzt fand der Kommissionspräsident zusammen mit Van Rompuy, Draghi und Juncker einen Kompromiss bei der Bankenaufsicht, der für alle Verhandlungspartner akzeptabel war. Auf dessen Grundlage das Europäische Parlament zusammen mit dem Rat der Europäischen Union einen Gesetzesvorschlag erarbeiten wolle.¹⁹⁹ So soll die Aufsichtsbehörde ab März 2014 mit ihrer Arbeit beginnen.²⁰⁰

So versuchte Barroso bereits im Vorfeld der EU-Gipfel die Teilnehmer zu gemeinsamen Lösungen zu bewegen.

Im Gegensatz zu den anderen EL war Barroso nicht nur um Kompromisse und das Vorantreiben der Verhandlungen bemüht, sondern er versuchte auch seine eigenen Pläne bei den Verhandlungen durchzubringen. So beharrte Barroso anscheinend gegen Merks Vorstellungen darauf, dass die EZB nicht nur systemrelevante, sondern alle Banken kontrollieren sollte.²⁰¹ Auch als es um den Arbeitsbeginn der neuen Aufsichtsbehörde ging, deutete alles daraufhin, dass der Kommissionspräsident vehement versuchte, seine Ziele durchzusetzen. Er wollte, dass die Aufsicht bereits im Januar 2013 starten würde.²⁰² Dabei griff er die Bundesregierung auf dem Oktobergipfel sogar indirekt an:

„Barroso [hat] Berlin zum Auftakt des EU-Gipfels am Donnerstag heftig angegriffen. Die Beschlüsse, welche die Staats- und Regierungschefs im Juni zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung gefasst haben, würden viel zu zögerlich umgesetzt.“²⁰³

Anscheinend behauptete Barroso, dass man sich im Juni auf diesen frühen Termin geeinigt hätte, wohingegen die deutsche Bundesregierung das anders sah.²⁰⁴ Letztlich scheiterten jedoch Barrosos Versuche, seine eigenen Pläne kompromisslos durchzusetzen, sowohl hinsichtlich des Aufsichtsbereichs als auch bezüglich des Arbeitsbeginns der neuen Bankenaufsicht.

Insgesamt konzentrierte sich Barroso vor allem darauf, die Verhandlungsteilnehmer von dem Projekt Bankenunion zu überzeugen und das Vorhaben möglichst schnell zu realisieren. Das versuchte er, wie Van Rompuy, mit einer Mischung aus „Zuckerbrot und Peitsche“: Einerseits war er bestrebt, Druck in Form von öffentlicher Kritik und einem forcierten Vorantreiben der Verhandlungen auf die Structural Leader wie Angela Merkel auszuüben, andererseits wollte er sie umgarnen und von den Vorteilen

Barroso versucht
eigene Pläne bei
den
Verhandlungen
durchzusetzen

Barroso für eine
schnelle
Realisierung der
Bankenunion

¹⁹⁹ Vgl. Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Fahrplan für eine Bankenunion (COM(2012) 510 final) (12.09.2012). Der Gesetzesvorschlag des Parlaments und des Rates ist ab S. 6 aufzufinden.

²⁰⁰ Vgl. Kaiser, Europa soll zur Bankenrettungsunion werden. (12.12.2012). Nach den Vereinbarungen des Rates soll die Behörde frühestens ab März 2014 bzw. spätestens 12 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzgebungsaktes mit ihrer Arbeit beginnen. Vgl. hierzu: Rat der Europäischen Union, Rat vereinbart Standpunkt zur Bankenaufsicht (17739/12, PRESSE 528) (13.12.2012), S. 2.

²⁰¹ Vgl. Dams, und Eder, Mehr Macht für Europa!, (13.09.2012, S. 9. So schreibt Die Welt, dass sich bereits im Juni die EK zugunsten einer allübergreifenden Aufsichtsbehörde positioniert hat. Vgl. Eder und Jost, Aufstand gegen Aufsicht (30.06.2012), S. 9.

²⁰² Riesbeck, Erstmal aufgeschoben (17.09.2012), S. 17.

²⁰³ SZ, Deutliche Kritik über Bande (19.10.2012), S. 8.

²⁰⁴ Ebd.

der Bankenunion überzeugen. Bei diesem Vorgehen war der Kommissionspräsident weniger auf Kompromisse aus als darauf, die Pläne der Bankenunion mit möglichst weitreichenden Kompetenzen für die europäischen Institutionen durchzusetzen.

Anders als Van Rompuy oder Barroso war Draghi auf den ersten Blick – nach den hier analysierten Medienberichten und Dokumenten – keine stark treibende Kraft bei den Verhandlungen, denn sein Vorgehen war viel subtiler.

Draghi und weitere Direktoriumsmitglieder waren anscheinend schon vor dem EU-Gipfel im Juni bemüht, mit Vorträgen über eine europäische Finanzmarktregulierung die Bankenunion voranzutreiben.²⁰⁵ Dabei war es Draghi wohl ein besonderes Anliegen, bei den Verhandlungen eine zentrale, europaweite Bankenaufsicht durchzusetzen.²⁰⁶ Um dieses Ziel zu erreichen wurde Draghi schon im Vorfeld des Gipfels aktiv, um den Euro-Ländern die Wichtigkeit einer Bankenunion vorzutragen. Daraus könnte man ableiten, dass er so vor dem Gipfel Druck auf die Teilnehmer aufbauen wollte, um rasche Entscheidungen zu forcieren.

Doch Draghi versuchte nicht nur durch Druck, sondern auch durch Kompromissvorschläge die Verhandlungen voranzutreiben. Vor allem Deutschland sorgte sich um die Unabhängigkeit einer europäischen Bankenaufsicht, sollte diese bei der EZB angesiedelt sein. Man befürchtete, es könnte zu Interessenskonflikten kommen, wenn die EZB sowohl für die Preisstabilität als auch für die Stabilität des Finanzsektors zuständig wäre.²⁰⁷ Dabei versuchte der EZB-Chef wohl zunächst die deutsche Seite zu beruhigen, indem er verlauten ließ:²⁰⁸

„the ECB can carry out any tasks assigned to it in an *effective, rigorous and independent way, without risk to its reputation* [...] any new tasks in terms of supervision should be strictly separate from monetary policy tasks. There should be no contamination between the two areas and we will certainly find ways to make it sure that this is the case.“²⁰⁹

Draghi versucht
Deutschlands
Zweifel zu
beseitigen

Am 13. Oktober 2012 einigten sich schließlich die Staats- und Regierungschef auf den Single Supervisory Mechanism, kurz SSM.²¹⁰ Es mag bestimmt nicht nur an Draghi gelegen haben, dass man sich trotz deutscher Bedenken darauf einigte, die Aufsichtsaufgaben der EZB anzuvertrauen. Allerdings konnte Draghi anscheinend erfolgreich dazu beitragen, dass die deutsche Bundesregierung ihre skeptische Position aufgab und zustimmte. Dabei mag das persönliche Treffen mit Merkel im September 2012 nicht unbedeutend gewesen sein. Darüber hinaus gelang es dem EZB-Chef, so

²⁰⁵ Zydra, Eine Kontrolle für alle (02.06.2012), S. 32.

²⁰⁶ Vgl. Zydra, Geld nur noch gegen strengere Auflagen (28.06.2012), S. 23.

²⁰⁷ Vgl. Eder, EU-Bankenaufsicht kommt 2012 (14.12.2012), S. 9.

²⁰⁸ Vgl. BZ, Draghi will mehr Demokratie wagen (06.07.2012), S. 7.

²⁰⁹ European Central Bank: Press conference. Mario Draghi, President of the ECB, Vítor Constâncio, Vice-President of the ECB (Frankfurt am Main, 5 July 2012) (05.07.2012).. Kursivsetzung im Original.

²¹⁰ Van Rompuy, Hermann Opening remarks by President Herman Van Rompuy at the European Council (EUCO 235/12) (13.12.2012), S.1.

mehr Macht und Befugnisse an seine Behörde und letztlich auch an seine Position zu binden.²¹¹

Zudem ging Draghi auf die deutsche Position bezüglich der gemeinsamen Einlagensicherung ein, da es auch hier massive Bedenken gab. Im Vorfeld des EU Gipfels im Dezember 2012 sagte er auf einem Vortrag in Frankfurt, dass er sich auch eine Bankenunion ohne die höchst umstrittenen Einlagenfonds vorstellen könnte.²¹²

Zuletzt drängte Draghi wohl auf einen Abwicklungsmechanismus für marode Banken, da dieser die zweite Säule der europäischen Bankenunion bilden sollte und die Zuständigkeit, Banken auch im Notfall abzuwickeln, gehörte für ihn scheinbar zu einer effektiven Aufsicht.²¹³ In diesen beiden Punkten ist es im Untersuchungszeitraum noch zu keinem Entschluss gekommen. Ergebnisse sind wahrscheinlich erst Ende des Jahres 2013 zu erwarten. Vor allem nach der Staatsschulden- und Bankenkrise in Zypern dürfte sich die deutsche Position gegenüber den Einlagenfonds jedoch noch ablehnender gestalten. Hier hat es den Anschein, dass vor allem Merkel bei den Einlagenfonds und Abwicklungsmechanismen eher auf Zeit spielt.²¹⁴

Draghi zu der
gemeinsamen
Einlagensicherung

Insgesamt versuchte Draghi viel subtiler, die Verhandlungen voranzutreiben und Kompromisse herbeizuführen. Dies mag daran liegen, dass Draghi in der Öffentlichkeit anscheinend weniger als Beteiligter, sondern lediglich als Berater bei den Verhandlungen wahrgenommen werden möchte, um die Unabhängigkeit seines Mandates zu wahren.²¹⁵ Die Ergebnisse deuten aber daraufhin, dass er hinter den Kulissen viel Einfluss hatte, die Verhandlungen voranzutreiben und Kompromisse herbeizuführen.²¹⁶

4.4.3. Rallying support: Barroso unterstützt Monti und Rajoy

Bei den Entrepreneurial Leaders ergaben sich nur wenige Fälle, in denen sie deutlich eine Verhandlungspartei bzw. deren Verhandlungsvorschlag unterstützen. In den meisten Fällen unterstützen sich Barroso, Van Rompuy, Draghi und Juncker gegenseitig.

²¹¹ Näheres zu dem Gesetzgebungsakt für den SSM und den diesbezüglichen Befugnissen der EZB unter: Rat der Europäischen Union, Rat verständigt sich auf einheitliche Bankenaufsicht (14.12.2012).

²¹² Zydra, Markus: Mit der Notenpresse (08.11.2012), S. 30.

²¹³ Vgl. Volkery, EU vertagt Reformen auf Sommer 2012 (14.12.2012).

²¹⁴ Ebd. So wurde in den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels im Dezember festgelegt, dass die Kommission im Laufe des Jahres 2013 einen Vorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für die Mitgliedstaaten, die daran teilnehmen, vorlegen soll. Vgl. hierzu Europäischer Rat, Tagung vom 13./14. Dezember 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012), S. 4.

²¹⁵ Vgl. European Central Bank, Interview with Financial Times in Frankfurt on 11 December 2012 and published on 14 December 2012. (14.12.2012). Weitere Äußerungen Draghis in denen er die Unabhängigkeit seines Amtes betont Vgl. Seith und Sauga, „Wir mussten handeln“ (29.10.2012), S. 47. Oder vgl. European Central Bank, Press conference. Mario Draghi, President of the ECB, Vítor Constâncio, Vice-President of the ECB (Frankfurt am Main, 5 July 2012) (05.07.2012) .

²¹⁶ Auf Draghis erweiterte Macht deuten auch folgende Artikel hin: Sauga et al., Die Macht am Main (18.03.2013), S. 66 oder Zydra, Geld nur noch gegen strengere Auflagen (28.06.2012), S. 23.

Die Unterstützung anderer lässt sich noch am deutlichsten bei Barroso erkennen. Es deutet daraufhin, dass er die Südländer, allen voran Spanien und Italien, unterstützte.²¹⁷ Deren Anliegen war es anscheinend, über die angestrebte Bankenunion Zugang zum Rettungsschirm – dem Europäischen Stabilitätsmechanismus – zu bekommen. So sollte es angeschlagenen Banken ermöglicht werden, direkt Kredite aus dem ESM zu bekommen, ohne vorher die nationalen Regierungen einbinden zu müssen.²¹⁸ So schreibt „Die Welt“ dazu: „In Kommissionspräsident José Manuel Barroso haben sie [die Krisenländer] einen Fürsprecher. Er drang auf Fortschritte bei der Bankenunion“²¹⁹. Denn je schneller die Bankenunion oder zumindest Teile davon, wie die europäische Bankenaufsicht, durchgesetzt werden würden, desto schneller könnten sich die in Not geratenen Banken direkt rekapitalisieren.²²⁰ Weitere Vorteile bestünden darin, dass sich die Staatsverschuldung trotz der Kredite nicht weiter erhöhen würde.²²¹ Darüber hinaus, müssten im Ernstfall nicht mehr die Länder, sondern die Banken selbst für die Kredite haften.²²² So war die Kommission anscheinend vor allem bemüht, dem wirtschaftlich angeschlagenen spanischen Bankensektor entgegenzukommen.²²³ Dies zeigt sich darin, dass sie Spanien im Drängen auf eine rasche Etablierung der Bankenunion unterstützte.²²⁴

Barrosos Einsatz für
Spanien und Italien

4.4.4. Zwischenfazit Entrepreneurial Leader

Bei den Entrepreneurial Leadern waren vor allem Van Rompuy und Barroso darum bemüht, das Thema Bankenunion auf die Agenda der EU-Gipfeltreffen zu setzen. Hier zeigt sich, dass sie dadurch im Sinne des Vertrages von Lissabon²²⁵ beide Führung übernahmen. Bis jetzt deutet es auch darauf hin, dass sie diese in enger Zusammenarbeit wahrnahmen. Näheres dazu aber in Kapitel „4.5. Die Troika Plus“. Der Kommissionspräsident war dabei eher darum bestrebt, das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, wohingegen Van Rompuy, vielleicht auch dank der Vorarbeit Barrosos, geschickt den Verhandlungspunkt Bankenunion ganz vorne auf

Van Rompuy und
Barroso als zentrale
Entrepreneurial
Leader

²¹⁷ Zur Unterstützung der Südländer vgl. Engler, und Fechtner, „Spanien heizt Spekulationen an 06.06.2012, S. 6. Weiteres zur Unterstützung Spaniens siehe auch: Sievers, Alles wollen die Bankenunion – nur welche (08.06.2012), S. 6. Weiteres zur Unterstützung Italiens siehe: Schultz, Italien muss für Anleihen viel mehr Zinsen zahlen. (13.06.2012).

²¹⁸ Vgl. Fechtner, EU ebnet Südländern Zugang zu ESM (30.06.2012), S. 7.

²¹⁹ Eder und Bolzen, Merkel will nicht nur übers Geld reden (13.12.2012), S. 10. Dieses scheinbare Drängen der EK konstatiert auch die FR, vgl. FR, ESM soll ab März Bankenhilfe zahlen (07.12.2012), S. 11.

²²⁰ Wefers, Merkel will starke Rolle der EZB in der Bankenaufsicht (15.06.2012), S. 1.

²²¹ Vgl. Kawasniowski, Italien und Spanien gewinnen im Verhandlungspoker. (29.10.2012).

²²² Fechtner, Poker um Hilfen für Spanien (08.06.2012), S. 7.

²²³ Bis auf das Zitat in der SZ wird Barroso nicht mehr ausdrücklich als Unterstützer in den Medienberichten erwähnt, sondern lediglich die EU-Kommission. Es kann jedoch aus den bisher erwähnten Interessen Barrosos, aus seiner Position als Präsident der Kommission sowie indirekt auch aus den Medienberichten und Dokumenten geschlossen werden, dass dies auch den Standpunkt Barrosos miteinschließt.

²²⁴ Freiburger, Duell entschärft (21.09.2012), S. 20.

²²⁵ Genauer des Art. 16 Ib EUV.

die Agenda der Gipfeltreffen positionieren konnte.²²⁶ Draghi und Juncker zeigten sich hier eher zurückhaltend. Bei dem Punkt „Pushing the negotiations“ zeigt sich aus der Analyse, dass vor allem Barroso die Pläne für eine Bankenunion vorantreiben wollte, ohne dabei zu viele Kompromisse eingehen zu müssen. Auch Draghi schien daran gelegen zu sein, die Pläne möglichst kompromisslos durchzusetzen, da er so einen Machtzuwachs für die EZB zu erzielen hoffte. Wo Barroso die Verhandlungspartner öffentlich kritisierte, versuchte Draghi viel subtiler und unbemerkter, die Verhandlungen zu beeinflussen. Nach den Untersuchungen zeigte sich Van Rompuy bemüht, Verhandlungsblockaden durch Kompromissvorschläge zu lösen. Wenn es darum ging, Verhandlungsparteien zu unterstützen, deutet es sich an, dass Barroso am engagiertesten war. So setzte er sich für die Südländer, vor allem für Spanien und Italien ein, als es um einen gemeinsamen europäischen Einlagenfonds ging. Juncker scheint sich, nach den hier analysierten Medien beim Thema Bankenunion sehr zurückhaltend verhalten zu haben.

4.5. Die Troika Plus

Nachdem die einzelnen Führungsrollen bestimmt wurden, soll nun die Auswertung über die mögliche Teamarbeit von Ashton, Barroso und Van Rompuy folgen. Dabei geht es vor allem darum, ob sie in Teilaspekten der Bankenunion gemeinsame Ziele verfolgen und sich gegenseitig unterstützen. Auch werden mögliche Alleingänge oder Streitpunkte erörtert.

Van Rompuy,
Barroso, Draghi
und Juncker
gemeinsam für
eine Bankenunion

4.5.1. Gemeinsame Ziele

Alle im Untersuchungszeitraum analysierten EU-Gipfeltreffen wurden nicht nur von Van Rompuy und Barroso – wie es in Art. 15 VI b EUV vorgesehen ist – sondern auch von Draghi und Juncker vorbereitet.²²⁷ Sie sollten zusammen Vorschläge für eine dauerhafte Krisenlösung für die EU entwerfen, da sich die Staats- und Regierungschefs angeblich nicht einigen konnten.²²⁸ So erarbeiteten die Vier für das Gipfeltreffen im Juni einen Plan über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, bei dem, wie in Kapitel „4.1. Intellectual Leader: Draghi die graue Eminenz“ gezeigt wurde, Barroso die Vision einer Bankenunion miteinfließen lies. Van Rompuy schreibt dazu, in dem an die Gipfelteilnehmer erarbeiteten Bericht:

²²⁶ Barroso hätte auch nicht qua seiner institutionellen Machtressourcen bzw. hier

Machtbeschränkungen das Thema auf die Gipfelagenda setzen können, da dies nach Art. 15 VIa EUV dem Präsidenten des Europäischen Rates zugeschrieben werden kann.

²²⁷ Vgl. Riesbeck, Und noch ein Rettungsschirm für Banken (01.06.2012), S. 16. Weiter dazu berichten auch unter anderem: Fechtner, EU-Spitzen tüfteln an strenger Fiskalunion (12.06.2012), S. 7 sowie Riesbeck, Wie viel Europa darf's denn sein?, (06.06.2012), S. 13.

²²⁸ Zu den Vorschlägen für die Krisenlösung vgl. Riesbeck, Bausteine für das Haus Europa (11.06.2012), S. 2. Zu der Uneinigkeit der Staats- und Regierungschefs vgl. Hammerstein et al., Dame mit Unterleib (11.06.2012), S. 24.

„Der Bericht enthält eine Vision für die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion [...] In diesem Bericht wird vorgeschlagen, im Lauf der nächsten zehn Jahre die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage integrierter Rahmen für den Finanzsektor, für Haushaltsfragen und für die Wirtschaftspolitik weiter zu festigen [...] Ich bin bereit, die Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Kommission, der Euro-Gruppe bzw. der Europäischen Zentralbank fortzusetzen [...]“²²⁹

Dabei stellte Barrosos Idee der Bankenunion nur einen Teil der, für die EU erarbeiteten Zukunftspläne dar, an deren Ende eine, so berichtet „Der Spiegel“, politische Union stehen solle.²³⁰ Zur Ausarbeitung dieses großen Plans sollen Barroso, Draghi, Juncker und Van Rompuy in sehr engem Kontakt gewesen sein.²³¹ Deshalb kann angenommen werden, dass sie sich bei der Durchsetzung der Bankenunion eng abstimmten, um gemeinsam dem Ziel der politischen Union näher zu kommen. Auf Basis von Barrosos Vision einer Bankenunion arbeiteten sie gemeinsam die Details aus:

„Einem integrierten Finanzrahmen, um insbesondere im Euro-Währungsgebiet Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten und die von den europäischen Bürgern zu tragenden Kosten für Bankeninsolvenzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Bei einem solchen Rahmen geht die Verantwortung für die Aufsicht auf die europäische Ebene über, und er sieht gemeinsame Mechanismen für die Bankenrestrukturierung und die Absicherung von Kundeneinlagen vor.“²³²

Bei dem Vorschlag wurde das Wort „Bankenunion“ wohl gezielt weggelassen, sondern durch den integrierten Finanzrahmen ersetzt.²³³ Grund dafür mag sein, dass Van Rompuy anscheinend bewusst war, welche Kontroversen der gesamte Vorschlag bei den EU- Mitgliedsländern auslösen würde.²³⁴ Aufgrund dieser unterschiedlichen Standpunkte gab es im gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder Änderungen des Vorschlags dieses Führungsquartetts. An ihrem gemeinsamen Ziel, mehr Macht für Europa, hielten sie jedoch weitestgehend fest. Die auf dem EU-Gipfel im Juni 2012 skizzierte Bankenunion beinhaltet dabei nach der Ausarbeitung des Quartetts drei zentrale Punkte: eine einheitliche europäische Bankenaufsicht, einen europäischen Einlagensicherungsfonds und eine direkte Rekapitalisierung von Banken.²³⁵ Diese drei Punkte wurden auf den Gipfeltreffen kontrovers diskutiert und teilweise kam es im Untersuchungszeitraum zu keinem

Enge Abstimmung
bezüglich der Idee
der Bankenunion

²²⁹ Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) (26.06.2012), S.1.

²³⁰ Vgl. Hammerstein et al., Dame mit Unterleib (11.06.2012), S. 24.

²³¹ Vgl. ebd.

²³² Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12). (26.06.2012), S.3.

²³³ Vgl. hierzu Gammelin, Rettungsplan mit Schlagseite (27.06.2012), S. 7.

²³⁴ FR, ESM soll ab März Bankenhilfen zahlen (07.12.2012) S. 11. Dass der Vorschlag des Quartetts dann auch in den Verhandlungen sehr kontrovers diskutiert wurde deutet sich auch in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates an, wo es heißt, dass bei einem offenen Gedankenaustausch auch die unterschiedlichen Auffassungen deutlich gemacht worden wären. Vgl. hierzu Europäischer Rat, Tagung des Europäischen Rates 28./29. Juni 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 76/2/12) (20.07.2012), S.3.

²³⁵ Vgl. Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) (26.06.2012), S. 4.

Abschluss. Nach dem Juni-Gipfel einigte man sich auf einen Dreistufigen Fahrplan zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion.²³⁶

Nach den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels im Juni äußerte Barroso scheinbar, in Zusammenarbeit mit Draghi bzw. der EZB noch konkretere Pläne entwickeln zu wollen.²³⁷ So konnte bis zum Gipfel im Oktober 2012 ein Entwurf über den einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus, genannt SSM entwickelt werden. Dieser Entwurf sieht es vor, wohl ganz im Sinne Draghis, die neue Behörde bei der EZB einzurichten, wobei hier eine klare Trennung der politischen und der Aufsichtsaufgaben garantiert werden soll. Draghi und Barroso setzten sich dafür ein, dass der Behörde nicht nur systemische Banken, sondern alle Banken unterstellt werden sollten. Letztlich konnten sie erreichen, dass die neue Aufsichtsbehörde bei der EZB angesiedelt wird, ihr jedoch nicht alle Banken unterstehen. Die Einigung fand auf dem EU-Gipfel im Dezember statt und wurde als guter Kompromiss gefeiert.²³⁸ Dabei fand Van Rompuy anscheinend die geschickte Formulierung, dass die direkte Rekapitalisierung erst möglich sei, wenn ein effektiver Aufsichtsmechanismus eingerichtet wäre.²³⁹ Es wird angedeutet, dass es Dank dieser Textfassung möglich war, Merkel mit ins Boot zu holen.

Zur einheitlichen europäischen Bankenaufsicht

Nach dem Bericht der Troika Plus zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion vom Juni 2012 sollen für die europäische Einlagensicherung sowohl nationale Einlagenfonds und als auch nationale Bankenrettungsfonds unter einer europäischen Aufsicht vereint werden.²⁴⁰ Ferner soll, nach ihren Angaben, die Restrukturierung, vor allem durch Beiträge der Banken finanziert werden und dazu beitragen, kriselnde Banken mit frischem Geld zu versorgen.²⁴¹ Wohl aufgrund der divergierenden Standpunkte im Europäischen Rat konnten die Vier bei dem Gipfel im Oktober keinen Fortschritt zu diesen Punkten aufzeichnen. Es wurde lediglich beschlossen, dass die Euro-Gruppe unter Junckers Vorsitz genaue Kriterien zur direkten Rekapitalisierung

Über den Einlagenfonds und die direkte Rekapitalisierung von Banken

²³⁶ Press office of the Council of the European Union, Background (12.12.2012), S.2.

²³⁷ Vgl. hier und zum Folgenden: Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates 28./29. Juni 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 76/2/12) (20.07.2012), S.3 sowie Eder und Jost, Zentralbank wird neue Superbehörde (22.06.2013), S. 9 und folgenden Hammerstein et al., Dame mit Unterleib, (11.06.2012), S. 24 und weiterhin zur Zustimmung der EZB bzw. Draghis vgl. European Central Bank, Press release. 12 September 2012 – ECB welcomes Commission’s proposal for a single supervisory mechanism. (12.09.2012).

²³⁸ Europäischer Rat, Ausführungen des Präsidenten Van Rompuy nach der ersten Arbeitssitzung des Europäischen Rates (EUCO 236/12) (14.12.2012), S.1 f..

²³⁹ Vgl. hier und zum Folgenden: Fechtner, Van Rompuy macht Dampf (07.12.2012), S. 7.

²⁴⁰ Vgl. hier und zum Folgenden: Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) (26.06.2012), S.5 sowie Gammel, Rettungsplan mit Schlagseite (27.06.2012), S. 7.

²⁴¹ Vgl. hier und zum Folgenden: Van Rompuy, Herman, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) (26.06.2012), S.5.

der Banken durch den ESM ausarbeiten solle.²⁴² Dies sei, so berichtet die „Frankfurter Rundschau“, ein Agenda-Gipfel gewesen, bei dem hauptsächlich Beratungen stattfanden.²⁴³ Erst auf dem Gipfel im Dezember wurde das Thema scheinbar wieder aufgegriffen und beschlossen, dass bis spätestens März das Gesetzgebungsverfahren zur Abwicklung maroder Banken abgeschlossen sein solle.²⁴⁴ Davor solle aber noch eine ordentliche Entscheidung des Rates getroffen werden.²⁴⁵ Es wurde erhofft, dass dies-bezüglich Ergebnisse auf dem EU-Gipfel im März 2013 erzielt werden. Dies konnte jedoch in der Untersuchung nicht festgestellt werden

4.5.2. Der Kern der Troika Plus: Barroso und Van Rompuy

Bereits in den vorangegangenen Kapiteln wurde über die Zusammenarbeit der Troika Plus berichtet, daher soll dies hier nicht mehr wiederholt werden. Vielmehr soll in diesem Kapitel auf die Kooperation zwischen Barroso und Van Rompuy eingegangen werden, denn daran zeigt sich die gegenseitige Unterstützung in der Troika Plus am deutlichsten. Ferner kann, aus den Ergebnissen dieser Untersuchung, konstatiert werden, dass Barroso und Van Rompuy den Kern dieser Troika Plus bilden. So unterstütze Van Rompuy auf dem EU-Gipfel im Oktober Barrosos Entwurf zu einer Bankenunion – auch gegen die Kritik von Merkel.²⁴⁶ Er beharrte anscheinend mit Nachdruck darauf, dass man Barrosos Vorschlag weiter ausarbeite. Darüber hinaus treibe Van Rompuy Barrosos Vorschläge auch gegen Widerstand voran.

Für den EU-Gipfel im Dezember entwarf Barroso zunächst eine Blaupause.²⁴⁷ Darin stellt er einen Drei-Phasenplan für das Zusammenwachsen zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion vor.²⁴⁸ Diese Blaupause fand anschließend Eingang in Van Rompuy's Vorschlag, den er im Vorfeld des Gipfels veröffentlichte.²⁴⁹ Obwohl er diesen Vorschlag in Zusammenarbeit mit Barroso, Draghi und Juncker entwickelte, deutet es daraufhin, dass bei diesem Entwurf vor allem Barroso und Van Rompuy zusammengearbeitet haben. Grund dafür ist, dass in den Medienberichten immer die beiden zusammen als Urheber des Dokuments erwähnt werden.²⁵⁰ Auch mahnten

Barroso und Van
Rompuy als harter
Kern der Troika Plus

²⁴² Vgl. Europäischer Rat, Tagung des Europäischen Rates 18./19. Oktober 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 156/12). (19.10.2012), S.8.

²⁴³ Vgl. Sievers und Riesbeck, Auf eigene Rechnung (17.10.2012), S. 2.

²⁴⁴ Vgl. Fechtner, Van Rompuy macht Dampf, (07.12.2013), S. 7.

²⁴⁵ Vgl. Ebd.

²⁴⁶ Vgl. hierzu und zum Folgenden Gammelin, Europa streitet (11.10.2012), S. 19 sowie zu Barrosos Entwurf: Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (COM (2012) 512 final 2012/0244 (COD)) (12.09..2012).

²⁴⁷ Näheres zu Barrosos Blaupause vgl. Europäische Kommission Mitteilung der Kommission. Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion. Auftakt für eine europäische Diskussion (COM(2012) 777 final) (28.11.2012).

²⁴⁸ Ebd., S. 2 f.

²⁴⁹ Van Rompuy, Herman et al., Towards a genuine Economic and Monetary Union (05.12.2012).

²⁵⁰ So beispielsweise bei Ingelfinger, EU-Gipfel geht Umbau der Euro-Zone langsam an (14.12.2012) oder Riesbeck, Ein neuer Fahrplan für Europa (15.12.2012), S. 7 oder Fechtner und Wefers, Merkel macht bei der EU-Koordinierung Ernst (14.12.2012), S.7.

beide im Vorfeld die Staats- und Regierungschefs eine möglichst schnellen Einigung zu finden.²⁵¹

Des Weiteren deutete die Kritik einiger Staats- und Regierungschefs daraufhin, dass sie auch dort als Kern des Teams wahrgenommen wurden. Für sie gingen anscheinend die Vorschläge der Beiden zu weit.²⁵² So soll Merkel gesagt haben: „Man habe Barroso und Van Rompuy klargemacht, dass auf die Mitgliedstaaten mehr Rücksicht genommen werden müsse“²⁵³.

4.5.3. Leichte Divergenzen

Zwei Mal konnten bei dieser Untersuchung leichte Divergenzen in der Troika Puls bzw. unter Barroso und Van Rompuy festgestellt werden. Einmal deutete „Die Welt“ an, dass es eine Art Konkurrenzkampf zwischen den Beiden gäbe. Zu erklären ist dies durch die Tatsache, dass Barroso scheinbar unbeeindruckt von Van Rompuys Grundsatzpapier, auf dem EU-Gipfel im Dezember selbst einen eigenen Entwurf vorlegen wollte.²⁵⁴ Bezüglich der zweiten Unstimmigkeit, schreibt die „FR“, dass Van Rompuy scheinbar ermüdet von den EU-Gipfeln, „im Palais Egmont im Fernduell gegen Barroso redet[e]“²⁵⁵.

Insgesamt nur
wenige
Divergenzen

Gegen diese Unstimmigkeiten bei der Zusammenarbeit von Barroso und Van Rompuy kann entgegengehalten werden, dass es unwahrscheinlich ist, dass Barroso einen Konkurrenzkampf gegen Van Rompuy führt, noch dazu über ein Grundsatzpapier, an dem er selbst mitgewirkt hat. Wie in dem Kapitel über die Entrepreneurial Leader und die Troika Plus gezeigt werden konnte, ist viel mehr davon auszugehen, dass die Zusammenarbeit zwischen Barroso und Van Rompuy funktionierte. Darüber hinaus sei angemerkt, dass dies nur zwei der über 450 analysierten Medienberichte erkennen lassen.

kein
Konkurrenzkampf

4.6. Zweites Zwischenfazit

Bei den Verhandlungen über eine Bankenunion in der EU ergaben sich mehrere Entrepreneurial und Structural Leader. Die Rolle des Intellectual Leader übernahm Barroso, wenn auch mit Unterstützung Draghis. Als Entrepreneurial Leader trat Barroso zusammen mit Van Rompuy, Draghi und Juncker auf. Structural Leader waren vor allem Merkel und Hollande. Neben den untersuchten Personen in der Fallauswahl zeigte sich, dass auch Spaniens Regierungspräsident Mariano Rajoy und der italienische Ministerpräsident Mario Monti als Structural Leader hinzukamen.

Barroso Intellectual
Leader - mit
Draghis Hilfe

Bei den SL konnte bezüglich der Rekapitalisierung sowie der Einrichtung der europäischen Bankenaufsicht festgestellt werden, dass sich Merkel hier nur teilweise

²⁵¹ Riesbeck, Das Aufsichtsproblem (19.10.2012), S. 2.

²⁵² Vgl. hierzu und zum Folgenden: Ingelfinger, EU-Gipfel geht Umbau der Euro-Zone langsam an. (14.12.2012) und Riesbeck, Viel Wirtschaft, wenig Union (15.12.2012), S. 13.

²⁵³ Volkery, EU vertagt Reformen auf Sommer 2012 (14.12.2012).

²⁵⁴ Vgl. Kaiser, Barroso schiebt Zukunft der EU auf die lange Bank (29.11.2012), S. 9.

²⁵⁵ Vgl. Riesbeck, Die Preisfrage (08.12.2012), S. 7.

durchsetze. So knüpfte sie geschickt die Unterstützung angeschlagener Finanzinstitute an eine effektive Bankenaufsicht, anscheinend in der Hoffnung, dass dies eine Beschlussfassung verlangsamen würde. Dennoch konnten Hollande und die Südländer, mit Unterstützung der EL, ihre Verhandlungsziele teilweise durchsetzen. So entschloss man den Beginn der Bankenaufsicht im März 2014, wahrscheinlich früher als Merkel es wünschte. Bezüglich eines gemeinsamen europäischen Einlagenfonds bleibt sie jedoch bei ihrer Blockadehaltung. Cameron unterstützte die Verhandlungen, schloss aber scheinbar eine Teilnahme Großbritanniens bei der Bankenunion strikt aus.

Merkel konnte sich als SL bei der Bankenunion nicht uneingeschränkt durchsetzen

Barroso und die anderen EL unterstützen Hollande und die Südstaaten

Im Fall Bankenunion ergab sich aus der Untersuchung über Teamarbeit keine klassische Troika, sondern vielmehr kann hier von einer Troika Plus gesprochen werden. Barroso und Van Rompuy unterstützten sich zwar gegenseitig und arbeiteten zusammen, um eine europäische Bankenunion zu realisieren, jedoch wurde das Team um Draghi und Juncker erweitert. Bei der Untersuchung deutet es daraufhin, dass vor allem Barroso und Draghi bei der Erarbeitung der Idee über eine Bankenunion in engem Kontakt standen. Van Rompuy unterstützte das Vorhaben dahingehend, dass er – mit Barrosos Hilfe – die Themen geschickt auf die Agenda der Gipfeltreffen platzierte und die Gipfelteilnehmer zu Kompromissen bewegte. Er kann gewissermaßen als der Kopf des Teams, bezeichnet werden, der alle Aktionen koordiniert und dann den Staats- und Regierungschefs präsentiert²⁵⁶. Bei den Plänen zu einer Bankenunion waren Barroso und Van Rompuy in der öffentlichen Wahrnehmung durchweg stark bemüht das Projekt zu realisieren. Draghi und Juncker schienen dagegen mehr hinter den Kulissen gearbeitet zu haben. In einer Pressekonferenz kurz nach dem EU-Gipfel im Juni stellte Draghi seinen Einfluss auf die Verhandlungen als gering dar, indem er sich und seiner Institution nur beratenden Einfluss konstatiert:

keine klassische Troika, sondern eine Troika Plus

Van Rompuy als Kopf der Troika Plus

“We expect that the proposal of the European Commission – after all, it is the competence of the Commission – in consultation with the European Parliament and the ECB, will be as strong as the commitment that the leaders have made in taking this decision. And we are confident that this will be the case.”²⁵⁷

Etwas anders liest sich dies jedoch in den Zeitungsartikeln. Vor allem die „SZ“ schreibt beispielsweise, dass Draghi eine Zentralisierung der Wirtschafts- und Währungsunion fordert, bei der die Bankenunion für ihn scheinbar einen ersten Schritt darstelle.²⁵⁸ Daraus könnte man vermuten, dass Draghi darum bemüht ist, das Image eines unabhängigen und unpolitischen EZB-Chefs zu vermitteln. Hinter verschlossenen Türen übte er jedoch großen Einfluss auf die politischen Entscheidungen über die Ausgestaltung einer Bankenunion nicht nur innerhalb der

²⁵⁶ Vgl. Riesbeck, Die Preisfrage (08.12.2012), S. 7.

²⁵⁷ European Central Bank, Press conference. Mario Draghi, President of the ECB, Vítor Constâncio, Vice-President of the ECB (Frankfurt am Main, 5 July 2012). (05.07.2012).

²⁵⁸ Vgl. Zydra, Geld nur noch gegen strengere Auflagen (28.06.2012), S. 23.

Troika Plus aus. Juncker wird in den analysierten Dokumenten und Medienberichten zur Bankenunion zwar immer mit erwähnt, welche Rolle er dabei jedoch genau einnahm, lässt sich daraus nicht erkennen.

Ashton hielt sich, wie zu erwarten, aus den Verhandlungen um eine Bankenunion zurück. Es hätte von ihr höchstens – aufgrund ihrer institutionellen Beschränkungen in diesem Aufgabengebiet – erwartet werden können, dass sie versucht, die Pläne der Bankenunion oder genereller Pläne über eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion von Van Rompuy und Barroso zu unterstützen oder im internationalen Umfeld populär zu machen. Aber in den untersuchten Medienberichten und Dokumenten konnten dazu keine Äußerungen Ashtons gefunden werden.

keinerlei
Unterstützung
durch Ashton

5. Syrien

In diesem, zweiten Untersuchungsfall sollen die unterschiedlichen Führungsrollen und die Teamarbeit bei den Verhandlungen innerhalb der EU über den diplomatischen Umgang mit dem Syrien-Konflikt untersucht werden.

5.1. Intellectual Leader: Initiativen von Deutschland und Frankreich

Nach den hier analysierten Medienberichten ergriff Deutschland wohl als erster Akteur bereits auf dem Ratsreffen der Außenminister am 12. April 2011 die Initiative und forderte europäische Strafmaßnahmen gegen das syrische Regime.²⁵⁹ So soll der deutsche Regierungssprecher Seibert gesagt haben: „Denkbar seien Reisebeschränkungen für politisch Verantwortliche sowie das Einfrieren von Vermögen und von europäischer Wirtschaftshilfe in Syrien.“²⁶⁰ Auf dem Gipfeltreffen waren anscheinend ursprünglich noch keine solchen konkreten Maßnahmen geplant.²⁶¹ Vielmehr sollte die allgemeine Betroffenheit über die andauernde Gewalt und die Verurteilung der rücksichtslosen Unterdrückung von friedlichen Demonstranten zum Ausdruck gebracht werden. Die frühe deutsche Initiative könnte als Reaktion Westerwelles auf die Kritik über das unklare Vorgehen Deutschlands in der Libyen-Krise gewertet werden.²⁶² Man könnte annehmen, er wollte mit der Initiative dieser Kritik entgegenwirken. An den Beschlüssen des Treffens der Außenminister im Mai lässt sich erkennen, dass die deutsche Initiative scheinbar von allen unterstützt wurde: So erließ der Rat der EU eine Verordnung über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien.²⁶³ Wie sich später noch in Kapitel „5.2. Structural Leader“ zeigen

Deutschland
fordert mit als
erster
Strafmaßnahmen
gegen das syrische
Regime

Die frühe Initiative
als Reaktion auf
Deutschlands
unklares Vorgehen
in der Libyenkrise

²⁵⁹ Vgl. Meiritz, Bundesregierung drängt auf Sanktionen gegen Assad-Regime. (27.04.2011).

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Press Office of the Council of the European Union, Background. Foreign Affairs Council. Tuesday, 12 April 2011, Luxembourg (08.04.2012), S. 2.

²⁶² So soll Helmut Kohl nach Angaben der Zeit die deutsche Außenpolitik als „unberechenbar“ tituliert haben. Ferner kritisierte er wohl, dass sich Deutschland nicht mehr eindeutig positioniere. Vgl. Die Zeit, Altkanzler Kohl nennt deutsche Außenpolitik unberechenbar (24.08.2011), S. 5.

²⁶³ Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 442/2011 vom 9. Mai 2011.

wird, gingen im weiteren Verlauf der Syrien-Krise jedoch die Vorstellungen über angemessene Maßnahmen gegenüber Syrien deutlich auseinander.

Ein knappes Jahr später, im Februar 2012, waren es anscheinend Merkel und Sarkozy, die eine weitere Initiative bezüglich des Syrien-Konflikts ergriffen: die Gründung einer Kontaktgruppe der Freunde des demokratischen Syriens – wohl in Anlehnung an die 2011 gegründete Libyen Kontaktgruppe.²⁶⁴ Dabei sollten wohl arabische und westliche Entscheidungsträger zusammenkommen, um so scheinbar zu einer schnelleren Lösung des Konflikts beizutragen.

Insgesamt konnte hier keine großen Vision, sondern lediglich Initiativen bezüglich des Umgangs mit Syrien festgestellt werden. Diese gingen anscheinend vor allem von der Bundesregierung und dem französischen Staatspräsidenten aus. Die Tatsache kann natürlich auch dem Umstand geschuldet sein, dass hier nur deutsche Medien untersucht wurden.

5.2. Structural Leader

In diesem Kapitel sollen die Verhandlungspositionen der einzelnen Structural Leader, Deutschland, Frankreichs und Großbritanniens erörtert werden. Dabei zeichnen sich im Verlauf der Verhandlungen vor allem Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich ab.

5.2.1. Die deutsche Bundesregierung vom Vorprescher zur Bremse

Die deutsche Verhandlungsposition innerhalb der EU war in diesem Zeitraum von drei Verhandlungszielen geprägt: dem Ausschluss Syriens aus den Partnerschaftsprogrammen mit der EU, die Einführung und Verschärfung von Sanktionen gegen das Assad-Regime und die Aufrechterhaltung des Waffenembargos

Bereits kurz nach Beginn des Konflikts in Syrien sprach sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle scheinbar dafür aus,

„dass in der EU die gesamte Zusammenarbeit mit dem Land geprüft werden müsse. Bei den Beratungen der zuständigen Botschafter müssten auch ‚konkrete Maßnahmen von einer Suspendierung der Zusammenarbeit mit Syrien bis hin zu gezielten Sanktionen diskutiert werden.“²⁶⁵

Der Ausschluss
Syriens aus den
Partnerschafts-
programmen

Es deutet sich an, dass die Bundesregierung bestrebt war, Syrien aus dem Programm der Europäischen Nachbarschaftspolitik auszuschließen. Der Grund dafür könnte sein, dass hiermit im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments viel Geld nach Syrien floss und man sich in diesem Konflikt nicht mehr

²⁶⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Hammerstein und Neukirch, „Ich möchte kein deutsches Europa“ (13.02.2012), S. 7 sowie Spiegel Online, Video dokumentiert Verzweiflung in Homs (10.02.2012) sowie Erdmann, Assad-Anhänger stürmen Tagungshotel (25.11.2011).

²⁶⁵ Peters, Europäer scheitern mit Initiative gegen Syrien. (28.04.2011).

sicher sein konnte, ob das Geld wirklich zum intendierten Zweck verwendet wird.²⁶⁶ Darüber hinaus glaubte man wohl, die Bemühungen um Reformen im politischen System Syriens hätten keine Wirkung gezeigt. Nachdem erste Sanktionen gegen Syrien bereits im Mai erlassen wurden, konnte Westerwelles Drohung bezüglich dieses Partnerschaftsprogramms erst im November 2011 umgesetzt werden.²⁶⁷ Die Entscheidung dazu, schien jedoch schon früher gefallen zu sein. So ließ das Pressebüro des Rates der EU bereits im Vorfeld verlauten, man nehme an, dass der Rat sowohl die technische Unterstützung als auch weitere Auszahlungen zur Projektfinanzierung bis auf weiteres stoppen werde.²⁶⁸ Daraus ist zu schließen, dass bezüglich Westerwelles Forderung großes Einverständnis und Übereinstimmung unter den Mitgliedstaaten bestand.

Wie in Kapitel 5.1. über den Intellectual Leader bereits dargestellt, wollte die Bundesregierung allem Anschein nach nicht ganz den Kontakt zu Syrien kappen, da sie die Kontaktgruppe Syrien – mit Unterstützung von Frankreich – ins Leben rief.²⁶⁹ So fand im Februar 2012 die ‘Konferenz der ‚Freunde des syrischen Volkes‘ ‘²⁷⁰ in Tunis statt.²⁷¹ Hier wollte man so ein Signal der Unterstützung an die syrische Opposition senden.

Bevor in der EU endgültig Sanktionen gegen Syrien beschlossen wurden, bestellte die Bundesregierung – wie weitere EU-Mitgliedstaaten – den syrischen Botschafter ein, um ihre Verurteilung der Repressionen in dem Land Ausdruck zu verschaffen.²⁷² Daraufhin setzte sich wohl Westerwelle im Namen der Bundesregierung für Sanktionen gegen das Assad-Regime ein.²⁷³ Es wurde hier offenbar Wert darauf gelegt, dies in einen europäischen Rahmen zu betten. Im Mai 2011– wohl nicht nur auf Drängen Deutschlands, sondern im Interesse aller EU Mitgliedsstaaten – Sanktionen gegen das Assad-Regime verabschiedet. Diese umfassten:

Zur Verschärfung
der Sanktionen

²⁶⁶ So flossen von 2007-2010 ca. 300 Millionen Euro in das Länderprogramm mit Syrien zur Unterstützung der dortigen Reformprogramme im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Vgl. Europäische Kommission, Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsprogramme (ENPI). Finanzierung 2007-2013. (12.12.2009). Näheres zu dem Programm selbst siehe European Commission, European Neighbourhood and Partnership Instrument. Syrian Arab Republic. Strategy Paper 1007-2013 and National Indicative Programme 2007-2010 (2007).

²⁶⁷ Vgl. Europäische Union, Amtsblatt der Europäischen Union, Beschluss 2011/782/GASP des Rates vom 1. Dezember 2011 über restriktive Maßnahmen gegen Syrien und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/273/GASP. (02.12.2011).

²⁶⁸ Vgl. Press office of the European Council, Background. Foreign Affairs Council – including a session on development cooperation – Monday, 14 November 2011, in Brussels (11.11.2011), S. 3.

²⁶⁹ Vgl. Reimann, Schwere Explosionen in Wirtschaftsmetropole Aleppo. (10.02.2012) sowie Ehrenstein, Westerwelle bittet um Hilfe für Syrien (25.02.2012), S. 6.

²⁷⁰ Vgl. Deutsche Botschaft Tunis, Konferenz der ‚Freunde des syrischen Volkes‘.(oD.).

²⁷¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Ebd. sowie Ehrenstein, Westerwelle bittet um Hilfe für Syrien (25.02.2012), S. 6.

²⁷² Vgl. Peters, Europäer streiten mit Initiative gegen Syrien, (28.04.2011);

²⁷³ Vgl. Auswärtiges Amt, Außenminister Westerwelle im Interview mit dem ‚Tagesspiegel‘ zur Situation in Libyen und in Syrien (30.04.2011) sowie Meiritz, Bundesregierung drängt auf Sanktionen gegen Assad-Regim (27.04.2011).

„ein Waffenembargo, ein Verbot der Ausfuhr von Ausrüstung, die zur internen Repression verwendet werden kann, Beschränkungen für die Einreise in die Union sowie das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von Personen und Organisationen, die für das [sic!] gewaltsame Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Syrien verantwortlich sind“²⁷⁴.

Nahm Deutschland anfangs noch eine Vorreiterrolle innerhalb der EU bei der Positionierung gegenüber Syrien ein, so zeigten sich ab Mitte 2011 erste Zögerlichkeiten. Ein weiteres Mal war die Bundesregierung ein Nachzügler, als im August 2011 scheinbar unter anderem Italien und Frankreich ihre Botschafter zurückriefen.²⁷⁵ Daraufhin ließ die HVASP angeblich verlauten, dass es eine allgemeine Entscheidung gegeben hätte, die Botschafter zurückzurufen. Die Bundesregierung – so die SZ – stellte sich gegen diese Entscheidung und beließ ihren Botschafter in Syrien.

Deutschlands
Vorreiterrolle
schwindet

Die dritte Forderung Deutschlands und der größte Streitpunkt bezüglich Syriens innerhalb der EU war jedoch die Diskussion über eine Aufhebung des Waffenembargos. Wie bei den Sanktionen gezeigt werden konnte, war man sich in der EU scheinbar zunächst noch einig bezüglich des Waffenembargos. Diese wurden jedoch im Laufe der Verhandlungen immer weiter gelockert. So ließ sich an den Ausführungen Herman Van Rompuys zum EU-Gipfel im März 2013 erkennen, dass es hier wohl Differenzen bezüglich einer Aufhebung des Waffenembargos gegeben hatte.²⁷⁶ Darauf verschob man die Diskussion auf das nächste Ratstreffen der Außenminister. Dabei waren es wohl vor allem Großbritannien und Frankreich, die eine Aufhebung anstrebten und notfalls mit Alleingängen drohten.²⁷⁷ Daraufhin „kritisierte Merkel ungewohnt deutlich: Es reiche nicht aus, wenn zwei Länder ihre Position änderten und forderten, jetzt müssten 25 andere folgen.“²⁷⁸ Da – wie alle Entscheidungen im Europäischen Rat – ein Waffenembargo jedoch nur einstimmig beschlossen werden kann, begann Deutschland seine Blockadehaltung etwas zu lockern. Vielleicht deshalb, um so einen Kompromiss erzielen zu können, welcher ein Zerbrechen der europäischen Außenpolitik in Syrien verhindern würde und eventuell auch, um Einschränkungen bei den Waffenlieferungen zu erreichen. „Sowohl Kanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sprechen von einer ‚schwierigen Abwägungsentscheidung‘.“²⁷⁹ Im Untersuchungszeitraum kam es noch zu keinem Ergebnis bezüglich einer Aufhebung des Waffenembargos.

Diskussionen über
eine Aufhebung des
Waffenembargos

Insgesamt war die Bundesregierung zu Beginn des Syrien-Konflikts – wohl auch aufgrund der Kritik zu dem Vorgehen in der Libyen-Krise – innerhalb der EU ein

²⁷⁴ Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 442/2011 vom 9. Mai 2011, S. L 121/1.

²⁷⁵ Vgl. hierzu und zum Folgenden: SZ: Russland rückt von Syrien ab (03.08.2011), S. 8.

²⁷⁶ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Europäischer Rat, Ausführungen von Präsident Herman Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 72/13) (15.03.2013), S. 1.

²⁷⁷ Vgl. Die Welt, Cameron erwägt Alleingang (14.03.2013), S. 7 sowie Wittrock, Ruf nach Waffen für Rebellen spaltet Europa (15.03.2013).

²⁷⁸ Vgl. Wittrock, Ruf nach Waffen für Rebellen spaltet Europa (15.03.2013).

²⁷⁹ Müllherr, Alleingang abgewendet (23.03.2013), S. 6.

Structural Leader, der klar definierte Verhandlungspositionen verfolgte und auch großes Interesse an einem Vorankommen der Verhandlung hatte. Im Verlauf des Konflikts nahm sie jedoch zunehmend eine Blockadehaltung ein, die scheinbar erst im März auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens anfang zu bröckeln.

5.2.2. Frankreichs Einsatz für eine schnelle Lösung des Konflikts

Frankreichs Einsatz für ein Ende des Syrienkonflikts kann innerhalb der EU als am ambitioniertesten bezeichnet werden. Fast im ganzen Untersuchungszeitraum war Frankreich immer einer der EU-Mitgliedstaaten, der für strengere Maßnahmen bis hin zum Militäreinsatz plädierte.

So setzte sich Frankreich bereits zu Beginn des Syrien-Konflikts für eine Verurteilung der angewandten Gewalt ein und versuchte größtmöglichen Druck auf Damaskus auszuüben, um dem ein Ende zu setzen.²⁸⁰ So soll der französische Außenminister Juppé gesagt haben: „Wir müssen uns für die Ideen der Demokratie und der Freiheit einsetzen, die in Tunesien und Ägypten triumphieren, damit sie die ganze arabische Welt anstecken, Syrien eingeschlossen.“²⁸¹ Damit diese Ideen auch in Syrien fruchten könnten, befürwortete Frankreich scheinbar auch die Sanktionen gegen das Assad-Regime.²⁸²

Als all vorangegangenen milderer Maßnahmen nur geringe bis keine Wirkung zeigten, schloss man sich mit Merkel zusammen, um die bereits bei Deutschland erwähnte Kontaktgruppe zu gründen. Doch Frankreich drängte offensichtlich weiterhin darauf, den Druck auf Syrien zu erhöhen. So verwies Frankreich genauso wie Deutschland und weitere EU-Mitgliedstaaten im Mai 2012 den syrischen Botschafter des Landes.²⁸³ Dies sollte wohl eine gemeinsame Aktion dieser EU-Staaten werden, um der Weltöffentlichkeit und vor allem auch dem Assad-Regime zu demonstrieren, dass man geeint gegen die Gewalt vorgehen wolle. Durch das offenbare Vorpreschen François Hollande wurde diese Aktion teilweise untergraben, da er nicht auf die anderen wartete, sondern dies als erster verkündete.

Dieses Interesse an einem härteren Vorgehen gegen die syrische Regierung deutet sich auch in seinem im Juni 2012 eingebrachten Vorschlag, militärische Mittel einzusetzen, an.²⁸⁴ Dabei scheint Hollande nicht nur der erste europäische Staatschef gewesen zu sein, der diese Mittel öffentlich in Erwägung zog. Dieser Option konnte Frankreich jedoch weder bei den Rattreffen der Außenminister, noch bei den Tagungen des Europäischen Rates Gehör verschaffen.

Frankreich will den Druck auf Syrien erhöhen und verweist den Botschafter des Landes

Frankreich auch für militärische Unterstützung der Opposition

²⁸⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Peters, Europäer scheitern mit Initiative gegen Syrien (28.04.2011): sowie Knuf, Halbherzig gegen Syrien (11.05.2011), S. 9.

²⁸¹ Juppé, Alain zit. nach SZ, 25 Stunden für die Rettung der Welt (26.05.2011), S. 2.

²⁸² Vgl. Knuf, EU verhängt Sanktionen gegen Syrien (11.05.2011), S. 6.

²⁸³ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Reinhold, Deutschland weist syrischen Botschafter aus (29.05.2012), S. 1.

²⁸⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Winter, Eine leere Drohung (08.06.2012), S. 4.

Darüber hinaus nahm die französische Regierung wohl – wiederum als Vorreiter in der EU – Stellung zur syrischen Opposition und bezeichnete „die Koalition als, einzige Vertretung des syrischen Volkes und künftige Regierung Syriens“²⁸⁵.

Die Verhandlungsposition, bei der Frankreich zusammen mit Großbritannien jedoch im scheinbar größten Widerspruch zu anderen EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland steht, ist die Aufhebung des Waffenembargos. Die Begründung lag darin, – so berichtete „Spiegel Online“ – dass für Frankreich die politischen Mittel im Falle Syriens erschöpft sind.²⁸⁶ Frankreich wollte mit dieser Forderung scheinbar die Blockadehaltung, vor allem Deutschland aufbrechen. So ließ Hollande verlauten: „Wenn es unerwarteterweise eine Blockade von einem oder zwei Ländern geben wird, wird Frankreich seine Verantwortung wahrnehmen.“²⁸⁷

Eine französisch-britische Zusammenarbeit?

Es zeigt sich also, dass Frankreich über den gesamten Untersuchungszeitraum für eine Beendigung des Konflikts in Syrien eintrat. Dabei nahm es eine Vorreiterrolle ein. In jüngster Zeit schien Frankreich in seiner Verhandlungsposition zu einem Waffenembargo zu verharren. Es drohte damit, gegebenenfalls auch aus den Verhandlungen auszuscheren, um eigenständig Waffen an die syrische Opposition zu liefern. Ob Ashton, Barroso und Van Rompuy sich als fähige Entrepreneurial Leader erweisen, die zusammen einen Kompromiss ausarbeiten und somit einen Alleingang verhindern, soll in Kapitel „5.4. Troika: Zusammenarbeit nur auf internationaler Ebene“ untersucht werden.

5.2.3. Großbritannien zwischen Frankreich und Deutschland

Den dritten Structural Leader innerhalb der EU, der aus den Medienberichten heraus festgestellt werden konnte, stellt die Regierung Großbritanniens dar.

Wie Frankreich und Deutschland befürwortete offensichtlich auch die britische Regierung ein entschlossenes Vorgehen gegen das Assad-Regime.²⁸⁸ In einem gemeinsamen Statement mit Merkel und Sarkozy entzog Cameron der syrischen Regierung ihre Legitimität.²⁸⁹ Es deutet daraufhin, dass sich die britische Regierung – mehr an der Seite Frankreichs – für eine schnellere Erhöhung des Drucks auf die syrische Regierung einsetzte.²⁹⁰ So gehörte Großbritannien, neben Frankreich, zu den ersten EU-Ländern, welches die Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte als einzig legitime Vertretung des syrischen Volkes anerkannte.²⁹¹

²⁸⁵ Spiegel Online: EU-Außenminister werten Syriens Opposition auf. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-aussenminister-werten-syriens-opposition-auf-a-872109.html> [Stand: 10.12.2012; letzter Zugriff: 14.04.2013].

²⁸⁶ Vgl. Sucher, Hollande verlangt Waffenhilfe für syrische Rebellen (10.04.2013).

²⁸⁷ François Hollande zit. nach Wittrock, Frankreich erwägt Alleingang bei Waffenlieferungen (15.03.2013).

²⁸⁸ Knuf, EU verhängt Sanktionen gegen Syrien (11.05.2013), S. 6.

²⁸⁹ Die Welt, Syrien: USA und EU fordern Assads sofortigen Rücktritt (19.08.2011), S. 6.

²⁹⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Europäischer Rat, Ausführungen von Präsident Herman Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 72/13) (15.03.2013), S. 1.

²⁹¹ Spiegel Online, Ex-Außenminister werten Syriens Opposition auf (10.04.2013).

Auch zusammen mit Frankreich drängte der britische Außenminister anscheinend bei dem Ratstreffen im Februar 2013 auf eine Lockerung des Waffenembargos.²⁹² Wie Frankreich, erwog Cameron offensichtlich auch ohne die EU Waffenlieferungen nach Syrien zu genehmigen.²⁹³

Cameron war bei der Forderung allem Anschein nach nicht so festgefahren wie sein französischer Partner Hollande, denn auf dem EU-Gipfel im März

„gab sich [Cameron] in Brüssel auffällig zurückhaltend. ‚Großbritannien will zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Waffen liefern‘, [...]. Man müsse allerdings sichergehen, dass durch solche Waffen die Lage vor Ort nicht weiter eskaliert.“²⁹⁴

Daher kann man Großbritannien zwischen den zwei, in manchen Punkten konträren Positionen von der Bundesregierung und Frankreich positionieren. Es scheint Frankreichs Position mit immer mehr Mitteln gegen das Assad-Regime kämpfen zu wollen zu befürworten. Andererseits zeigte sich Cameron vor dem EU-Gipfel im März als kein bedingungsloser Verfechter dieser Position.

5.3. Entrepreneurial Leader

Anders als im Fall der Bankenunion übernahm Ashton hier die Führungsrolle eines Entrepreneurial Leaders. Wie sie diese ausfüllte, und welche weiteren Personen die Rolle des Entrepreneurial Leaders übernahmen soll im Folgenden dargestellt werden.

5.3.1. Agenda Setting

Ashton legte bereits am 8. April fest, dass der beginnende Konflikt in Syrien auf den Ratstreffen der Außenminister besprochen werden sollte.²⁹⁵ Seit diesem Zeitpunkt setzte sie das Thema Syrien-Konflikt auf fast alle Treffen der Außenminister.²⁹⁶

Im Februar 2012 brachte wohl Ashton die Diskussion über ein europäisches Krisenmanagement auf die Agenda des Ratstreffens. Diese, scheinbar von ihr ins Leben gerufene Aktion, sollte vor allem die humanitäre Situation in Syrien verbessern.²⁹⁷

Oft lässt sich jedoch erkennen, dass auf den Ratstreffen anscheinend schon beschlossene Entscheidungen auf die Agenda kamen. Wie zuvor beim Structural Leader Deutschland erwähnt wurde, sprach sich Westerwelle offensichtlich bereits Ende April für eine Beendigung der Partnerschaftsprogramme mit Syrien aus.²⁹⁸ In den Hintergrundinformationen zu dem Treffen der Außenminister vom 20. Mai ist zu lesen: „It is likely to discuss the suspension of cooperation programmes with Syria

Cameron erkennt als einer der ersten Staats- und Regierungschefs die Nationale Syrische Koalition als legitime Vertretung an

Catherine Ashton: schwache Versuche Einfluss auf die Agenda zu nehmen

²⁹² Vgl. hierzu und zum Folgenden: Hebel und Reinhold, Uno prangert zunehmende Kriegsverbrechen an (18.02.2013).

²⁹³ Vgl. Die Welt, Cameron erwägt Alleingang (14.03.2013), S. 7.

²⁹⁴ Müllherr, EU streitet über Waffen für syrische Rebellen (16.03.2013), S. 1.

²⁹⁵ Vgl. PoCEU, Background. Foreign Affairs Council. Tuesday, 12 April 2011, Luxembourg (08.04.2011), S.1f.

²⁹⁶ Eine Ausnahme gibt es z.B. im September 2011.

²⁹⁷ Vgl. PoCEU, Background. Foreign Affairs Council. 27 February 2012 in Brussels.(23.02.2012) S.2.

²⁹⁸ Vgl. Peters, Europäer streiten (28.04.2011).

[...] The Council is expected to recall that the EU will no be taking further steps with regard to the Association Agreement with Syria.²⁹⁹

Auch bezüglich der Anerkennung der syrischen Opposition hinkte Ashton hinterher. So erkannten Merkel, Hollande und Cameron bereits Anfang November 2012 die syrische Opposition als neue Regierung an.³⁰⁰ Ashton hingegen setzte dies erst im Dezember 2012 in die Hintergrundinformationen auf die Agenda des Ratstreffens.³⁰¹

Ferner ist in diesen Hintergrundinformationen des Öfteren zu lesen: „The Council is expected to adopt conclusions.“³⁰² Aufgrund der Betonung über die Wahrscheinlichkeit von Entscheidungen lässt sich schließen, dass diese wohl schon vorher auf bilateralen Ebenen getroffen wurden und die Ratstreffen eine letzte formale Absprache darstellen. Das wiederum deutet daraufhin, dass die Agenda der Außenminister Treffen vielmehr von den jeweiligen Außenministern bereits im Vorfeld bestimmt wird. Ashton selbst scheint hier also eher selten aktiv Themen auf die Agenda zu setzen, um so die Verhandlungen in die von ihr gewünschte Richtung voranzutreiben.

Ashton hinkt den Ereignissen hinterher

Aus den hier zugänglichen Dokumenten zeigt sich, dass Van Rompuy im März 2013 einen Großteil des zweiten Tages des EU-Gipfels der Problematik in Syrien widmete.³⁰³ Der Konflikt in Syrien wurde im gesamten Untersuchungszeitraum auf die Agenda Der EU-Gipfeltreffen gesetzt. Auf dem letzten Gipfel im März 2013 zeigte sich Hollande als Entrepreneurial Leader und setzte anscheinend fast eigenständig das Thema um eine Beendigung des Waffenembargos auf die Gipfelagenda.³⁰⁴ Aus den vorab veröffentlichten Hintergrundinformationen lässt sich jedenfalls nicht erkennen, dass Van Rompuy dieses Thema auf den Gipfel setzten wollte, sondern viel mehr die wirtschaftlichen Fragen.³⁰⁵ Im Anschluss dieses Gipfels deutete Van Rompuy Streitigkeiten der Teilnehmer an und verlegt weitere Diskussionen in den Rat der Außenminister.³⁰⁶ Wie Ashton bei ihren Ratstreffen, äußerte auch Van Rompuy auf diesen Gipfel seine Verurteilung über die Gewalttaten in Syrien.³⁰⁷

²⁹⁹ PoCEU, Background. Foreign Affairs Council – including defence, development – Monday, 23 May and Tuesday, 24 May 2011, in Brussels (20.05.2011), S.3.

³⁰⁰ Vgl. Spiegel Online, EU-Außenminister werten Syriens Opposition auf (10.04.2013).

³⁰¹ Vgl. PoCEU, Background. Foreign Affairs Council. Monday, 10 December 2012, in Brussels (07.12.2012), S. 3.

³⁰² So beispielsweise PoCEU, Background. Foreign Affairs Council. Monday, 18 February 2013, in Brussels. (15.02.2011) S. 4 oder auch „The Council is due to adopt conclusions.“ bei PoCEU, Background. Foreign Affairs Council. 27 February 2012 in Brussels (23.02.2011), S. 2.

³⁰³ Vgl. Europäischer Rat der Präsident, Rede des Präsidenten des Europäischen Rates Hermann Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 40/12) (02.03.2012), S. 2.

³⁰⁴ Vgl. Müllherr, EU streitet über Waffen für syrische Rebellen (16.03.2013) S. 1.

³⁰⁵ Vgl. PoCEU, Background. European Council. Thursday and Friday 15 and 15 March in Brussels (13.03.2013).

³⁰⁶ Europäischer Rat der Präsident, Ausführungen von Präsident Hermann Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 72/13) (15.03.2013), S. 1.

³⁰⁷ European Council the President, Remarks by President Herman Van Rompuy following the European Council (EUCO 195/12) (19.10.2013), S. 3.

5.3.2. Pushing the negotiations

Bei dem Vorantreiben der Verhandlungen war Ashton der einzige EL der dieses Kriterium erfüllte. Sie schien hauptsächlich im Allgemeinen darum bemüht zu sein, Verhandlungen und Initiativen für eine baldige Beendigung des Syrien-Konflikts voranzutreiben. So soll sie gesagt haben: „Wir müssen das Assad-Regime dazu bringen, mit der Ermordung der Bevölkerung aufzuhören.“³⁰⁸ Nur einmal trieb Ashton die Verhandlungen voran, indem sie zeitgleich mit US Präsident Barack Obama aber noch vor Frankreich, Deutschland und Großbritannien erstmals explizit den Rücktritt von Baschar al-Assad forderte.³⁰⁹

Ashton als einziger EL, der versuchte aktiv die Verhandlungen voranzutreiben

Ansonsten war Ashton eher bemüht, die Verhandlungen auf internationaler Ebene, vor allem bei den Vereinten Nationen, voranzutreiben.³¹⁰ Da in dieser Untersuchung über eine mögliche Führungsrolle innerhalb der EU, nur die innereuropäische Ebene analysiert werden soll, kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

Ashton unterstützt Deutschlands Anliegen, das Waffenembargo nicht aufzuheben

Auf innereuropäischer Ebene konnten in dieser Untersuchung – neben der Verurteilung der Gewalttaten des Assad-Regimes³¹¹ – keine Indikatoren für ein Vorantreiben der Verhandlung oder Bestrebungen um eine Kompromissfindung, beispielsweise im Streit um das Waffenembargo, gefunden werden. Auf internationaler Ebene jedoch schon, dazu siehe aber das Kapitel „5.4. Troika“.

5.3.3. Rallying Support gegen das Waffenembargo

Als einziger EL der andere Verhandlungsteilnehmer unterstützt ließ sich die HVASP Catherine Ashton feststellen. Als Anfang 2013 vermehrt die Forderung von Frankreich und Großbritannien nach einer Aufhebung des Waffenembargos laut wurde, unterstützte Ashton scheinbar die ablehnende Haltung der deutschen Bundesregierung. So schreibt „Die Welt“: „Sogar die sonst zurückhaltende Außenbeauftragte Catherine Ashton mahnte, dass Waffenlieferungen das Töten in Syrien beschleunigen, statt es zu verhindern.“³¹² Hier und im Allgemeinen schienen vor allem Ashton und Westerwelle bei den Verhandlungen einen „guten Draht“³¹³ zueinander zu haben.³¹⁴

keine Zusammenarbeit

So ist im Untersuchungszeitraum einmal zu erkennen, in welche Richtung Ashton bestrebt ist, die Verhandlungen zu lenken. Abgesehen davon, war Ashton scheinbar nicht bestrebt, die Verhandlungen in eine vor ihr favorisierte Richtung zu lenken. Wie auch im Kapitel Agenda-Setting-Ashton gezeigt werden konnte, bezog Ashton meist

³⁰⁸ Ashton, Catherine zit. nach: Schröder, Assads Soldaten sollen über 60 Zivilisten getötet haben. (27.02.2012).

³⁰⁹ Vgl. Zekri, USA und EU verlangen Rücktritt von Präsident Assad (19.08.2012), S. 8.

³¹⁰ Näheres hierzu siehe Reinhold, Fabian: Deutschland weist syrischen Botschafter aus. Stand: 29.05.2012; letzter Zugriff: 14.04.2013] oder Salloum, Raniah: Stunde der Warlords (03.08.2012).

³¹¹ So beispielsweise Barroso: Barroso, José Manuel, Partners in Freedom: the EU response to the Arab Spring (Speech/11/523) (14.07.2011) S. 6 oder Barroso, José Manuel, Statement by President Barroso following his meeting with Najib Mikati, Prime Minister of Lebanon (Speech/12/306) (26.04.2012).

³¹² Hackensberger und Jungholt, Westliche Waffen landen bei Islamisten (19.03.2013), S. 7.

³¹³ Ehrenstein, Westerwelle bittet um Hilfe für Syrien (25.02.2012), S. 6.

³¹⁴ Vgl. ebd..

Stellung zu Verhandlungspunkten, als diesbezüglich schon Einvernehmen bei den EU-Mitgliedstaaten herrschte.

5.4. Troika: Zusammenarbeit nur auf internationaler Ebene

Hier soll untersucht werden, ob und wie die Zusammenarbeit zwischen Ashton, Barroso und Van Rompuy im Fall der Syrien-Krise funktionierte. Gelang es ihnen dabei gemeinsame Ziele zu entwickeln und sich dabei gegenseitig zu unterstützen?

5.4.1. Gemeinsame Ziele und gegenseitige Unterstützung für eine UN-Resolution

Eine baldige Beendigung des Konflikts in Syrien streben Ashton, Barroso und Van Rompuy an, wie eigentlich die ganze internationale Gemeinschaft. Eine Zusammenarbeit auf innereuropäischer Ebene, bei der sich die drei Akteure gegenseitig unterstützen, konnte nicht festgestellt werden. Es wurden weder in den analysierten Medienberichten, noch in den analysierten Dokumenten Verweise aufeinander oder gemeinsame Pläne gefunden.

Auf internationaler Ebene lässt sich jedoch eine Zusammenarbeit erkennen. Die EU drängte anscheinend zusammen mit weiteren westlichen Staaten darauf, dass Russland und China im UN-Sicherheitsrat einer Resolution über Syrien zustimmen.

So besuchte Ashton im Juli 2012 China. Bei den dortigen Gesprächen mit Regierungschef Jiabao und Verteidigungsminister Liang Guanglie besprach man scheinbar den Konflikt in Syrien.³¹⁵ Es lässt sich vermuten, dass Ashton dabei vor allem bestrebt war, China zu einem Abrücken von seiner Blockadehaltung im UN-Sicherheitsrat zu bewegen. Im September besuchten Ashton, Barroso und Van Rompuy zusammen China.³¹⁶ Bei diesem Treffen schienen alle Drei wohl, neben wirtschaftlichen Fragen, auch den Konflikt in Syrien diskutiert zu haben. Es kann angenommen werden, dass die Drei China dazu bewegen wollten, bei einer UN-Resolution bezüglich Syriens und des Rücktritts Assads zuzustimmen. So ließen Barroso und Van Rompuy in einer gemeinsamen Presseerklärung zu dem 15. EU-China-Treffen verlauten:

„We stressed to Premier Wen our great concern for the current escalating crisis, and the importance of us all acting together to help resolve the situation and bring lasting stability and peace to the country and its people. The situation in Syria has developed into a terrible humanitarian tragedy. We have asked China, as permanent member of the Security Council, to redouble its efforts to ensure the United Nations Security Council can contribute effectively to the solution of the Syrian crisis.“³¹⁷

Ziel: Indirekten Druck auf Syrien auf internationaler Ebene aufbauen

³¹⁵ Vgl. Hierzu und zum Folgenden: Teevs, Inflation in China schwächt sich deutlich ab (09.07.2012).

³¹⁶ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Winter, Unter Ausschluss der Öffentlichkeit (20.09.2012), S. 7.

³¹⁷ European Commission, Press Statement by President Barroso and resident Van Rompuy following the 15th EU-China Summit (Memo 12/692) (20.09.2012), S. 2.

Darüber hinaus versuchte das Trio wohl auch Russland von einem Abweichen seiner Blockadehaltung im UN-Sicherheitsrat zu überzeugen.³¹⁸ Dabei trafen sich Barroso und Van Rompuy im Juni 2012 mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin.³¹⁹ Man versuchte wohl Druck auf Putin auszuüben einen härteren Kurs gegen das Assad-Regime in Syrien einzunehmen. Diese Mission blieb jedoch scheinbar erfolglos. So ließ Putin zum Thema Syrien nur verlauten, man hätte die wichtigsten internationalen Fragen diskutiert.³²⁰ Und auch Van Rompuy sagte: „We have to continue our efforts to find a peaceful political solution on Syria in full support of Mr. Brahimi's efforts.“³²¹ Nachdem sich an der Haltung von Russlands und Chinas auch im März 2013 scheinbar wenig geändert hatte, soll der sonst eher zurückhaltende Van Rompuy wohl in Bezug auf Russland und China gesagt haben, dass es nicht tragbar sei, die Dinge passieren zu lassen, wie sie passieren.³²²

Darüber hinaus waren Ashton, Barroso und Van Rompuy scheinbar auch auf dem EU-Südafrika Gipfel bestrebt, über Südafrika den Druck auf Russland und China in der Syrien-Frage zu erhöhen.³²³ Ashton reiste zur Vorbereitung des Treffens bereits im August nach Pretoria (Südafrika), um dort den politischen Dialog auf Ministerebene vorzubereiten.³²⁴ Dabei ließ Ashton verlauten: „Auch werden wir besprechen, wie die derzeitige Gewaltspirale in Syrien zurückgedreht werden kann“³²⁵. Auf dem späteren Gipfeltreffen äußerte Van Rompuy dann:

„Ich freue mich auf die Gespräche mit Präsident Zuma, bei denen wir uns mit der Frage befassen werden, wie wir gemeinsam unsere Führungsrolle wahrnehmen und unsere Partnerschaft im Bereich Frieden und Sicherheit ausbauen können. Wir stehen gemeinsam in der Verantwortung, [...] in Syrien die Spirale der Gewalt und Unterdrückung zu durchbrechen.“³²⁶

Van Rompuy und Barroso wollten hier wohl nicht nur Südafrika zu mehr Verantwortung im Syrienkonflikt bewegen, sondern auch indirekt den Druck auf Moskau erhöhen.³²⁷ Auf dem Gipfel soll man anscheinend hinter verschlossenen Türen die guten Beziehungen Südafrika zu China und Russland betont haben, als Wink mit dem Zaunpfahl diese auch zu nutzen, um Russlands und Chinas Position im Syrien-Konflikt zu ändern.

³¹⁸ Vgl. Fechtner, EU kann Putin nicht umstimmen (05.06.2012), S. 8.

³¹⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Smirnova, Putin last die Besucher aus Brüssel abblitzen (05.06.2012), S. 6.

³²⁰ FR, EU kann Putin nicht umstimmen, in: FR v. 05.06.2012, S. 8.

³²¹ European Council President, Press statement by the President of the European Council Herman Van Rompuy following the 30th EU-Russia Summit (EUCO 243/12) (21.12.2012), S. 2.

³²² Van Rompuy, Hermann zit. nach SZ, Frankreich schließt Botschaft (03.03.2012), S. 9.

³²³ Vgl. Riesbeck, Alte Freunde, neue Probleme (19.09.2012), S. 7.

³²⁴ Vgl. Europäische Kommission, Pressemitteilung. Catherine Ashton reist nach Südafrika zum 11. Politischen Dialog zwischen der EU und Südafrika auf Ministerebene (IP/12/908) (23.08.201).

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Van Rompuy, Herman zit. nach: Europäische Kommission, EU-Südafrika-Gipfel. Weltwirtschaft und Sicherheit stehen im Fokus (17.09.2012).

³²⁷ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Riesbeck, Alte Freunde, neue Probleme (19.09.2012), S. 7.

Insgesamt konnte in dieser Untersuchung keine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene festgestellt werden. Auf internationaler Ebene zeigte sich jedoch, dass sich Ashton, Barroso und Van Rompuy gut ergänzten. Engere Abstimmung erfolgte hier zwar – ähnlich wie im Fall der Bankenunion – vor allem zwischen Barroso und Van Rompuy. Wie sich aber beispielsweise im Fall Südafrika zeigte, ergänzten sich die Drei in ihrem Bestreben, den Druck auf China und Russland bezüglich einer Resolution im UN-Sicherheitsrat zu erhöhen. Ashton bereitete das Treffen vor, setzte diesen Punkt auf die Agenda und versuchte scheinbar schon Mal auf Minister Ebene das Anliegen vorzutragen. Barroso und Van Rompuy verliehen dieser Forderung dann auf höchster Regierungsebene Nachdruck.

5.4.2. Alleingänge

Auf innereuropäischer Ebene konnten keine Alleingänge innerhalb einer möglichen Troika festgestellt werden, da in dieser Untersuchung auch keine Zusammenarbeit aufgezeigt werden konnte. Daraus lässt sich schließen, dass alle sehr bemüht waren, sich nicht öffentlich in Diskussionen um die außenpolitischen Positionen einzelner Mitgliedstaaten einzumischen. Man konzentriert sich scheinbar mehr darauf den kleinsten gemeinsamen Nenner – eine UN-Resolution – auch international durchzusetzen.

5.4.3. Drittes Zwischenfazit

Im Fall Syrien-Konflikt übernahm die deutsche Bundesregierung mit ihren zwei Initiativen – der Einführung von Sanktionen und der Gründung einer Syrien-Kontaktgruppe – die Rolle des Intellectual Leaders. Sie war jedoch auch in einer weiteren Rolle in den Verhandlungen präsent, nämlich als Structural Leader. Merkel und Westerwelle setzten sich dabei, zusammen mit den anderen Structural Leadern Frankreich und Großbritannien, für eine Beendigung des Partnerschaftsprogrammes mit Syrien sowie für eine Einführung und Verschärfung von Sanktionen gegen das Assad-Regime ein. War man sich bei der Einführung eines Waffenembargos noch einig, so kam es im Verlauf der Verhandlungen dabei zu Divergenzen. Während Merkel lange bedingungslos an dem Fortbestehen des Waffenembargos festhielt, so forderten Hollande und Cameron bald eine Aufhebung dessen. Zum Ende des Untersuchungszeitraums fingen jedoch die britische und vor allem die deutsche Verhandlungsposition an sich zu lockern. Dabei schloss Deutschland Waffenlieferungen nicht mehr kategorisch aus, und Großbritannien zeigte sich etwas kritischer über die Waffenlieferungen.

Bei den Entrepreneurial Leadern nahm Ashton eine schwache Position ein. Es zeigte sich, dass sie scheinbar wenig Einfluss auf die Tagespunkte der Ratstreffen der Außenminister nahm. Auch bei Barroso und Van Rompuy zeigten sich keine ausgeprägten Ambitionen, das Thema Syrien-Konflikt auf die Agenda der Treffen des Europäischen Rates zu setzen. Einzig der französische Staatspräsident zeigte sich als ambitionierter Agenda-Setter, als er das Thema Waffenlieferungen an Syrien

eigenwillig auf die Agenda des EU-Gipfels im März 2013 setzte. Bei dem Punkt „Pushing the negotiations“ war nur Ashton und selbst sie wiederum nur sehr schwach als Entrepreneurial Leader festzustellen. Auch deutet sich an, dass sie als einziger EL einen anderen Verhandlungsteilnehmer nämlich Deutschland bei der Aufrechterhaltung des Waffenembargos unterstützte.

Bei der Zusammenarbeit konnten signifikante Ergebnisse nur auf internationaler Ebene festgestellt werden. Bei der sich eine Zusammenarbeit von Ashton, Barroso und Van Rompuy andeutete.

6. Ergebnis und Ausblick

In dieser Arbeit sollte untersucht werden, wer nach dem Vertrag von Lissabon die politische Führung in der Europäischen Union übernimmt. Dabei wurde die These aufgestellt, Herman Van Rompuy als Präsident des Europäischen Rates, José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission und Catherine Ashton als Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik würden als Team gemeinsam die EU führen.

Im Folgenden sollen nun der Verlauf und die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst werden, um sowohl eine fundierte Antwort auf die Forschungsfragen geben zu können, als auch zu einer Be- oder Widerlegung der ihr zugrundeliegenden Hypothese zu kommen.

Für die Untersuchung von politischer Teamführung auf europäischer Ebene wurde der verhandlungstheoretische Ansatz von Oran R. Young weiterentwickelt und ergänzt. Dabei wurde disziplinübergreifend ein Ansatz aus den Wirtschaftswissenschaften hinzugezogen. Aus dieser Symbiose ergaben sich vier mögliche Führungsrollen: der Intellectual Leader, der Structural Leader, der Formal Leader und der Entrepreneurial Leader. Ersterer liefert die Ideen oder Visionen über die später verhandelt wird. Der Structural Leader ist ein Verhandlungsteilnehmer, der es schafft, seine großen Machtressourcen in Verhandlungsvorteile umzuwandeln. Der Formal Leader hat ebenfalls formal große Machtressourcen, schafft es jedoch bei den Verhandlungen nicht, diese auch in Verhandlungsvorteile umzuwandeln. Der Entrepreneurial Leader hat weniger Machtressourcen als die bereits genannten Leader, daher ist er bemüht durch Agenda-Setting, Vorantreiben der Verhandlungen und Unterstützung von Verhandlungsteilnehmern Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen. Ein (Führungs-) Team wurde als gegenseitige Unterstützung zum Erreichen gemeinsamer Ziele definiert, wobei unterschiedliche Führungsrollen eingenommen werden können. Diese Unterstützung kann jedoch nur im Rahmen der Kompetenzen der einzelnen Mitglieder erfolgen. Eine Teamführung ist dann gegeben, wenn mindestens zwei Leader zusammen an einem gemeinsamen Ziel arbeiten.

Bei der Frage wer in Europa führt, stützte sich die Untersuchung auf die Auswertung von Dokumenten und Medienberichten.

Weiterentwicklung
von Youngs Ansatz
durch Ergänzungen
aus den
Wirtschaftswissen-
schaften

Im empirischen Teil wurde eine mögliche Führungstroika anhand von zwei Fällen untersucht: der Bankenunion und der Syrien-Krise. Obwohl beides sehr aktuelle und prominente Themen sind, wurde in der Auswertung festgestellt, dass die Bankenunion in den innereuropäischen Verhandlungen eine weitaus wichtigere Stellung einnimmt als außenpolitische Themen, wie der Konflikt in Syrien. Dies mag in den gegenwärtigen Krisen, die die EU momentan erschüttern begründet sein.

Die Auswertung wurde innerhalb der Fälle zweigeteilt. Im ersten Teil wurde analysiert, wer welche Führungsrolle übernimmt, im zweiten Teil untersucht, ob die Führungspersonen in einem Team zusammenarbeiten. Es soll nun eine Zusammenfassung der Ergebnisse folgen.

Weder im Fall der Bankenunion noch im Fall der Syrien-Krise konnte sowohl Ashton als auch Barroso als auch Van Rompuy eine Führungsrolle zugeschrieben werden. In beiden Fällen übernahmen – in unterschiedlicher Intensität – Barroso und Van Rompuy die Rolle eines Entrepreneurial Leaders. Im Fall der Bankenunion übernahm Barroso zusätzlich die Rolle des Intellectual Leaders. Ashton übernahm lediglich im Fall Syrien die Rolle eines schwachen Entrepreneurial Leaders. Bei der Bankenunion hatte Ashton, bedingt durch die geringen formalen Machtressourcen in diesem Bereich zwar auch keine großen Spielräume für Einflussnahme, dennoch hätte sie sich auf internationalen Konferenzen etc. dafür stark machen können.

Barroso und Van Rompuy zeigten sich vor allem bei der Bankenunion sehr ambitioniert dabei die Verhandlungen zu beeinflussen. Dabei versuchten sie durch Agenda-Setting, durch das Überbrücken von Verhandlungshindernissen, durch Kompromissfindung und der Unterstützung einzelner Verhandlungspositionen, die Verhandlungen voranzutreiben. Bei den Konferenzen über die Bankenunion favorisierten sie die Positionen, welche einen Zuwachs an Machtkompetenzen für die EU mit sich bringen würden. Im Falle der Syrienkrise waren sie weniger auf nationaler, als vielmehr auf internationaler Ebene bemüht, den dortigen Konflikt durch eine UN-Resolution zu lösen.

Bei der Bankenunion ergab sich eine Troika Plus, im Syrien-Konflikt konnte eine schwache Troika festgestellt werden. Das Führungsteam von Barroso und Van Rompuy wurde bei den Verhandlungen um eine europäische Bankenunion durch Draghi und Juncker ergänzt. Dabei waren Barroso und Van Rompuy vor allem im Bereich Agenda Setting aktiv. Es konnte festgestellt werden, dass Barroso im Vorfeld durch medialen Druck Van Rompuy unterstützte. Im Vorfeld der EU-Gipfel arbeiteten sie scheinbar zusammen mit Draghi und Juncker die Ziele aus, welche auf die Gipfel-Agenda gesetzt werden sollten. Darüber hinaus ergänzten sich Van Rompuy und Barroso bei dem Vorantreiben der Verhandlungen. Sie übten direkten und indirekten Druck auf die Verhandlungsteilnehmer aus, waren aber gleichzeitig um Kompromisse bemüht. Als einziger dieser Troika Plus unterstützte Barroso massiv Monti und Rajoy bei ihrer Forderung nach einer direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten. Eine in der Öffentlichkeit weniger prominente Rolle in dem Team nahmen Draghi und

Untersuchung
anhand der Fälle
Bankenunion und
Syrien-Krise

Barroso und Van
Rompuy als
Führungsteam

Die Troika-Plus bei
der Bankenunion

Juncker ein. Es deutete sich jedoch in der Untersuchung an, dass Draghi hinter den Kulissen sowohl bei der Entstehung der Idee „Bankenunion“, als auch bei den Verhandlungen größeren Einfluss hatte.

Im Falle Syriens übernahmen Ashton, Barroso und Van Rompuy die gleiche Führungsposition, nämlich die eines Entrepreneurial Leaders. Bei der Einflussnahme auf die Agenda konnten keine großen Einflüsse der Drei festgestellt werden. Auf die Agenda der Ratstreffen der Außenminister nahm Ashton scheinbar nur selten Einfluss. Es entstand der Eindruck, dass hier nur noch Details bereits vorab beschlossener Entscheidungen ausgehandelt wurden. Auch war hier nicht ersichtlich – anders als bei Barroso und Van Rompuy im Fall der Bankenunion, dass Ashton besonders bemüht darum gewesen wäre, Einfluss auf die Agenda der Treffen zu nehmen. Barroso und Van Rompuy setzten zwar das Thema Syrien auf die Agenda der Treffen des Europäischen Rates, dabei entstand jedoch nicht eine solch dynamische Zusammenarbeit wie im Fall der Bankenunion. Darüberhinaus zeigte sich hier Hollande wesentlich engagierter, das Thema „Waffenlieferungen“ auf die Agenda des EU-Gipfels im März zu setzen als Ashton, Barroso oder Van Rompuy. In den Punkten „pushing the negotiations“ und „Support“ zeigt Ashton als Einzige der Drei Engagement.³²⁸ So unterstützte Ashton Deutschland bezüglich einer Verlängerung des Waffenembargos sehr subtil. Auf internationaler Ebene konnte jedoch eine Zusammenarbeit festgestellt werden. Das gemeinsame Ziel war hierbei den Druck auf Russland und China zu erhöhen, um einer Resolution im UN-Sicherheitsrat bezüglich Syriens zuzustimmen. So leistete Ashton auf Ministerialebene Vorarbeit, damit Barroso und Van Rompuy auf Regierungsebene ihrem Anliegen Nachdruck verleihen konnten.

Insgesamt kann die These, Ashton, Barroso und Van Rompuy wären eine Führungstroika, nur bedingt verifiziert werden. In der Analyse hat sich herauskristallisiert, dass es vor allem Barroso und Van Rompuy waren, die sich gegenseitig unterstützen und für ein gemeinsames Ziel – die Bankenunion oder eine UN-Resolution im Falle Syriens – hinarbeiteten. Es lässt sich also eher, wie es Ashton hielt sich sowohl im Fall der Bankenunion, als auch im Falle Syriens sehr zurück. Daher kann hier eher von einem Führungsduo bestehend aus Barroso und Van Rompuy gesprochen werden. Beide zeigten sie sich flexibel bezüglich einer Erweiterung ihres Teams, im Fall der Bankenunion mit Juncker und Draghi und im Falle Syriens durch Ashton.

Wie der Fall Syrien auf internationaler Ebene zeigt, wäre das Potential für eine Führungstroika durchaus vorhanden, dabei bedürfte es jedoch einen HVASP mit

Im Falle Syriens: drei schwache Entrepreneurial Leader

Barroso und Van Rompuy waren vor allem im Bereich Agenda-Setting aktiv

Nur bedingte Verifizierung der These

Im Syrien-Konflikt keine solch dynamische Zusammenarbeit wie im Fall der Bankenunion

³²⁸ Dabei könnte kritisiert werden, dass dieses Ergebnis auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass Ashton im Gegensatz zu Barroso und Van Rompuy scheinbar die mediale Aufmerksamkeit eher meidet. Für diese Untersuchung wurden vor allem Medienberichte ausgewertet, was zu möglichen Verzerrungen führen könnte. Doch auch bei der Analyse der Dokumente wurde kein signifikant größerer Einsatz Ashtons konstatiert, was diese Verzerrung wieder relativiert.

einem selbstbewussteren Amtsverständnis. Die aktuellen Unruhen in Ägypten würden eine Chance bieten sich nun gemeinsam aktiv um friedliche Lösungen zu bemühen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob sich es sich hier anders verhalten wird wie in Syrien.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-------|---|
| AbIEU | Amtsblatt der Europäischen Union |
| Aufl. | Auflage |
| BZ | Börsen-Zeitung |
| EAD | Europäischer Auswärtiger Dienst |
| EK | Europäische Kommission |
| EL | Entrepreneurial Leader |
| ER | Europäischer Rat |
| ESM | Europäischer Stabilitätsmechanismus |
| EU | Europäischen Union |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| EZB | Europäische Zentralbank |
| FL | Formal Leader |
| FR | Frankfurter Rundschau |
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| HVASP | Hoher Vertreter/ Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik |
| IL | Intellectual Leader |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| o.D. | ohne Datum |
| PEK | Präsident der Europäischen Kommission |
| PER | Präsident des Europäischen Rates |
| PoCEU | Press office of the Council of the European Union |
| SL | Structural Leader |
| SZ | Süddeutsche Zeitung |
| u. a. | und andere |
| UAbs | Unterabsatz |
| UN | United Nations |
| UNO | United Nations Organization |

Quellen- und Literaturverzeichnis

Medienberichte

- Balling, Stephan: „Österreich profitiert indirekt von Griechenland“, in: BZ v. 15.06.2012, S. 6.
- Beecken, Grit: Die EZB soll mächtiger werden, in: FR v. 16.06.2012, S. 19.
- Beecken, Grit: „Wir brauchen einen Fahrplan“, in: FR v. (12.06.2012), S. 22.
- Böll et al. Geisel des Südens, in: Der Spiegel v. 02.07.2012, S. 18.
- Bolzen, Stefanie; Eder, Florian; Siems, Dorothea: Was kommt da auf uns zu?, in: Die Welt v. (19.06.2012), S. 5.
- Diekmann, Vor EU-Gipfel: Bundesregierung blockt bei Bankenaufsicht und Euro-Bonds, in: Spiegel Online v. 16.10.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-lehnt-euro-bonds-und-schnelle-bankenaufsicht-ab-a-861669.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Dams, Jan; Eder, Florian; Jost, Sebastian: Bankenaufsicht: keine Macht für den EZB-Rat, in: Die Welt v. 18.09.2012, S. 9.
- Dams, Jan; Eder, Florian: Mehr Macht für Europa!, in: Die Welt v. 13.09.2012, S. 9.
- Eder, Florian: Schutzschirm für Steuerzahler in: Die Welt v. 06.06.2012, S. 4.
- Eder, Florian: Berlin und Paris wollen gemeinsam retten, in: Die Welt v. 28.08.2012, S. 10.
- Eder, Florian; Jost, Sebastian: Zentralbank wird neue Superbehörde, in: Die Welt v. 22.06.2012, S. 9.
- Eder, Florian et al., Die Aufstellungen, in: Die Welt v. 16.06.2012, S. 4.
- Eder, Florian; Bolzen, Stefanie: Merkel will nicht nur übers Geld reden, in: Die Welt v. 13.12.2012, S. 10.
- Eder, Florian; Hildebrand, Jan: EU will Banken direkt helfen, in: Die Welt v. 31.05.2012, S. 9.
- Eder, Florian; Jost, Sebastian: Aufstand gegen Aufsicht, in: Die Welt v. 30.06.2012, S. 9.
- Ehrenstein, Claudia: Westerwelle bittet um Hilfe für Syrien, in: Die Welt v. 25.02.2012, S. 6.
- Engler, Angelika; Fechtner, Detlef: Spanien heizt Spekulationen an, in: BZ v. 06.06.2012, S. 6.
- Erdmann, Lisa: Assad-Anhänger stürmen Tagungshotel, in: Spiegel Online v. 24.02.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,817405,00.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Evers, Marco: Unerbittliche Logik, in: Der Spiegel v. 02.07.2012, S. 92.
- Fechtner, Detlef; Wefers, Angela : Merkel macht bei der EU-Koordinierung Ernst, in: BZ v. 14.12.2012, S. 7.
- Fechtner, Detlef: Abschied vom Binnenmarkt, in: BZ v. 28.06.2012, S. 8.
- Fechtner, Detlef: Einheitliche Bankenaufsicht startet „im Laufe des Jahres 2013“, in: BZ v. 20.10.2012, S. 1.
- Fechtner, Detlef: EU ebnet Südländern Zugang zu ESM, in: BZ v. 30.06.2012, S. 7.
- Fechtner, Detlef: EU-Spitzen tüfteln an strenger Fiskalunion, in: BZ v. 12.06.2012, S. 7.
- Fechtner, Detlef: Herman Van Rompuy 65, in: BZ v. 30.10.2012, S. 16.
- Fechtner, Detlef: Poker um Hilfen für Spanien, in: BZ v. 08.06.2012, S. 7.
- Fechtner, Detlef: Streit zwischen EZB und EBA programmiert, in: BZ v. 16.06.2012, S. 3.
- Fechtner, Detlef: Van Rompuy macht Dampf, in: BZ v. 07.12.2012, S. 7.
- FR: ESM soll ab März Bankenhilfen zahlen. Rompuy-Bericht zur EU-Wirtschaftsreform, in: FR v. 07.12.2012, S. 11.
- FR: EU kann Putin nicht umstimmen, in: FR v. 05.06.2012, S. 8.
- Freiberger, Harald: Duell entschärft, in: SZ v. 21.09.2012, S. 20.
- Gammelin, Cerstin: Bankenaufsicht rückt näher, in: SZ v. 12.12.2012, S. 7.
- Gammelin, Cerstin: Barroso sieht „entscheidenden Augenblick“ für Europa, in: Süddeutsche Zeitung v. 14.06.2012, S. 1.
- Gammelin, Cerstin: Europa streitet, in: SZ v. 11.10.2012, S. 19.
- Gammelin, Cerstin: Gipfelgefühl, in: SZ v. 13.12.2012, S. 19.
- Gammelin, Cerstin: Pokern um die Aufsicht, in: SZ v. 13.12.2012, S. 19.
- Gammelin, Cerstin: Rettungsplan mit Schlagseite, in: SZ v. 27.06.2012, S. 7.

- Gericke, Ulli: "EZB ist Stabilitätsmandat verpflichtet", in: BZ v. 26.09.2012, S. 7.
- Hackensberger, Alfred; Jungholt, Thorsten: Westliche Waffen landen bei Islamisten, in: Die Welt v. 19.03.2013, S. 7.
- Hammerstein, Konstantin von; Neukirch, Ralf; Schult, Christoph: Zu wenig zu spät, in: Der Spiegel v. 25.06.2012, S. 18.
- Hammerstein, Konstantin von; Pauly, Christoph; Schult, Christoph: Dame mit Unterleib, in: Der Spiegel v. 11.06.2012, S. 24.
- Hammerstein, Konstantin; Neukirch, Ralf: „Ich möchte kein deutsches Europa“, in: Der Spiegel v. 13.02.2012, S. 7.
- Haug, Kristin: Diplomaten melden Kompromiss bei Bankenaufsicht, in: Spiegel Online v. 18.10.2012. URL: <http://www.spiegel.de/extra/a-628516.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Hebel, Christin; Reinhold, Fabian: Uno prangert zunehmende Kriegsverbrechen an, in: Spiegel Online v. 18.02.2013. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-prangert-zunehmende-kriegsverbrechen-in-syrien-an-a-884049.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Hesse, Martin; Pauly, Christoph; Reiermann, Christian: Für die Geschichtsbücher, in: Der Spiegel v. 10.09.2012, S. 90.
- Heusinger, Robert: Bankenunion, in: FR v. 01.06.2012, S. 12.
- Hulverscheidt, Claus: Spanien muss länger auf Banken-Hilfen warten, in: SZ v. 24.09.2012, S. 1.
- Hulverscheidt, Klaus: EZB zweifelt am Verbleib in der Troika, in: Spiegel Online v. 05.03.2013. URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-helfer-in-noeten-ezb-zweifelt-am-verbleib-in-der-troika-1.1615741> [letzter Zugriff: 05.03.2013].
- Ingelfinger, Carlo: EU-Gipfel geht Umbau der Euro-Zone langsam an, in: Spiegel Online v. 14.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-gipfel-einigt-sich-auf-fahrplan-zum-umbau-der-eurozone-a-872860.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Kahlbenn, Christopher; Fechtner, Detlef: Für den Dax fängt das Börsenjahr von vorne an, in: BZ v. 05.06.2012, S. 1.
- Kaiser, Stefan: Europa soll zur Bankenrettungsunion werden, in: Spiegel Online v. 12.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gipfel-der-finanzminister-deutschlands-angst-vor-der-bankenaufsicht-a-872348.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Kaiser, Tobias: in: Barroso schiebt Zukunft der EU auf die lange Bank, in: Die Welt 29.11.2012, S. 9.
- Kawasnewski, Nicolai: Italien und Spanien gewinnen im Verhandlungspoker, in: Spiegel Online v. 29.10.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-gipfel-italien-und-spanien-siegen-im-verhandlungspoker-a-841613.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Knuf, Thorsten: EU streitet über Waffen für Rebellen, in: FR v. 16.03.2013, S. 1.
- Knuf, Thorsten: EU verhängt Sanktionen gegen Syrien, in: FR v. 11.05.2013, S. 6.
- Knuf, Thorsten: Halbherzig gegen Syrien, in: FR v. 11.05.2011, S. 9.
- Kurbjuweit, Dirk et al.: Die Kuhändler, in: Der Spiegel v. 22.12.2012, S. 56.
- Meiritz, Annett: Bundesregierung drängt auf Sanktionen gegen Assad-Regime, in: Spiegel Online v. 27.04.2011. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,759289,00.html> [letzter Zugriff: 14.04.2012].
- Müller, Ute: Freude, Skepsis, Furcht – Was Europa über den Gipfel denkt, in: Die Welt v. 30.06.2012, S. 6.
- Müllherr, Silke: EU streitet über Waffen für syrische Rebellen, in: Die Welt v. 16.03.2013, S. 1.
- Müllherr, Silke: Alleingang abgewendet, in: Die Welt v. 23.03.2013, S. 6.
- Neubacher, Bernd: Finanzplatz Frankfurt gewinnt an Gewicht, in: BZ v. 20.09.2012, S.3.
- Neubacher, Bernd: Regulierung per Sturzgeburt, in: FR v. 28.09.2012, S. 8.
- Neukirch Ralf et al.: Im Parallel-Universum, in: Der Spiegel v. 22.10.2012, S. 18.
- Peters, Katharina: Europäer streiten mit Initiative gegen Syrien, in: Spiegel Online v. 28.04.2011. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,759407,00.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Peters, Katharina: Merkel verteidigt neuen Kurs bei Bankenunion, in: Spiegel Online v. 13.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/regierungserklaerung-von-kanzlerin-merkel-ja-zur-bankenunion-a-872637.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Rahmann, Tim: Spanien und Italien erpressen Bundeskanzlerin Merkel, in: WirtschaftsWoche v. 30.06.2012. URL: <http://www.wiwo.de/politik/europa/eu-gipfel-banken-union-ist-vertagt/6813622-4.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Reimann, Anna: Schwere Explosionen in Wirtschaftsmetropole Aleppo, in: Spiegel Online v.

- 10.02.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,814446,00.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Reinhold, Fabian: Deutschland weist syrischen Botschafter aus, in: Spiegel Online v. 29.05.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-weist-syrischen-botschafter-nach-massaker-von-hula-aus-a-835721.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Riesbeck, Peter; Sievers, Markus: Auf eigene Rechnung, in: FR v. 17.10.2012, S. 2.
- Riesbeck, Peter; Veiel, Axel: Der Rheingraben, in: FR v. 17.10.2012, S. 17.
- Riesbeck, Peter: Alte Freunde, neue Probleme, in: FR v. 19.09.2012, S. 7.
- Riesbeck, Peter: Bausteine für das Haus Europa, in: Fr v. 11.06.2012, S. 2.
- Riesbeck, Peter: Das Aufsichtsproblem, in: FR v. 19.10.2012, S. 2.
- Riesbeck, Peter: Das große und das kleine W, in: FR: v. 18.10.2012, S. 6.
- Riesbeck, Peter: Die Preisfrage, in: FR, v. 08.12.2012, S. 7.
- Riesbeck, Peter: Ein neuer Fahrplan für Europa, in: FR v. 15.12.2012, S. 7.
- Riesbeck, Peter: Erstmal aufgeschoben, in: FR v. 17.09.2012, S. 17.
- Riesbeck, Peter: Europas neue politische Kartographie, in: FR v. 28.06.2012, S. 5.
- Riesbeck, Peter: Europas Problemzonen, in: FR v. 31.05.2012, S. 13.
- Riesbeck, Peter: Und noch ein Rettungsschirm für Banken, in: FR v. 01.06.2012, S. 16.
- Riesbeck, Peter: Wie viel Europa darf's denn sein?, in: FR v. 06.06.2012, S. 13.
- Riesbeck, Peters; Sievers, Markus: Kleine Risse im Rettungsschirm, in : FR v. 03.07.2012, S. 6.
- Salloum, Raniah: Stunde der Warlords. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kofi-annans-gescheiterte-syrien-mission-stunde-der-warlords-a-847995.html> [Stand: 03.08.2012; letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Salzmann, Bernd: Teufelskreis, in: FR v. 27.06.2012, S. 18.
- Sauga, Michael; Schult, Christoph; Seith, Anne: Die Macht am Main, in: Der Spiegel v. 18.03.2013, S. 66.
- Schröder, Alwin: Assads Soldaten sollen über 60 Zivilisten getötet haben, in: Spiegel Online v. 27.02.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,817941,00.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Schultz, Stefan: Italien muss für Anleihen viel mehr Zinsen zahlen, in: Spiegel Online v. 13.06.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-zinsen-fuer-staatsanleihen-steigen-a-838596.html> [letzter Zugriff: 14.04.2012].
- Seith, Anne; Sauga, Michael: „Wir mussten handeln“, in: Der Spiegel v. 29.10.2012, S. 47.
- Siems, Dorothea: Nur eine Banken-Rettung kann den Flächenbrand verhindern, in: Die Welt v. 05.06.2012, S. 10.
- Sievers, Markus; Riesbeck, Peter: Auf eigene Rechnung, in: FR v. 17.10.2012, S. 2.
- Sievers, Markus: Alles wollen die Bankenunion – nur welche?, in: FR v. 08.06.2012., S. 6.
- Sievers, Markus: Europa muss es alleine schaffen, in: FR v. 20.06.2012, S. 7.
- Sievers, Markus: Wer haftet, wenn es schiefgeht?, in: FR v. 18.07.2012, S. 4 .
- Smirnova, Julia: Putin last die Besucher aus Brüssel abblitzen, in: Die Welt v. 05.06.2012, S. 6.
- Spiegel: Hart und selbstbewusst, in: Der Spiegel, v. 26.07.2004, S. 76.
- Spiegel Online: Diplomaten melden Kompromiss bei Bankenaufsicht, in: Spiegel Online v. 18.10.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/eu-gipfel-in-bruessel-diplomaten-melden-kompromiss-bei-bankenaufsicht-a-862144.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Spiegel Online: EU-Außenminister werten Syriens Opposition auf, in: Spiegel Online v. 10.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-aussenminister-werten-syriens-opposition-auf-a-872109.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Spiegel Online: Video dokumentiert Verzweiflung in Homs, in: Spiegel Online v. 10.02.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,814562,00.html> [; letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Stevens, Carsten: „Time to say: Danke“, in: BZ v. 15.06.2012, S. 8 .
- Stratenschulte, Eckart: Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, in: Spiegel Online v. 20.10.2012. URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42968/hohe-vertreterin-fuer-aussen-und-sicherheitspolitik> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Sucher, Jörn; Waldemann, Anselm; Böcking, David: Euro-Retter werden Bankenwächter, in: Spiegel Online v. 13.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-finanzminister-einigen-sich-auf-bankenaufsicht-a-872621.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Sucher, Jörn: Hollande verlangt Waffenhilfe für syrische Rebellen, in: Spiegel Online v.

- 10.04.2013. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-hollande-draengt-auf-waffenhilfe-fuer-syrische-rebellen-a-889021.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- SZ, Deutliche Kritik über Bande, in: SZ v. 19.10.2012, S. 8.
- SZ, Russland rückt von Syrien ab, in: SZ v. 03.08.2011, S. 8.
- SZ, 25 Stunden für die Rettung der Welt, in: SZ, v. 26.05.2011, S. 2.
- SZ, Frankreich schließt Botschaft, in: SZ v. 03.03.2012, S. 9.
- Teevs, Christian: Inflation in China schwächt sich deutlich ab, in: Spiegel Online v. 09.07.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/inflation-in-china-schwaecht-sich-deutlich-ab-a-843293.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Teevs, Christian: Lagarde gibt Euro-Retter nicht mal drei Monate, in: Spiegel Online v. 12.06.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/iwf-chefin-lagarde-fuer-rettung-des-euro-bleiben-weniger-als-drei-monate-a-838306.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Teevs, Christian: Merkel und Barroso wollen Großbanken stärker kontrollieren, in: Spiegel Online v. 05.06.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/merkel-und-barroso-wollen-grossbanken-schaerfer-kontrollieren-a-836964.html> [Zugriff: 14.04.2013].
- Thaler, Claudia: Größte Wirtschaftsmacht der Welt: Europa!. Interview mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld. URL: <http://cap-online.eu/aktuell/interviews/2008/alpbach.php>, v. 17.08.2008 [letzter Zugriff: 14.04.2012].
- Volkery, Carsten: Europas Mächtige treten an zum Streit-Gipfel, in: Spiegel Online v. 28.06.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-in-bruessel-droht-am-nord-sued-konflikt-zu-scheitern-a-841371.html>. [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Volkery, Carsten: EU vertagt Reformen auf Sommer 2012, in: Spiegel Online v. 14.12.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-gipfel-vertagt-reformfahrplan-auf-sommer-2013-a-872862.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Waterfield, Bruno (2010): Baroness Ashton, the fall fuy of Europe. Hg. v. The Telegraph v. 28.02.2010. URL: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/belgium/7332870/Baroness-Ashton-the-fall-guy-of-Europe.html> [letzter Zugriff 18.02.2013].
- Wefers, Angela; Fechtner, Detlef: Merkel dämpft Hoffnung auf schnelle Bankenhilfen, in: BZ v. 18.09.2012, S. 1.
- Wefers, Angela: Forscher gegen übereilte Bankenunion, in: BZ v. 12.10.212, S. 3.
- Wefers, Angela: Merkel will starke Rolle der EZB in der Bankenaufsicht, in: BZ v. 15.06.2012, S. 1.
- Winter, Martin: Europäer verschärfen Sanktionen gegen Syrien, in: SZ v. 15.11.2011, S. 7.
- Winter, Eine leere Drohung, in: SZ v. 08.06.2012, S. 4.
- Die Welt, Älteste Bank braucht Hilfe, in: Die Welt v. 25.06.2012, S. 11.
- Die Welt, Merkel und Barroso haben eine Vision, in: Die Welt v. 06.06.2012, S. 4.
- Die Welt, Europa macht Schulden, Deutschland zahlt, in: Die Welt v. 14.06.2012, S. 1.
- Die Welt, Syrien: USA und EU fordern Assads sofortigen Rücktritt, in: Die Welt v. 19.08.2011, S. 6.
- Die Welt, Cameron erwägt Alleingang, in: Die Welt v. 14.03.2013, S. 7.
- Wittrock, Philipp: Merkel fährt die harte Linie, in: Spiegel Online v. 27.06.2012. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-gipfel-merkel-will-bei-euro-bonds-hart-bleiben-a-841259.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Wittrock, Philipp: Ruf nach Waffen für Rebellen spaltet Europa , in: Spiegel Online v. 15.03.2013. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-europa-streitet-ueber-waffen-fuer-rebellen-a-889077.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Wittrock, Philipp: Frankreich erwägt Alleingang bei Waffenlieferungen , in: Spiegel Online v. 15.03.2013. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-will-im-alleingang-waffen-an-syrische-rebellen-liefern-a-889026.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Zekri, Markus: USA und EU verlangen Rücktritt von Präsident Assad, in: SZ: v.19.08.2012, S. 8.
- Die Zeit, Altkanzler Kohl nennt deutsche Außenpolitik unberechenbar, in: Die Welt v. 24.08.2011, S. 3.
- Zydra, Markus: Geld nur noch gegen strengere Auflagen , in: SZ: v.28.06.2012, S. 23.
- Zydra, Markus: Eine Kontrolle für alle, in: SZ v. 02.06.2012, S. 32.
- Zydra, Markus: Mit der Notenpresse , in: SZ: v. 08.11.2012, S. 30.

Dokumente

- Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 325/2013 vom 10. April 2013. URL: http://www.bafa.de/ausfuhrkontrolle/de/embargos/syrien/durchfuhrungsverordnung/vo2013_325.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 442/2011 vom 9. Mai 2011.

- URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/593228/publicationFile/157641/110509-EU-VO-442-Sanktionen-Syrien.pdf> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Amtsblatt der Europäischen Union, Beschluss 2011/782/GASP des Rates vom 1. Dezember 2011 über restriktive Maßnahmen gegen Syrien und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/273/GASP v. 02.12.2011. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:319:0056:0070:DE:PDF> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Auswärtiges Amt: Außenminister Westerwelle im Interview mit dem „Tagesspiegel“ zur Situation in Libyen und in Syrien v. 30.04.2011. URL : <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2011/110430-BM-Tsp-Syr.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Auswärtiges Amt: Großbritannien/ Vereinigtes Königreich - Wirtschaft v. 2012. URL: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Grossbritannien/Wirtschaft_node.html [letzter Zugriff: 06.03.2013].
- Barroso, José Manuel, Partners in Freedom: the EU response to the Arab Spring (Speech/11/523) v. 14.07.2011. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-523_en.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Barroso, José Manuel, Statement by President Barroso following his meeting with Najib Mikati, Prime Minister of Lebanon (Speech/12/306) v. 26.04.2012. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-306_en.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Communications Secretariat of Sweden's EU Presidency 2009, Speech by Prime Minister Fredrik Reinfeldt in Lisbon on the occasion of the Lisbon Treaty's entry into force, 1 December 2009 (COM-09).
- Deutsche Botschaft Tunis: Konferenz der ‚Freunde des syrischen Volkes‘nd v. o.D.. URL: http://www.tunis.diplo.de/Vertretung/tunis/de/03/Bilaterale__Beziehungen/Seite__Konferenz_20Syrien.html [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Central Bank: Interview with Financial Times in Frankfurt on 11 December 2012 and published on 14 December 2012 (14.12.2012). URL: <http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp121214.en.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Central Bank: Press conference. Mario Draghi, President of the ECB, Vítor Constâncio, Vice-President of the ECB (Frankfurt am Main, 5 July 2012) v. 05.07.2012. URL: <http://www.ecb.int/press/pressconf/2012/html/is120705.en.html#qa> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Central Bank: Press release. 12 September 2012 – ECB welcomes Commission's proposal for a single supervisory mechanism 12.09.2012. URL: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2012/html/pr120912.en.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Commission: European Neighbourhood and Partnership Instrument. Syrian Arab Republic. Strategy Paper 1007-2013 and National Indicative Programme 2007-2010 v. 2007. URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_en.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Commission: Press Release. Catherine Ashton wins 2011 BusinessMed blue Award (IP/12/535) v. 30.05.2012. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-535_en.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Commission: Press Statement by President Barroso and resident Van Rompuy following the 15th EU-China Summit (Memo 12/692) v. 20.09.2012. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-692_en.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Council President: Press statement by the President of the European Council Herman Van Rompuy following the 30th EU-Russia Summit (EUCO 243/12) v. 21.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134546.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- European Council the President: Remarks by President Herman Van Rompuy following the European Council (EUCO 195/12) v. 19.10.2013. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/133031.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Fahrplan für eine Bankenunion (COM(2012) 510 final) v. 12.09.2012. URL: http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/reform/20120912-com-2012-510_de.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsprogramme (ENPI) v. 12.12.2009. Finanzierung 2007-2013. URL: <http://ec.europa.eu/world/enp/>

- pdf/country/0703_enpi_figures_de.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: EU-Südafrika-Gipfel. Weltwirtschaft und Sicherheit stehen im Fokus v. 17.09.2012. URL: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10885_de.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission. Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion. Auftakt für eine europäische Diskussion (COM(2012) 777 final) v. 28.11.2012. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0777:FIN:DE:PDF> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Pressemitteilung. Catherine Ashton reist nach Südafrika zum 11. Politischen Dialog zwischen der EU und Südafrika auf Ministerebene (IP/12/908) v. 23.08.2012. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-908_de.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Pressemitteilung. Kommission schlägt neue EZB-Befugnisse für Bankenaufsicht im Rahmen einer Bankenunion vor (IP/12/953) v. 12.09.2012. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-953_de.htm [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (COM (2012) 512 final 2012/0244 (COD)) v. 12.09.2012. URL: http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/reform/20120912-com-2012-512_de.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat der Präsident: Ausführungen von Präsident Hermann Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 72/13) v. 15.03.2013. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/136237.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat der Präsident: Rede des Präsidenten des Europäischen Rates Hermann Van Rompuy im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (EUCO 40/12) v. 02.03.2012. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st00/st00040.de12.pdf> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Ausführungen des Präsidenten Van Rompuy nach der ersten Arbeitssitzung des Europäischen Rates (EUCO 236/12) v. 14.12.2012. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st00/st00236.de12.pdf> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Tagung vom 13./14. Dezember 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012). URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134375.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Tagung am 14./15. März 2013. Schlussfolgerungen (EUCO 23/13) (14.03.2012). URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/136173.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates 18./19. Oktober 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 156/12) (19.10.2012). URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/133025.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates 28./29. Juni 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 76/2/12) (20.07.2012). URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131398.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäischer Rat: Tagung vom 13./14. Dezember 2012. Schlussfolgerungen (EUCO 205/12) (14.12.2012). URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134375.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Europäische Union: Bevölkerung am 1. Januar v. 01.01.2013. URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=tps00001&tableSelection=1&footnotes=yes&labeling=labels&plugin=1> [letzter Zugriff: 10.04.2013].
- eurostat: GDP and main components - Current prices v. 06.03.2013. URL: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do?dvsc=8> [letzter Zugriff: 06.03.2013].
- Generalsekretariat des Rates: Europäischer Rat. Tagung am 14./15. März 2013. Schlussfolgerungen (EUCO 23/13) v. 14.03.2013. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/136173.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Generalsekretariat des Rates: Vermerk. Betr.: Europäischer Rat (Tagung am 28./29. Juni

- 2012) – Entwurf der erläuterten Tagesordnung (9370/12, CO EUR-PREP 13) v. 16.05.2012. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st09/st09370.de12.pdf> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Office of the British Prime Minister: Press briefing afternoon 12 September 2012 v. 12.09.2012. URL: <http://www.number10.gov.uk/news/press-briefing-afternoon-12-september-2012/> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Office of the British Prime Minister: Press briefing morning 13 December 2012 v. 13.12.2012. URL: <http://www.number10.gov.uk/news/press-briefing-morning-13-december-2012/> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. European Council. Thursday and Friday 15 and 15 March in Brussels v. 13.03.2013. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/128309.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council – including defence, development – Monday, 23 May and Tuesday, 24 May 2011, in Brussels v. 20.05.2011. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/122132.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council. 27 February 2012 in Brussels v. 23.02.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/128120.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council. Monday, 10 December 2012, in Brussels v. 07.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/134092.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council. Monday, 18 February 2013, in Brussels v. 15.02.2011. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/135460.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council. Tuesday, 12 April 2011, Luxembourg v. 08.04.2011. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/121411.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. European Council. Thursday and Friday 28 and 29 June in Brussels v. 27.06.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/131315.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background. Foreign Affairs Council. Tuesday, 12 April 2011, Luxembourg v. 08.04.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/121411.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- PoCEU: Background v. 12.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134254.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Press office of the European Council: Background. Foreign Affairs Council – including a session on development cooperation – Monday, 14 November 2011, in Brussels v. 11.11.2011. URL: https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/125989.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013], S. 3.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel, italienischer MP Monti, französischer StP Hollande und spanischer MP Rajoy (Mitschrift der Pressekonferenz vom 22.06.2012) v. 22.06.2012. URL: <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2012/06/2012-06-22-vierertreffen-rom.html> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Rat der Europäischen Union: o.T v. 13.03.2013. URL: <http://www.european-council.europa.eu/media/904106/20130314-eurosummits-rules-of-procedures.de.pdf> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Rat der Europäischen Union: Rat vereinbart Standpunkt zur Bankenaufsicht (17739/12, PRESSE 528) v. 13.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ecofin/134304.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Rat der Europäischen Union: Rat verständigt sich auf einheitliche Bankenaufsicht v. 14.12.2012. URL: <http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus?focusName=council-agrees-on-single-supervisory-mechanism&lang=de> [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Van Rompuy, Herman, in close collaboration with Barroso, José/ Juncker, Jean-Claude/

- Draghi, Mario: Towards a genuine Economic and Monetary Union v. 05.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Van Rompuy, Herman/ Barroso, José Manuel: Joint letter by President Van Rompuy and Resident Barroso to the G20 leaders v. 30.10.2011. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/125780.pdf [letzter Zugriff: 05.03.2013].
- Van Rompuy, Herman: Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy (EUCO 120/12) v. 26.06.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131294.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Van Rompuy, Hermann: Invitation letter by President Herman Van Rompuy to the European Council (EUCO 233/12, PRESSE 527, PR PCE 196) v. 11.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134230.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].
- Van Rompuy, Hermann: Opening remarks by President Herman Van Rompuy at the European Council (EUCO 235/12) v. 13.12.2012. URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134302.pdf [letzter Zugriff: 14.04.2013].

Literaturverzeichnis

- Barber, James D. (2009): The presidential character. Predicting performance in the White House. 4. Aufl. New York [u.a.]: Pearson Longman.
- Barber, James David (1972): The presidential character. Predicting performance in the White House. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Barber, Tony (2010): The Appointments of Herman van Rompuy and Catherine Ashton. In: *Journal of Common Market Studies* 48, S. 55–67.
- Bauer, Thomas; Baumann, Florian (2008): Politische Führung und Differenzierung in Europa. In: Werner Weidenfeld (Hg.): *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos; C.A.P., Centrum für angewandte Politikforschung, S. 189–212
- Blondel, Jean (1987): *Political leadership. Towards a general analysis*. London ; Beverly Hills; Newbury Park; New Delhi: Sage Publications.
- Bruch, Heike (Hg.) (2012): *Leadership - Best Practices und Trends*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Catuogno, Claudio (2008): *Die Präsidenten der Europäischen Kommission. Eine Analyse von Jacques Delors, Jacques Santer und Romano Prodi - und was Europa aus ihrer Amtsführung lernen kann*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Elgie, Robert (1995): *Political leadership in liberal democracies*. Houndsmills, Basingstoke, Hampshire: Macmillan (Comparative government & politics).
- Fetz, Bernhard; Hemecker, Wilhelm (2011): *Theorie der Biographie. Grundlagentexte und Kommentar*. Berlin ;, New York: De Gruyter.
- Fliegau, Mark T.; Kießling, Andreas; Novy, Leonard (2008): *Leader und Follower – Grundzüge eines inter-personalen Ansatzes zur Analyse politische Führungsleistung*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18 (4), S. 399–421.
- Franken, Svetlana (2007): *Verhaltensorientierte Führung. Handeln, Lernen und Ethik in Unternehmen*. 2. Aufl. Wiesbaden: Gabler.
- Glaab, Manuela (2007): *Politische Führung als strategischer Faktor*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17 (2), S. 303–332.
- Glaab, Manuela (2010): *Public Leadership - theoretische Zugänge, Befunde und Perspektiven der Forschung*. In: *Osterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (3), S. 321–336.
- Graf, Katharina Johanna (2010): *Auswirkungen der Aufgabenverteilung in Führungsteams im Lichte organisationstheoretischer Erkenntnisse*. 1. Aufl. München; Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Grasselt, Nico; Korte, Karl-Rudolf (2007): *Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hegdal, Tora Skodvin (1992): 'Structure' and 'Agent' in institutional bargaining. *Institutional*

- design and political leadership in the third United Nations Conference on the law of the sea. In: *Cooperation and Conflict* 163 (27), S. 163–189.
- Heifetz, Ronald A. (1994): *Leadership without easy answers*. Cambridge, Massachusetts; London: Belknap Press of Harvard University Press.
- Howorth, Jolyon (2011): The 'new faces' of Lisbon: assessing the performance of Catherine Ashton and Herman Van Rompuy on the global stage. In: *European Foreign Affairs Review* 16 (3), S. 303-325.
- Katzenbach, Jon R. (2001): *Teams an der Spitze. Der Chef als Chef und Teammitglied*. Frankfurt [Main], Wien: Ueberreuter (Ueberreuter Wirtschaft).
- Klein, Nadia; Regelsberger, Elfriede (2012): *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*. In: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der europäischen Integration 2011*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 291–300.
- Körner, Katharina (2009): *Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag*. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum Europäischen Recht, 146), zuletzt geprüft am Dissertation.
- Lord, Robert G.; Maher, Karen J. (1993): *Leadership and information processing. Linking perceptions and performance*. London ;, New York: Routledge.
- Picht, Robert/ Uterwedde, Henrik/ Wessels, Wolfgang: *Deutsch-französischer Bilateralismus als Motor der europäischen Integration. Mythos oder Realität?*, in: *Bilateralismus und europäische Integration*, Bonn: Europa-Union-Verlag 1990, S. 17-31.
- Pürer, Heinz (2003): *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch*. Unter Mitarbeit von Helena Bilandžić, Frederike Koschel, Johannes Raabe, Rudi Renger, Stefan Schirmer und Susanne Wolf. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH.
- Rockman, Bert A. (1984): *The leadership question. The presidency and the American system*. New York: Praeger.
- Schwarze, Jürgen (Hg.) (2012): *EU-Kommentar*. Unter Mitarbeit von Ulrich Becker, Armin Hatje und Johann Schoo. 3. Aufl. Baden-Baden, Wien, Basel: Nomos; Facultas.wuv; Helbing Lichtenhahn.
- Streinz, Rudolf (Hg.) (2012): *EUV/AEUV. Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union*. Unter Mitarbeit von Tobias Kruis und Walther Michl. 2. Aufl. München: Beck (Beck'sche Kurz-Kommentare, 57).
- van Assche, Tobias (2005): *The impact of entrepreneurial leadership in EU high politics. A case study of Jaques Delors and the creation of EMU*. In: *Leadership Quarterly* 1 (3), S. 279–298.
- Wald, Andreas (2010): *Der Netzwerkansatz in der Führungsforschung*. In: Christian Stegbauer (Hg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 493–502.
- Wessels, Wolfgang (2006): *Das politische System der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Young, Oran R. (1991): *Political leadership and regime formation: On the development of institutions in international society*. In: *International Organization* 45 (3), S. 281.